

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN



Nutzen der *smartvote*-Budgetfragen

**Eine Analyse basierend auf Angaben der Nationalrätinnen und Nationalräte bei der
Online-Wahlhilfe *smartvote* und dem Abstimmungsverhalten im Parlament**

Masterarbeit eingereicht der Universität Bern

Betreuende Person: **Prof. Dr. Andreas Ladner**

Kompetenzzentrum für Public Management

Schanzeneckstrasse 1

CH-3001 Bern

von:

Michael Erne

aus Binningen (BL)

07-110-497

m-erne@bluewin.ch

Bern, 26. Oktober 2014

Zusammenfassung

Die Forschungsfrage dieser Arbeit lautet: *Inwiefern trägt die Abfrage der Budgetpräferenzen zusätzlich zu den Issue-Fragen durch die Online-Wahlhilfe smartvote zu einer präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens von Parlamentsmitgliedern bei?* Es geht also um den Nutzen der Budgetfragen und darum, herauszufinden, inwiefern die Budgetfragen zu einem präziseren Bild über die politische Einstellung von Kandidierenden beitragen. Die Arbeit gibt einen Überblick über den Forschungsstand zu VAAs, insbesondere hinsichtlich der Fragebogengestaltung. Die Bedeutung von Wahlkampfäusserungen und deren Bezug zu Ideologien und Konfliktlinien wird besprochen.

Der Autor prüft einerseits die Hypothese, ob die *smartvote*-Antworten auf die Budgetfragen das Abstimmungsverhalten von Nationalratsmitgliedern gleich gut erklären, wie die Antworten auf die *Issue*-Fragen. Andererseits wird untersucht, ob durch die Hinzunahme der Antworten auf die Budgetfragen das Abstimmungsverhalten der Nationalratsmitglieder besser erklärt werden kann als nur mit den Antworten auf die *Issue*-Fragen.

Als Basis dienen die *smartvote*-Antworten auf den Fragebogen zu den Nationalratswahlen 2011 und die Abstimmungen im Nationalrat von 2011 und 2012. Die Prüfung der Hypothesen erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. In einem ersten Schritt werden Faktorenanalysen der Antworten auf den *smartvote*-Fragebogen durchgeführt und die Antworten auf den wichtigsten Faktor zu einem additiven Index zusammengefasst. In einem zweiten Schritt werden drei Regressionsmodelle gerechnet und insbesondere die Modellgüte betrachtet. Die abhängige Variable bildet dabei jeweils das ebenfalls zu einem Index zusammengefasste Abstimmungsverhalten im Nationalrat. Im ersten Modell ist der Index aus den Antworten auf die Budgetfragen die unabhängige Variable, im zweiten Modell der Index aus den Antworten auf die *Issue*-Fragen und im dritten Modell der Index aus allen Antworten.

Die Resultate zeigen, dass die Antworten auf die Budgetfragen das Abstimmungsverhalten recht gut erklären können (hohe Modellgüte). Durch die Hinzunahme der Antworten auf die Budgetfragen kann zudem das Abstimmungsverhalten etwas besser erklärt werden als nur mit den Antworten auf die *Issue*-Fragen. Die Budgetfragen tragen somit zu einer leicht präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens beitragen und haben daher einen konkreten Nutzen für die Wählenden.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	v
Tabellenverzeichnis	v
Anhangverzeichnis	vi
1. Einleitung und Forschungsfrage	1
2. Theoretische Überlegungen zu VAAs, Wahlkampfaussagen und Abstimmungsverhalten im Parlament	5
2.1 Forschungsstand zu Online Wahlhilfen (VAAs)	5
2.1.1 Definition, Funktionsweise und kurzer historischer Abriss über VAAs	5
2.1.2 „Grosse“ Wahltheorien mit Bezug zu VAA	8
2.1.3 Qualitätskriterien für VAA	10
2.1.4 Gestaltung des <i>smartvote</i> -Fragebogens	13
2.2 Bedeutung von Wahlkampfaussagen	15
2.2.1 Definition und Umfang von Wahlkampfaussagen	15
2.2.2 Wahlkampfaussagen und deren Bedeutung	17
2.2.3 Einfluss des politischen Systems der Schweiz auf Wahlkampfaussagen	18
2.2.4 Einhaltung von Wahlkampfaussagen	19
2.3 Bedeutung von Konfliktlinien, Ideologien und Werten für die Verortung von Kandidierenden	20
2.3.1 Theoretische Grundlagen von Konfliktlinien, Ideologien und Werten	20
2.3.2 Konfliktlinien und Ideologien in der Schweiz	22
2.4 Überblick über Forschungsstand zum Stimmverhalten im Parlament	23
3. Hypothesen	25
3.1 Erste Hypothese	25
3.2 Zweite Hypothese	26
4. Methode – Vorgehen zur Prüfung der Hypothesen	27
5. Empirische Resultate	32
5.1 Deskriptive Statistiken	32
5.2. Faktorenanalyse <i>smartvote</i> -Antworten	37
5.2.1 Faktorenanalyse Budgetfragen	38
5.2.2 Faktorenanalyse <i>Issue</i> -Fragen	40
5.2.3 Faktorenanalyse aller <i>smartvote</i> -Fragen	44

5.3 Regressionsanalysen – Erklärungskraft Budgetfragen	48
6. Diskussion und Fazit	52
6.1 Diskussion deskriptive Resultate.....	52
6.2 Besprechung Resultate der Faktorenanalysen	53
6.3 Besprechung Resultate der Regressionsanalysen	53
6.4 Beantwortung Forschungsfrage	54
6.5 Unzulänglichkeiten des Forschungsdesigns	55
6.6 Fazit	57
Anhang	58
Literaturverzeichnis	93

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausfülldisziplin der Kandidierenden	33
Abbildung 2: Antwortverteilung bei Budgetfragen (alle Kandidierenden).....	34

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Benutzungszahlen <i>smartvote</i> 2003-2011.....	7
Tabelle 2: <i>smartvote</i> -Teilnahme in Prozent.....	32
Tabelle 3: <i>smartvote</i> -Teilnahme in Prozent.....	33
Tabelle 4: Geschlossenheit (mittlere Standardabweichung) der Parteien	35
Tabelle 5: Antworten auf die <i>smartvote</i> -Budgetfragen, nach Partei	36
Tabelle 6: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (Budgetfragen)	38
Tabelle 7: Faktorladungen und Einzigartigkeit	38
Tabelle 8: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (<i>Issue</i> -Fragen)	42
Tabelle 9: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (<i>Issue</i> -Fragen)	42
Tabelle 10: Faktorladungen (rotiert) und Einzigartigkeit.....	42
Tabelle 11: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren.....	45
Tabelle 12: Faktorladungen (nicht rotiert) und Einzigartigkeit.....	45
Tabelle 13: Indexvariablen mit deskriptiven Merkmalen.....	47
Tabelle 14: Resultate der Regressionsanalyse mit der abhängigen Variable "linkes Abstimmungsverhalten im NR"	49

Anhangverzeichnis

A <i>smartvote</i> -Fragebogen der National-/ Ständeratswahlen 2003, 2007, 2011	58
A.1 <i>smartvote</i> -Fragebogen 2003 (enthält keine Budget-Fragen)	58
A.2 <i>smartvote</i> -Fragebogen 2007	60
A.3 <i>smartvote</i> -Fragebogen 2011	63
B The Lausanne Declaration on Voting Advice Applications	67
C Deskriptive Statistiken	68
D Faktorenanalyse Budgetfragen 2011	73
D.1 Faktorenanalyse Antworten Budgetfragen aller Kandidierenden.....	73
D.2 Faktorenanalyse Antworten <i>Issue</i> -Fragen der Gewählten (ohne Rotation der Faktorladungen).....	74
D.3 Faktorenanalyse Antworten <i>Issue</i> -Fragen aller Kandidierenden (ohne Rotation der Faktorladungen).....	75
D.4 Faktorenanalyse Antworten gesamter <i>smartvote</i> -Fragebogen aller Gewählten (ohne Rotation der Faktorladungen).....	77
E <i>smartvote</i> -Fragebogen 2007	80
E.1 Faktorenanalyse Antworten <i>smartvote</i> Budgetfragen 2007	80
E.2 Faktorenanalyse Antworten <i>smartvote Issue</i> -Fragen 2007	81
E.3 Faktorenanalyse Antworten gesamter <i>smartvote</i> -Fragebogens 2007	83
F Auswahl der Abstimmungen zur Operationalisierung des Abstimmungsverhaltens (Bildung additiver Index „ <i>Abstimmungsverhalten</i> “)	85
F.1 Erster Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zur Links-Rechts- Dimension (erster Faktor).....	85
F.2 Zweiter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum zweiten Faktor	86
F.3 Dritter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum dritten Faktor ...	87
F.4 Vierter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum vierten Faktor..	87
F.5 Fünfter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum fünften Faktor.	87
F.6 Keine eindeutige Zuordnung ist bei folgenden Abstimmungen möglich.....	87
G Logistische Regressionsanalyse	88

1. Einleitung und Forschungsfrage

In der vorliegenden Arbeit wird auf die Budgetfragen der Schweizer Online-Wahlhilfe *smartvote* eingegangen und geklärt, inwiefern diese einen Nutzen bei der Erklärung des politischen Profils der Kandidierenden, insbesondere der gewählten Parlamentsmitglieder, haben. Es geht also darum, herauszufinden, ob und inwiefern die Budgetfragen zu einem präziseren Bild über die politische Einstellung von Kandidierenden beitragen. Dabei wird auch untersucht, inwiefern die Antwortmuster auf die Budgetfragen und die Positionierungen zu den sachpolitischen *Issue*-Frage bei der Schweizer Online-Wahlhilfe *smartvote* übereinstimmen.

Online-Wahlhilfen (sogenannte *Voting Advice Applications* - VAA) sind Webseiten, welche den Wahlberechtigten die Möglichkeit geben, ihre Einstellungen zu konkreten politischen Sachfragen mit den Antworten von Kandidierenden zu vergleichen¹. Mit der Verbreitung des Internets nahm auch deren Bedeutung stark zu. Von einem Nischenprodukt entwickelten sich Wahlhilfen zu einer wichtigen Wahlkampfplattform für Parteien, Kandidierende, Wahlberechtigte und auch Medien, welche die anfallenden Daten redaktionell verwerten. Dieser Bedeutungszuwachs zeigt sich auch an den Nutzerzahlen von *smartvote*: Bei der erstmaligen Begleitung der Nationalrats- und Ständeratswahlen beteiligten sich etwas mehr als die Hälfte der Kandidierenden und die Wahlberechtigten erstellten sich 263'000 Wahlempfehlungen. 2011, bei der dritten Begleitung der Nationalrats- und Ständeratswahlen, füllten bereits gut 84 Prozent der Kandidierenden für die beiden Kammern den *smartvote*-Fragebogen aus. Die Wahlberechtigten erstellten sich insgesamt rund 1.2 Millionen Wahlempfehlungen.² Diese Zahlen zeigen die Bedeutung von *smartvote* deutlich. Die Frage, ob die Kandidierenden, einmal ins Amt gewählt, sich an die bei *smartvote* gemachten Äusserungen erinnern und auch entsprechend abstimmen, wurde bereits recht gut untersucht (Schwarz et al. 2010, Schädel 2010, Fivaz et al. 2014). Die Resultate zeigen ein erfreuliches Bild: In rund 85 Prozent der Fälle stimmen die Parlamentsmitglieder entsprechend ihren Antworten bei *smartvote*. Auch die in dieser Arbeit im Zentrum stehenden Budgetfragen wurden bereits mit einem vergleichbaren Ergebnis untersucht (Erne et al. 2014). In 80 Prozent der Fälle stimmte die Antwort auf die *smartvote*-Budgetfragen mit dem Abstimmungsverhalten bei der Budgetdebatte überein. Auch relativ gut erforscht sind die Benutzung und der Einfluss von VAAs auf das Wahlverhal-

¹ Für ausführliche Informationen zu VAA und deren Funktionsweise siehe Garzia und Marschall (2014), Ladner et al. 2010, Ladner und Fivaz 2012

² Für eine detaillierte Übersicht über die Benutzungszahlen von *smartvote* siehe: <http://blog.smartvote.ch/?cat=31> (14.10.2014)

ten (vgl. Ladner et al. 2010, Ladner und Pianzola 2010, Fivaz und Nadig 2010, Schultze 2014).

Noch nicht grundsätzlich geklärt ist jedoch, welchen Nutzen die *smartvote*-Fragen bei der Beschreibung des politischen Profils von Kandidierenden haben. Dies ist erstaunlich, da der Fragenkatalog das Herzstück einer Online-Wahlhilfe ist. Der *smartvote*-Fragebogen bestand 2011 aus insgesamt 74 Fragen, davon bezogen sich elf auf die Ausgabenbereiche des Bundesbudgets 2011. Dies ist ein relativ grosser Teil des gesamten Fragebogens und so ist eine vertiefte Betrachtung des Nutzens dieser Fragen gerechtfertigt. Die Budgetfragen unterscheiden sich nicht nur thematisch von den übrigen Sachfragen (in der Folge: *Issue*-Fragen), sie haben auch andere Antwortoptionen.³ Bislang wurde das Verhältnis zwischen Budgetfragen und den *Issue*-Fragen nicht untersucht.

Um den Wählenden eine möglichst gute Informationsbasis für ihren Wahlentscheid zur Verfügung zu stellen, ist es wichtig zu klären, ob und inwiefern die Budgetpräferenzen zu einem schärferen Bild des politischen Profils der Kandidierenden beitragen. Die Klärung der Umsetzung von im Wahlkampf gemachten Äusserungen, den so genannten Wahlkampfversprechen, ist auch für die Politikwissenschaften von grosser Bedeutung. Gewicht haben die Wahlkampfaussagen insbesondere nach dem Konzept der „promissory representation“ (Mansbridge 2003). Die Parlamentarier sollen anhand ihrer Versprechen an die Wählenden während des Wahlkampfs in ihrem Verhalten im Amt bewertet werden. Dies, da die Wählenden zukunftsgerichtet wählen und so die Wahlen auch nutzen, um künftige Policies zu beeinflussen.

Aussagen zu den Budgetpräferenzen haben eine besondere Wichtigkeit, da Entscheide zur Verteilung der knappen staatlichen Mittel eine hohe Tragweite haben und zu den wichtigsten und prägendsten Entscheiden des Parlaments zählen. Der Umfang und die Prioritätensetzung innerhalb des Staatshaushalts bestimmen den Spielraum einer Vielzahl weiterer Policy-Felder. So hängt beispielsweise der Umfang der Sozialpolitik oder der Sicherheitspolitik stark von den verfügbaren und zugewiesenen finanziellen Mitteln ab. Tanner (1994: 124) bezeichnet das staatliche Budget auch als „das aller täuschenden Ideologien rücksichtslos entkleidete Gerippe des Staates“.

³ Während dem die *Issue*-Fragen die Antwortkategorien „ja“, „eher ja“, „eher nein“, „nein“ besitzen, haben die Budgetfragen fünf Antwortkategorien: „deutlich mehr ausgeben“, „mehr ausgeben“, „gleich viel ausgeben“, „weniger ausgeben“, „deutlich weniger ausgeben“

Auch vom Standpunkt einer adäquaten Repräsentation ist es wichtig, zu klären, inwiefern vor den Wahlen geäußerte inhaltliche Positionen nach den Wahlen von den Parlamentsmitgliedern umgesetzt werden und von welchen Faktoren die Umsetzung abhängt. Es besteht jedoch auch in Bezug auf die Forschung zu den Online-Wahlhilfen (VAA) ein direktes Interesse zu klären, ob die Kombination der Abfrage von Budgetpräferenzen und einzelnen *Issues* zu einem schärferen Bild der politischen Einstellung der Kandidierenden beiträgt oder ob die den Budgetpräferenzen zugrunde liegenden Konfliktlinien bereits vollständig durch die rund 60 *Issue*-Fragen erklärt werden können.

Ausgehend von diesen Überlegungen steht nun folgende Forschungsfrage im Zentrum dieser Arbeit:

Inwiefern trägt die Abfrage der Budgetpräferenzen zusätzlich zu den Issue-Fragen durch die Online-Wahlhilfe smartvote zu einer präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens von Parlamentsmitgliedern bei?

Anhand von Faktorenanalysen und einer quantitativen empirischen Untersuchung wird nun der Frage nachgegangen, ob das Stimmverhalten von Parlamentsmitgliedern besser erklärt werden kann, wenn zusätzlich zu den *Issue*-Fragen auch die Budgetfragen in das Erklärungsmodell einbezogen werden. Oder ob allenfalls bereits die Budgetpräferenzen alleine eine zuverlässige Einschätzung des Stimmverhaltens der Abgeordneten ermöglichen.

In den nächsten Kapiteln wird der aktuelle Forschungsstand zum Thema VAA, insbesondere hinsichtlich des Fragebogens und des Matchings von Kandidierenden und Wählenden, aufgearbeitet und kritisch reflektiert (u.a. Vassil 2011, Andreadis 2012, Ladner et al. 2008, Garzia et al. 2014). Auch die Literatur zur Umsetzung von Wahlkampfaussagen im Parlament wird, hinsichtlich der in dieser Arbeit wichtigen Aspekte, vorgestellt und kritisch beleuchtet. Dabei ist die Bedeutung, dass im Parlament die Präferenzen der Wählenden akkurat abgebildet werden, in der Literatur unbestritten (Schattschneider 1942, Powell 2000). Oft wird diese Repräsentation anhand des eindimensionalen Links-Rechts-Schemas analysiert. So betont Thomassen (2012:13), dass die Kongruenz der Positionen der Wählenden und Kandidierenden resp. Parteien in einer Vielzahl an Studien basierend auf dem eindimensionalen Links-Rechts-Schema gemessen wird. Er zeigt auf, dass bei *Issues*, welche nur eine geringe Verbindung zur Links-Rechts-Dimension haben, Präferenzen der Wählenden durch Wahlen nur unzureichend repräsentiert werden. Folglich ist es sinnvoll, zu prüfen, welche ideologischen Dimensionen und Konfliktlinien den Antwortmustern der Budgetfragen und der *Issue*-Fragen

zu Grunde liegen. So sollen einerseits die Erkenntnisse der Konfliktlinienforschung, welche durch Lipset und Rokkan (1967) massgebend geprägt wurde, und andererseits auch wichtige Arbeiten zu den grossen Ideologien (Converse 1964, Inglehart 1977 und 1990, Fuchs und Klingemann 1989, Dalton 1996), in die Analyse einbezogen werden.

Die Arbeit gliedert sich so, dass zuerst auf den Forschungsstand und die Literatur zu Wahlhilfen eingegangen wird (Kapitel 2.1) mit dem Fokus auf den Fragenkatalog. Weiter wird auf die Bedeutung von Wahlkampfauassagen eingegangen (Kapitel 2.2) und ein Überblick über die Ideologien und Konfliktlinien gegeben (Kapitel 2.3), welche den, bei *smartvote* geäusserten, politischen Einstellungen zu Grunde liegen. Abgerundet werden diese theoretischen Überlegungen mit einer kurzen Übersicht zum Forschungsstand, zum Abstimmungsverhalten im Parlament und den diesbezüglich wichtigen Erkenntnissen für die empirische Untersuchung (Kapitel 2.4). Anschliessend werden Hypothesen formuliert sowie das methodische Vorgehen und die verwendeten Daten zu deren Prüfung vorgestellt (Kapitel 3). Darauf folgen die Resultate und die Prüfung der Hypothesen (Kapitel 4). Abschliessend werden die Resultate diskutiert, die Forschungsfrage beantwortet und ein Fazit gezogen (Kapitel 5).

2. Theoretische Überlegungen zu VAAs, Wahlkampfaussagen und Abstimmungsverhalten im Parlament

2.1 Forschungsstand zu Online Wahlhilfen (VAAs)

In diesem Kapitel wird der Forschungsstand zu VAAs aufgearbeitet mit dem Schwerpunkt auf der VAA *smartvote* und der Erstellung des Fragebogens zur politischen Einschätzung der Kandidierenden. Die Verbreitung des Internets und später das Aufkommen der sogenannten sozialen Medien (Facebook, Twitter und ähnliche Dienste) hat die Entstehung von VAAs und deren Erfolg begünstigt. In einer Vielzahl an Ländern in Europa werden zumindest die nationalen Wahlen ins Parlament von einer VAA begleitet. VAAs wurden in der Folge auch von der Wahlforschung als relevantes Thema erfasst und erforscht.

2.1.1 Definition, Funktionsweise und kurzer historischer Abriss über VAAs

Nachfolgend wird zuerst eine Definition von Online-Wahlhilfen (sog. *Voting Advice Applications* - kurz VAA) gegeben. Weiter wird auf die Ziele und die Funktionsweise von VAAs eingegangen. Ein kurzer Überblick über die Entstehung von Wahlhilfen rundet diese Einführung ab.

Die Bedeutung des Internets und die damit einhergehenden Veränderungen des Wahlkampfs und der politischen Kommunikation sind in der Literatur ein grosses Thema (u.a. Chadwick und Howard 2009, Norris und Curtice 2008, Kluver et al. 2007). Ein Aspekt dieser Veränderung ist die Entstehung und zunehmende Bedeutung von Applikationen, welche eine Hilfestellung für den Wahlentscheid basierend auf konkreten politischen Sachfragen (sogenannte *Issues*⁴) bieten. Diese Applikationen werden in der Literatur als "Voting Advice Application" (VAA) bezeichnet und stützen sich auf das Modell des *Issue* und *proximity voting* (vgl. Ladner 2005: 70f, auf dieses Modell wird in Kapitel 2.3 ausführlich eingegangen).

Ziel der VAAs ist es, den Wählenden aufzuzeigen, welche politischen Parteien respektive Kandidierenden ihnen inhaltlich nahe stehen (Ladner 2012: 92). Grundsätzlich beruhen all diese Applikationen auf einem Fragebogen, welcher *Issues* mit einer hohen politischen Bedeutung enthält. Die Wählenden können sich anhand der erfassten Antworten der Parteien oder der Kandidierenden und den eigenen Antworten vergleichen. Der Vergleich, meist eine prozentuale Übereinstimmung mit den erfassten Antworten der Kandidierenden oder der Parteien,

⁴ Unter *Issues* versteht man eine politische Sachfrage resp. eine politische Streitfrage, welche sich auf einen konkreten politischen Sachverhalt bezieht (vgl. Falter und Schön 2005: 646).

wird anhand eines Algorithmus berechnet.⁵ Zusätzlich zur Anzeige eines Übereinstimmungswerts in Prozent wird meist auch ein grafischer Vergleich angeboten. Beliebt ist dabei die Verortung im politischen Raum (beispielsweise anhand einer Karte mit Links-Rechts- und Liberal-Konservativ-Dimensionen). Eine weitere Darstellungsmöglichkeit ist die sogenannte smartspider-Grafik der VAA *smartvote*. Dies ist ein Diagramm mit acht Ratings auf acht konzentrisch angeordneten Achsen. So kann das politische Profil der Partei oder der Kandidierenden auf einfach Weise mit demjenigen der Wählenden verglichen werden.

In Partei-zentrierten Wahlsystemen (z.B. in Deutschland und den Niederlanden) gibt es bislang zwei Gruppen von VAAs. Die Gruppe der *StemWijzer*-Applikationen, welche die Positionen zu den einzelnen *Issue*-Fragen durch die Parteien selbst beantworten lassen. Im Gegensatz dazu werden bei den *Kieskompas*-Applikationen die Parteiantworten aufgrund einer Analyse der Parteiprogramme durch Expertenteams festgelegt (Israel 2014: 92). Eine dritte Gruppe von Applikationen, welche vorrangig in Wahlsystemen eingesetzt werden, in denen die Möglichkeit besteht, einzelne Kandidierende direkt zu wählen (z.B. Schweiz und Luxemburg) oder die von den Parteien vorgeschlagenen Listen zu verändern, lässt die Kandidierenden die *Issue*-Fragen direkt beantworten. Zu dieser Gruppe zählt auch die Schweizer VAA *smartvote*.

Die rasante technische Entwicklung im 20. Jahrhundert und die immer leistungsfähigeren Computer hatten bereits vor der Verbreitung des Internets in den neunziger Jahren erste Veränderungen im Wahlkampf bewirkt. So wurden elektronische Speichermedien und Computer zur politischen Bildung und dem Abbilden von Parteiprogrammen und -positionen verwendet. Das niederländische Projekt *StemWijzer* existiert seit 1989 als kleines Buch mit 60 politischen Statements und einer Diskette (De Graaf 2010: 35). Diese Instrumente waren Vorläufer der internetbasierten Wahlhilfe-Applikationen. Bereits diese relativ statischen Programme verfügten über einen einfachen Algorithmus, mit welchem sich die Antworten von Benutzenden mit den Antworten von Parteien vergleichen liessen (ebd.).

1998 wurde die *StemWijzer*-Applikation das erste Mal über das Internet angeboten und es wurden 6'500 Wahlempfehlungen erstellt (de Graaf 2010: 41). Bereits zwei Jahre früher war zum ersten Mal in Europa eine VAA online verfügbar. Im Rahmen der Wahlen ins EU-Parlament bot die finnische Rundfunkstation YLE eine VAA an, welche rund 8'000 mal benutzt wurde (Ruusuvirta 2010: 47). Dank der raschen Verbreitung des Internets stiegen auch

⁵ Erläuterung zum Algorithmus von *smartvote*: Die Berechnung der Übereinstimmungswerte erfolgt anhand euklidischer Distanzen (geometrische Distanz im mehrdimensionalen Raum). Die genaue Berechnung wird in folgendem Dokument von *smartvote* erläutert:
https://candidate.smartvote.ch/downloads/methodology_recommendation_de_CH.pdf (10.07.2014)

die Benutzerzahlen sprunghaft an. 2002 und 2003 erstellte die StemWijzer-Applikation mehr als zwei Millionen Wahlempfehlungen. 2006 waren es bereits 4.7 Millionen Wahlempfehlungen (de Graaf 2010: 42).

Um die Jahrtausendwende entstanden in vielen anderen europäischen Ländern VAA, unter anderem auch in der Schweiz. Im Vorfeld der Nationalrats- und Ständeratswahlen 2003 wurde die VAA *smartvote* durch einige Studenten der Universität Bern entwickelt⁶. Es wurde ein *Issue*-Fragebogen mit 70 Fragen erstellt. In dieser ersten Version waren jedoch noch keine Fragen nach den Budgetpräferenzen enthalten. Insgesamt beantworteten 50 Prozent der rund 3'000⁷ Kandidierenden für den Nationalrat und den Ständerat diesen Fragebogen. Die Wählenden liessen sich insgesamt 255'000 Wahlempfehlungen erstellen⁸. Die Anzahl teilnehmender Kandidierender und die Zahl der ausgestellten Wahlempfehlungen stiegen bei den Wahlen der beiden eidgenössischen Räte 2007 stark an (siehe Tabelle). So vervierfachte sich die Zahl der Wahlempfehlungen und die Zahl der teilnehmenden Kandidierenden stieg auf über 80 Prozent an. Bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen 2011 wuchsen die Zahl der teilnehmenden Kandidierenden und die Anzahl ausgestellter Wahlempfehlungen nur noch leicht. Dieses Bild zuerst starker und dann abflachender Zunahme der teilnehmenden Kandidierenden und der ausgestellten Wahlempfehlungen zeigte sich auch bei den begleiteten kantonalen und lokalen Wahlen.

Tabelle 1: Benutzungszahlen *smartvote* 2003-2011

	National- und Ständeratswahlen 2003	National- und Ständeratswahlen 2007	National- und Ständeratswahlen 2011
Teilnahmequote Kandidierende	50%	83%	85%
Anzahl Wahlempfehlungen	255'000	1'067'200	1'230'000

Über die Zeit änderte sich auch die Gestaltung des Fragebogens leicht. Während 2003 insgesamt 70 *Issue*-Fragen mit den jeweils selben Antwortoptionen („ja“, „eher ja“, „eher nein“, „nein“) zur Beantwortung standen, wurde 2007 zusätzlich zu solchen *Issue*-Fragen auch nach den Ausgabenpräferenzen in zehn Bereichen des Bundesbudgets gefragt (Budgetfragen). 2007

⁶ <http://blog.smartvote.ch/?p=1938>

⁷ Gemäss Bundeskanzlei wurden 2'836 Kandidierende für die Nationalratswahlen gemeldet (Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/pore/nrw03/list/stat/stat1967a.html>). Da die Ständeratswahlen je nach Kanton unterschiedlich ablaufen, gibt es kein gemeinsames Register auf Bundesebene. Es kann jedoch von gut 100 Kandidierenden für die 46 Ständeratssitze ausgegangen werden. 2011 waren es insgesamt 154 bekannte Kandidaturen.

⁸ Quelle: *smartvote*-Blog vom 11. Juli 2012 <http://blog.smartvote.ch/?p=1005> (10.07.2014)

konnte zwischen den Antwortoptionen „Mehr ausgeben“, „Ausgabenniveau beibehalten“ und „Weniger ausgeben“ gewählt werden. 2011 kam noch eine Abstufung der Antwortoptionen bei den Budgetfragen hinzu. Neu sind die Antwortoptionen „Deutlich mehr ausgeben“ und „Deutlich weniger ausgeben“ zu den drei bereits 2007 bestehenden Antwortoptionen hinzugekommen. Im Anhang dieser Arbeit sind die drei Fragebogen und die jeweiligen Antwortoptionen aufgeführt.

2.1.2 „Grosse“ Wahltheorien mit Bezug zu VAA

Wahlen sind ein Kernelement eines demokratisch verfassten Rechtsstaats. Sie dienen der Artikulation politischer Präferenzen, der Machtverteilung und der Machtkontrolle, der politischen Integration und der Innovation. Zentral ist auch die Legitimationsfunktion von Wahlen (Kaltfleiter und Nissen 1980: 21f, Woyke 1994: 18f, Gabriel 1999, Falter und Schoen 2005). So ist das Aufdecken der Gründe für den Wahlentscheid von grosser Bedeutung und es gibt entsprechend viele Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens. Meist werden drei Theoriestränge unterschieden: der sozialstrukturelle Ansatz, der sozialpsychologische Ansatz sowie der Rational-Choice-Ansatz.

Zu Beginn werden hier summarisch die drei wichtigsten Ansätze zur Erklärung des Entscheidungsverhaltens bei Wahlen vorgestellt. Weiter werden die relevanten Aspekte in Bezug auf VAAs beleuchtet.

Die Theorien zum Entscheidungsverhalten bei Wahlen haben das Ziel, den Wahlentscheid einzelner Personen zu erklären. Der älteste Erklärungsansatz ist der mikro-soziologische Ansatz. Dieser erklärt den politischen Entscheid anhand der sozialen Position des Individuums innerhalb der Gesellschaft. Als frühe Vertreter dieses sozialstrukturellen Ansatzes zählen Lazarsfeld, Berelson und Gaudet (1944). Dieser Erklärungsansatz wird auch als Columbia-Schule bezeichnet.

Als Kritik auf den als zu starr empfundenen sozialstrukturellen Ansatz entstand das sozialpsychologische Erklärungsmodell (sog. Michigan-Schule). Vertreter wie Campbell, Gurin und Miller (1954 und Campbell et al. 1960) betonten, dass soziale Milieus aufbrechen und sich mischen können. Die sozialpsychologischen Ansätze erklären den Wahlentscheid anhand politischer Einstellungen und Wahrnehmungen einzelner Wählenden. Dabei spielt auch die Parteiidentifikation eine wichtige Rolle. So wird davon ausgegangen, dass diese aufgrund individueller Sozialisierung zustande kommt und relativ stabil bleibt. Veränderungen bei der

Parteiidentifikation sind jedoch möglich – etwa durch kurz- bis mittelfristig wirkende Faktoren wie individuelle Wertorientierungen, Sachfragenorientierungen (in der Folge *Issues* genannt) oder Einschätzung der Repräsentanten verschiedener Parteien.

Von grosser Bedeutung bei der Erklärung des Wahlergebnisses ist der Ansatz von Downs (1957). Dieser (polit-)ökonomische Rational Choice-Ansatz analysiert das Wahlverhalten ausgehend von der Annahme, dass die Wählenden individuelle Präferenzen haben und sich nur am eigenen Nutzen orientieren um diese umzusetzen. Das Modell verfügt über explizite Annahmen und ist im Gegensatz zu den zuvor vorgestellten Ansätzen stark formalisiert. Es geht ferner davon aus, dass neben den Wählern auch die Kandidierenden, Parteien und weitere politische Akteure eigennützig orientiert sind. Politische Macht wird nach Downs (ebd.) bei Wahlen analog einem Marktplatz gegen die Realisierung von politischen Zielen getauscht. Dieser ökonomische Ansatz lässt auch kontextunabhängige Aussagen über das Wahlverhalten von Individuen zu. Der Entscheid, überhaupt an Wahlen teilzunehmen, auch wenn die eigene Stimme mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht entscheidend sein wird, wird auch als „paradox of voting“ bezeichnet (ebd., Falter und Schoen 2005: 657). Die Beteiligung an Wahlen ist folglich nicht rational erklärbar, da die Kosten den Nutzen übersteigen. Dass jedoch in der Realität eine grosse Zahl der Wahlberechtigten an Wahlen teilnimmt, obwohl dies nicht mit den Argumenten von Downs (1957) erklärbar ist, stellt die Paradoxie dieses Ansatzes dar.

Die Komplexität der Politik im Allgemeinen – und von Wahlen im Besonderen – wird auch anhand von *Cues* und *Shortcuts* reduziert (Dalton und Wattenberg 1993: 193). Solche Orientierungshilfen wurden früher durch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe geboten. Häufig wurde über diese Zugehörigkeit auch eine Nähe zu politischen Parteien vermittelt. Der Bedeutungsrückgang der, bis in die 1970er-Jahre recht stabilen, *Cleavages* hat zu einem stärker individualisierten Wahlverhalten geführt (Franklin et al. 1992). In der Folge orientieren sich die Wähler stärker an politischen Präferenzen, an der politischen Bilanz und am Erscheinungsbild von Kandidaten und Parteien (Dalton 1996).

In Bezug auf die VAAs spielt einerseits der sozialpsychologische Ansatz mit seinem Fokus auf individuelle Werthaltungen und der Sachfragenorientierung („*Issue-Voting*“) eine wichtige Rolle bei der Erklärung der Benutzung von *smartvote*. Aus der Optik der Michigan-Schule dienen VAAs dazu, die sozialisierten Einstellungen und dahinterliegenden Werte anhand des *Issue*-Fragebogens mit den Positionen der Parteien und Kandidierenden zu vergleichen.

Andererseits lässt sich auch anhand des ökonomischen Ansatzes die Benutzung von VAAs erklären. Die basierend auf den individuellen politischen Einstellungen berechnete Wahlemp-

fehlung von VAAs stellt die notwendige Information für einen eigennutzmaximierenden Wahlentscheid zur Verfügung. VAAs schaffen so eine Art Marktplatz für den von Downs angesprochenen Tausch politischer Macht gegen die Verwirklichung politischer Ziele. Die Sammlung und Konzentration von Informationen über Kandidierende und Parteien einerseits und der einfache Zugriff darauf andererseits senken die Informations- resp. Transaktionskosten der Wahlberechtigten für den Wahlentscheid deutlich.

Demgegenüber kann die Benutzung von VAAs anhand der sozialstrukturellen Theorien kaum eingeordnet und geklärt werden. Dies, da im Zentrum von VAAs immer ein *Issue*-Fragebogen steht und die soziale Position der Kandidierenden nur zweitrangig wahrgenommen werden kann (z.B. über teils fakultative Angaben wie Beruf, Bildungsniveau und Konfession im persönlichen Profil des Kandidierenden). Weiter kann ganz generell davon ausgegangen werden, dass die, bis in die fünfziger und sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wichtigen, sozialstrukturellen Merkmale für den Wahlentscheid mit der Auflösung der starren Milieus an Bedeutung verloren hat. Diese Entwicklung der schwindenden Parteiidentifikation aufgrund der sozialen Herkunft wird in der Literatur auch als Dealignment bezeichnet (Dalton et al. 1984, Dalton 1984, 1988, Dalton und Rohrschneider 1990, Garzia 2010: 14-16). Es ist davon auszugehen, dass die sinkende Parteiidentifikation und damit die höhere Zahl an Wechselwählern und parteiungebundenen Wählern ein wichtiger Faktor bei der Entstehung von VAAs war (Garzia 2010: 14).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass *Issue*-Voting wichtiger wird und die Wahl aufgrund der Nähe zu einem bestimmten sozio-strukturellen Milieu an Bedeutung verliert.

2.1.3 Qualitätskriterien für VAA

Nachfolgend werden die, in der *Lausanne Declaration on Voting Advice Application* (nachfolgend *Lausanne Declaration* genannt; Garzia und Marschall 2014: 227f) formulierten, Qualitätskriterien mit einem Bezug zur Fragebogengestaltung besprochen. Die vollständige *Lausanne Declaration* befindet sich im Anhang. Dieses Dokument wurde im Rahmen der ECPR Konferenz 2013 erarbeitet und soll als Leitlinie für die Gestaltung und Betreuung von VAAs dienen.

Das Grundanliegen der *Lausanne Declaration* lautet: „*In order to contribute sustainably to the good functioning of democracy, VAAs should be open, transparent, impartial and meth-*

odologically sound.“ (ebd.). Die Eckpfeiler der Qualität von VAAs sind also Offenheit, Transparenz, Unparteilichkeit (Unabhängigkeit) und methodische Korrektheit. Im Folgenden wird nur auf die Punkte der *Lausanne Declaration* eingegangen, welche einen Bezug zur Erstellung des Fragebogens haben.

Die *Lausanne Declaration* fordert, dass VAAs möglichst einfach und intuitiv gestaltet sein sollten. Dies dient auch dazu, dass VAAs für alle Anspruchsgruppen zugänglich und nützlich sind. Die Fragen müssen dementsprechend auch so einfach und verständlich wie möglich formuliert werden und die Antwortoptionen sollten eindeutig sein. Dabei sollte das Design die Benutzung und die Resultate nicht in einer verfälschenden Weise beeinflussen, insbesondere sollten einzelne Parteien oder Kandidierende nicht systematisch durch das Design bevorzugt werden (siehe Kriterien 4.1 und 4.2).

Die Auswahl der *Issues* ist ein weiterer Punkt in der *Lausanne Declaration* (Punkt 5.2) mit einem Bezug zur Fragebogengestaltung. Die *Issues* müssen dazu relevant und geeignet sein, die Unterschiede zwischen den Parteien und Kandidierenden aufzuzeigen. Der Fragebogen sollte dazu die unterschiedlichen Konfliktlinien des jeweiligen politischen Systems abbilden und unterschiedliche Positionen aufzeigen können. Dies ist nur möglich, wenn der Fragebogen eine relativ breite Palette an unterschiedlichen Themen enthält und auch Fragen mit einem gewissen Spaltungspotenzial verwendet werden. Das bedeutet, dass die Fragen geeignet sein sollten, real existierende politische Unterschiede abzubilden. Fragen, bei denen eine grosse Mehrheit der Parteien und Kandidierenden eine bestimmte Antwortkategorie wählt, sind dazu nicht geeignet.

Um diesen Kriterien zu genügen, ist es wichtig, dass die Fragen erstens möglich kurz und zweitens einfach formuliert sind (keine unnötigen Fremdwörter, möglichst wenige Nebensätze). Von grosser Bedeutung ist auch, dass die Fragen eindeutig beantwortbar sind und nicht mehrere unterschiedliche Elemente umfassen (vgl. Van Camp, Lefevre und Walgrave 2014). Solche Fragen werden auch als „double-barreled“ bezeichnet. Ein Beispiel einer solchen, mehrere Elemente umfassenden, Frage ist, ob man die Legalisierung von harten und weichen Drogen befürwortet. Ein Kandidierender, welcher eine Legalisierung von harten Drogen ablehnt, jedoch weiche Drogen legalisieren möchte, kann die Frage nicht zutreffend mit ja, eher ja, eher nein oder nein beantworten. Grenzfälle sind dabei Fragen, welche direkt miteinander verknüpft sind und im politischen Diskurs auch mit dieser Verknüpfung diskutiert werden. Beispiel dafür ist die Frage, ob man eine Rentenaltererhöhung für Frauen *und* Männer auf 67 Jahre befürwortet. Die Frage nach einer Erhöhung für Frauen und Männer kann dabei theore-

tisch getrennt betrachtet und beantwortet werden, jedoch wird diese Frage im politischen Diskurs entsprechend besprochen.

Ein weiteres Qualitätskriterium für Fragen ist, dass sie möglichst keine Quantifizierung enthalten sollten (Van Camp, Lefevere und Walgrave 2014, Gemenis 2013). Beispiel einer solchen Frage ist, ob Wiederholungstäter stärker bestraft werden sollen. Solche quantifizierenden Wörter können zu Missverständnissen und Fehlinterpretationen führen, da die genaue Einstellung zur Frage unklar ist. Ein Nein zu einer stärkeren Bestrafung kann dabei einer Zustimmung zum Status quo gleichkommen. Es kann aber auch bedeuten, dass der Status quo bereits als zu streng empfunden wird (Van Camp, Lefevere und Walgrave 2014: 17). Die Antworten können folglich unterschiedlich interpretiert werden, was für die Berechnung der Übereinstimmung ungünstig ist. Eine mögliche Lösung ist, aus einer quantifizierenden Frage mehrere Fragen zu bilden: eine Frage, welche den Status quo und eine Abschwächung abfragt, sowie eine Frage welche eine Verschärfung dem Status quo gegenüber steht. Ein entscheidender Nachteil solcher exakter Abfragung von Einstellungen ist, dass deutlich mehr Fragen gestellt werden müssen, was wiederum die Einfachheit eines Fragebogens schmälert. Je länger ein Fragebogen ist, desto weniger Kandidierende und insbesondere Wahlberechtigte werden den Fragebogen beantworten.

Ebenfalls problematisch sind Fragen, welche mit nicht notwendigen Informationen ergänzt werden und so das Antwortverhalten beeinflussen können. Van Camp, Lefevere und Walgrave (2014: 17f) bezeichnen solche Zusätze als Qualifikationen. Beispiel dafür ist die Frage, ob gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte wie verheiratete Paare haben sollten, beispielsweise die Adoption von Kindern. Die Ergänzung der Frage um ein bestimmtes Beispiel (Adoption von Kindern) beeinflusst folglich die Antwort auf die Frage. So ist es besser, wenn die Frage entweder allgemein formuliert oder konkret nach dem Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gefragt wird.

2.1.4 Gestaltung des *smartvote*-Fragebogens⁹

In diesem Abschnitt wird auf die konkrete Gestaltung des Fragebogens bei der VAA *smartvote* eingegangen und kurz geprüft, inwiefern die Qualitätskriterien der *Lausanne Declaration* zum Tragen kommen.

Der *smartvote*-Fragebogen wird jeweils von einem Team, bestehend aus Mitarbeitern von *smartvote* und ehrenamtlichen Helfern, erstellt. Das Vorgehen ist dabei so, dass rund ein Jahr vor den Wahlen die Sammlung an möglichen Themen für Fragen beginnt. Dabei erhalten Medien, Parteien und Interessengruppen die Möglichkeit, unverbindlich Themenvorschläge einzureichen. Daneben recherchiert aber auch das Projektteam mögliche Themen. Im weiteren Prozess werden diese Themenvorschläge gesammelt, thematisch gruppiert und entsprechend ihrer Relevanz bewertet.

So entsteht ein Fragenkatalog von rund 150 Fragen welcher als erster Entwurf dient. Das zuständige Fragebogen-Redaktionsteam wählt aus diesen 150 Fragen in einem mehrerer Runden umfassenden Prozess 70 bis 75 Fragen aus. Kriterium ist dabei einerseits die Relevanz, also ob die Frage im politischen Diskurs wichtig ist oder während dem Wahlkampf mit grosser Wahrscheinlichkeit wichtig wird. Andererseits spielt auch eine Rolle, ob sich ein Thema in einer einfach verständlichen, geschlossenen Frage formulieren lässt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass eine genügend hohe Zahl der Fragen einer der acht Achsen der smartspider-Grafik zugeordnet werden kann.¹⁰ Im Fragebogen zu den National- und Ständeratswahlen 2011 waren 69 der 71 Fragen mindestens einer der acht Achsen zugeteilt.¹¹

Zu jeder Frage werden zudem auch Erläuterungen verfasst, welche die oft komplexen Sachverhalte erklären und Kontextwissen vermitteln. Die Erläuterungen umfassen in der Regel neben dem Informationstext auch Argumente für und gegen einen bestimmten politischen Lösungsvorschlag. Dabei ist ungewiss, inwiefern die Erläuterungen Beachtung finden und die Antworten allenfalls beeinflussen.

⁹ Der Autor der vorliegenden Arbeit ist Mitglied des Vereins Politools, welcher die Online-Wahlhilfe betreibt und arbeitet seit 2010 im Projektteam der Online-Wahlhilfe *smartvote* mit. Die Aussagen in diesem Kapitel stützen sich zu einem Teil auf die Erfahrungen und Beobachtungen aus dieser Tätigkeit.

¹⁰ Die smartspider-Grafik stellt Werthaltungen und politische Einstellungen anhand von acht thematischen Achsen dar. Pro Achse kann ein Wert zwischen 0 und 100 erreicht werden. Ein Wert von 100 steht für eine maximale Zustimmung zum formulierten Ziel der entsprechenden Achse. Ein Wert von 0 bedeutet, dass das formulierte Ziel gar keine Zustimmung erhält. Weitere Informationen zur Erstellung dieser Grafik, den acht thematischen Achsen und den Kriterien für die Zuordnung findet sich auf der Webseite von *smartvote*: https://candidate.smartvote.ch/downloads/methodology_smartspider_de_CH.pdf (abgerufen am 15.06.2014)

¹¹ Eine Auflistung der Zuteilung findet sich auf der Webseite von *smartvote*: https://candidate.smartvote.ch/downloads/elections/11_ch_nr/effects_smartspider_de_CH.pdf (abgerufen am 16.06.2014)

Testweise wird der Fragenkatalog ausgewählten Personen aus dem Umfeld von *smartvote* für ein Feedback vorgelegt. Dabei geht es primär darum, mögliche inhaltliche Fehler oder missverständliche Formulierungen aufzudecken. Der Fragebogen ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich zugänglich und wird erst anschliessend für die Parteien und Kandidierenden freigegeben. Sobald eine genügend grosse Zahl an Kandidierenden den *smartvote*-Fragebogen vollständig ausgefüllt hat, wird der Fragebogen auch zur Beantwortung durch die Öffentlichkeit auf der *smartvote* Webseite aufgeschaltet. Als Zielwert für die Aufschaltung gilt dabei eine Beteiligung an *smartvote* von rund der Hälfte aller Kandidierenden und nach Möglichkeit auch aller antretenden Parteien.

Im Unterschied zu Wahlhilfen, wie beispielsweise dem Wahl-O-Mat in Deutschland, positionieren sich die Kandidierenden selber bezüglich den von *smartvote* ausgewählten Fragen. Dabei spielt es auch eine Rolle, dass das Wahlsystem der Schweiz es ermöglicht, die Wahlvorschläge der Parteien (Listen) anzupassen. So können einzelnen Kandidierende mit einer doppelten Stimme bedacht werden (kumulieren) und es können Kandidierende eines Wahlvorschlags auf einen Wahlvorschlag einer anderen Partei übertragen werden (panaschieren). Dies reduziert die Gefahr, dass die Parteien resp. Kandidierenden aufgrund einer verzerrten Fremdeinschätzung nicht adäquat dargestellt werden und erhöht so die Legitimität der Informationen.

Ob die von der *Lausanne Declaration* aufgestellten Qualitätskriterien für die *smartvote*-Fragen vollständig erfüllt sind, kann hier nicht abschliessend diskutiert werden. Grundsätzlich kann jedoch gesagt werden, dass die Relevanz für die Wahl der *Issues* für den *smartvote*-Fragebogen ein wichtiges Kriterium ist. Es werden viele Themen abgefragt, welche in der einen oder anderen Form auch im öffentlichen politischen Diskurs stehen. Dies sind beispielsweise Volksinitiativen oder Referendumsabstimmungen. Auch für eine Tendenz zur Einseitigkeit des Fragebogens und damit der Bevorzugung einer bestimmten politischen Partei liegen keine Indizien vor. Es beteiligten sich bei den nationalen Wahlen jeweils Parteien des ganzen politischen Spektrums.

Bezüglich der Frageverständlichkeit fällt auf, dass es durchaus auch Fragen gibt, welche verglichen mit anderen Fragen sehr umfangreich und dadurch schwer verständlich sind. Durchschnittlich umfasst eine *smartvote*-Frage rund 120 Zeichen. Die längste Frage besteht hinge-

gen aus drei Sätzen und insgesamt 300 Zeichen, was auf eine gewisse Schwerfälligkeit der Frage hindeutet.¹²

Bezüglich der Budgetfragen kann gesagt werden, dass diese den Kriterien der *Lausanne Declaration* insofern entsprechen, als dass sie relevant sind im politischen Prozess und dass sie auch geeignet sind, unterschiedliche politische Dimensionen aufzuzeigen. So zeigen die Antworten auf die Budgetfragen einerseits die Einstellung bezüglich des Umfangs staatlicher Massnahmen und andererseits die Prioritätensetzung innerhalb den staatlichen Aufgaben. Befürworter eines schlanken Staates möchten weniger staatliche Mittel einsetzen als Vertreter eines ausgebauten Staatswesens.

Eine vergleichende Untersuchung der Frageformulierungen von VAAs zeigt zudem, dass eine relativ grosse Zahl der Fragen (mehr als 20 Prozent) mehrere Elemente umfassen (Camp, Lefevere und Walgrave 2014: 24). Dabei hat *smartvote* bezüglich Quantifizierungen relativ gut, bezüglich Qualifizierungen jedoch relativ schlecht abgeschnitten. Hinsichtlich der Fragen, welche mehrere Elemente umfassen und betreffend den Grad der Konkretheit der Frage rangiert *smartvote* im Mittelfeld der europäischen Wahlhilfen.

2.2 Bedeutung von Wahlkampfaussagen

In diesem Kapitel wird auf die Bedeutung von Wahlkampfaussagen im Allgemeinen und im Besonderen bei VAAs eingegangen. Da in dieser Arbeit untersucht wird, inwiefern strukturell unterschiedliche Wahlkampfaussagen das Abstimmungsverhalten von Parlamentsmitgliedern erklären können, sollen in diesem Kapitel Wahlkampfaussagen beleuchtet werden. In einem ersten Schritt wird die wichtigste Literatur zum Thema der Wahlkampfaussagen kurz aufgearbeitet. Als zweites wird in diesem Kapitel definiert, was in dieser Arbeit unter Wahlkampfaussagen verstanden wird. Weiter wird auf die Bedeutung von Wahlkampfaussagen eingegangen.

2.2.1 Definition und Umfang von Wahlkampfaussagen

Unter Wahlkämpfen wird die Phase vor den Wahlen verstanden, in denen intensiv politisch kommuniziert wird und in denen Parteien und Kandidierende versuchen, den Ausgang der

¹² Es ist dies Frage 3 des Bereichs Finanzen und Steuern im Fragebogen zu den Nationalratswahlen 2011. Die Frage lautet: „Eine Volksinitiative möchte die Benachteiligung von Ehepaaren im Vergleich zu anderen Formen des Zusammenlebens bei Steuern und Renten (Heiratsstrafe) abschaffen. Dabei sollen Ehepaare weiterhin als Wirtschaftsgemeinschaft betrachtet werden und ihr Einkommen gemeinsam versteuern (bspw. nach dem "Splitting-Modell"). Unterstützen Sie dies?“

anstehenden Wahlen zu ihren Gunsten zu beeinflussen (Falter und Schoen 2005: 657). Dabei dienen Wahlkampfaußsagen als Instrument zum Transport politischer Botschaften von Parteien und Kandidierenden an die wahlberechtigte Bevölkerung. Wahlkampfaußsagen werden in der Regel nicht direkt, ohne vermittelnde Instanz, an die wahlberechtigte Bevölkerung weitergegeben. In den meisten Fällen werden Wahlkampfaußsagen über Massenmedien vermittelt (ebd.: 505). Durch die zunehmende Bedeutung des Internets und der damit verknüpften Kommunikationsmöglichkeiten ist es möglich, dass Kandidierende über soziale Netzwerke direkt, das heisst ohne massenmediale Vermittlung, kommunizieren. Auch spezielle Politikplattformen wie VAAs oder Diskussionsforen ermöglichen den Kandidierenden neue Formen der politischen Kommunikation und das Vermitteln von Wahlkampfaußsagen. Die durch Wahlkampfaußsagen vermittelten Botschaften sind meist zukunftsgerichtet und schildern, an welchen politischen Zielen sich der Absender ausrichtet und welche Massnahmen er sich zu deren Umsetzung wünscht.

Ein weiteres wichtiges Element der Wahlkampfaußsagen ist deren Verbindlichkeit. So werden von Parteien und Kandidierenden vor Wahlen oft explizite Versprechungen oder Zusagen geäußert, welche im Falle einer Wahl umgesetzt werden. Die Antworten auf die Fragen der VAA *smartvote* stellen dabei auch Wahlkampfaußsagen dar. Die geäußerten Positionen sind im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zukunftsgerichtet und zeigen, wie sich ein Kandidierender zu konkreten politischen Zielen positioniert und welche Werthaltungen er vertritt. Der Grad der Verbindlichkeit ist jedoch nicht explizit festgehalten. Jedoch sind die Antworten auf die Fragen implizit verbindlich, da sich die Kandidierenden auf eine bestimmte Antwort festlegen müssen und diese danach veröffentlicht wird. Aus dieser Veröffentlichung ergibt sich im Hinblick auf die Wahl automatisch ein gewisser Druck, die bei *smartvote* geäußerten Präferenzen auch im politischen Prozess entsprechend einzubringen.

In dieser Arbeit beschränke ich mich auf die Betrachtung von Wahlkampfaußsagen von Kandidierenden, da einerseits individuelle Aussagen eindeutig einzelnen Kandidierenden zugeordnet und im Nachgang zu Wahlen auch anhand des Abstimmungsverhaltens im Parlament geprüft werden können. Andererseits werden Wahlkampfaußsagen bei der VAA *smartvote* auf der Ebene einzelner Kandidierenden und nicht auf Parteebene erfasst.

Im Folgenden werden die Begriffe Wahlkampfaußsage und Wahlversprechen synonym verwendet, eine genaue Abgrenzung von Versprechen von reinen Aussagen ist aufgrund der sehr subjektiven Verbindlichkeit nicht möglich.

2.2.2 Wahlkampfaußsagen und deren Bedeutung

Bereits für Schattschneider (1942) ist die Übereinstimmung der Meinungen und Einstellungen der Wählenden und dem, was im Parlament effektiv entschieden wird, ein wichtiges Kriterium der demokratischen Repräsentation. Die Umsetzung von Wahlkampfaußsagen im Parlament ist deshalb von hoher Bedeutung. Im Konzept der *promissory representation* (Mansbridge 2003) dienen die Wahlkampfaußsagen der Kandidierenden als Messlatte für das Verhalten nach den Wahlen im Parlament. Die Parlamentsabgeordneten sollen anhand ihrer Zusagen an die Wählenden während des Wahlkampfs in ihrem Verhalten im Amt bewertet werden. Dies, da die Wählenden zukunftsgerichtet wählen und so die Wahlen auch nutzen, um künftige Policies zu beeinflussen.

Weiter ist es für eine repräsentative Demokratie von hoher Bedeutung, dass die Öffentlichkeit den Abgeordneten vertraut und diese auch entsprechend kontrolliert (Andeweg und Thomassen 2005). Eine effektive Kontrolle ist dabei nur möglich, wenn das Verhalten der Parlamentsmitglieder mit Aussagen und Verhaltensmustern vor den Wahlen abgeglichen werden kann. Powell (2000) spricht dabei auch von *prospective voting*. Dies ist ein zukunftsgerichtetes Wahlverhalten, welches darauf abstützt, dass Kandidierende im Falle einer Wahl die im Wahlkampf geäußerten Positionen auch im Parlament umsetzen resp. versuchen, diese umzusetzen. Solche Überlegungen werden unter dem Mandatsmodell subsumiert (Hofferbert und Budge 1992). Eine wichtige Bedingung des Mandatsmodells ist, dass die Wählenden vor den Wahlen aus unterschiedlichen politischen Programmen auswählen können (Thomassen 1994).

Dabei gibt es drei Ansätze bei der Betrachtung des Mandatsmodells (vgl. Fivaz, Louwerse und Schwarz 2014), wobei im Folgenden nur auf den Wahlversprechensansatz (*pledge approach*) eingegangen wird. Dieser Ansatz vergleicht spezifische Wahlkampfaußsagen meist mit den von der Regierung verabschiedeten Policies (Petry und Collette 2009). Problematisch ist daran, dass so nur das Verhalten der regierenden Partei kontrolliert werden kann. Die Parteien in der Opposition können ihre Wahlversprechen aufgrund ihrer parlamentarischen Minderheit nicht oder nur sehr begrenzt umsetzen. Insbesondere für das politische System der Schweiz, welches stark auf Konsens ausgerichtet ist und in dem sich alle grossen Parteien an der Regierung beteiligen, kann nicht nur der Policy-Output betrachtet werden (Fivaz, Lowerse und Schwarz 2014: 198). So empfiehlt es sich, das Abstimmungsverhalten im Parlament als Kontrollpunkt der Umsetzung von Wahlkampfaußsagen zu verwenden.

Dem Mandatsmodell für die Parlamentarier steht das Modell der Treuhänder (Trustee) gegenüber. Dieses Modell, welches Burke ([1792] zitiert nach Judge 1998: 49) massgeblich prägte,

geht davon aus, dass Parlamentsmitglieder nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet sein sollten. Dadurch ist es für die gewählten Kandidierenden durchaus legitim, nach den Wahlen die Meinung zu ändern und sich nicht sklavisch an die einst geäußerten Positionen zu halten. Dabei sollten das Allgemeinwohl und das eigene Gewissen als Richtschnur für das Verhalten dienen. Andere Meinungen, zum Beispiel die der eigenen Wählerbasis, sollten jedoch keinen Einfluss haben.

Burke hat also im Gegensatz zu Schattschneider ein anderes Verständnis demokratischer Repräsentation. In der vorliegenden Arbeit wird jedoch das Mandatsmodell massgeblich für die Erklärungsmodelle und die Interpretation sein. Grund dafür ist, dass VAAs dazu dienen, anhand von bestimmten *Issues* Kandidierende beziehungsweise Parteien zu wählen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die bei VAAs geäußerten Positionen nach den Wahlen umgesetzt werden.

2.2.3 Einfluss des politischen Systems der Schweiz auf Wahlkampfaußagen

Das schweizerische Wahlsystem für den Nationalrat ist einheitlich proportional (Linder 2005: 96). Im Gegensatz zum proportionalen Wahlverfahren in Deutschland, ist es im schweizerischen Wahlsystem möglich, die vorgegebenen Listen der Parteien anzupassen. Einzelne Kandidierende können gestrichen, doppelt aufgeführt oder sogar von einer Liste auf eine andere Liste übertragen werden. Dadurch ist auch das proportionale Wahlsystem stark auf die Kandidierenden zentriert (Garzia 2010: 30). Die Wahlberechtigten können nicht nur Parteilisten wählen, sie können aus allen Kandidierenden auch nur die ihnen Passenden wählen. Folglich ist es für Kandidierende durchaus sinnvoll, einen eigenen Wahlkampf zu führen. Dieser kann sich durchaus von den, im Wahlkampf der eigenen Partei betonten Positionen unterscheiden, um möglichst viele spezifische Kandidierendenstimmen zu erhalten. So macht es für Kandidierende auch Sinn, die *smartvote*-Fragen nicht nur entsprechend den Vorgaben des Parteiprogramms auszufüllen, sondern in einzelnen Fragen von der Haltung der Partei abzuweichen. Ladner et al. (2008: 108f) konnten zeigen, dass nur gerade 10 Prozent der Kandidierenden den Vorgaben resp. Leitfäden der Parteien strikt folgten. 45 Prozent der Kandidierenden berücksichtigten diese Vorgaben nur partiell. Dies ist bis zu einem gewissen Grad auch für die Parteien von Vorteil. Dies, da so ein breiteres Wählersegment angesprochen werden kann und die Parteien darauf hoffen dürfen, dass eigene Kandidierende auch auf fremden Listen platziert werden.

2.2.4 Einhaltung von Wahlkampfaussagen

Fivaz et al. (2014) haben die Frage bearbeitet, inwiefern die gewählten Kandidierenden die Wahlversprechen nach den Wahlen im Parlament einhalten. Dies wird anhand von VAA- und Parlamentsabstimmungsdaten für die Schweiz und die Niederlande untersucht. Für die Schweiz wird die Analyse auf der Ebene der einzelnen Parlamentsmitglieder durchgeführt. Für die Niederlande sind die Parteien ausschlaggebend.

Die Autoren betonen, dass die Angaben bei VAAs die politischen Werte und Einstellungen von Kandidierenden und Parteien aufzeigen und dass diese auch nach den Wahlen ihre Gültigkeit behalten (ebd.: 201). Als abhängige Variable wird ein binäres Übereinstimmungsmass gewählt. Für jedes VAA-Item, welchem eine bestimmte Abstimmung zugeordnet werden konnte, wird bei Übereinstimmung der Antworten der Wert eins zugeordnet und andernfalls der Wert null. Problematisch ist dabei, dass einige Informationen verloren gehen, da bei der VAA *smartvote* die Unterschiede zwischen einer deutlichen Ja- resp. Nein-Antwort und einer eher Ja- resp. eher Nein-Antwort gleichbehandelt werden.

Für die Niederlande wird herausgefunden, dass Regierungsparteien zu 51 Prozent und Oppositionsparteien zu 82 Prozent kongruent abgestimmt haben. Kongruentes Verhalten ist bei den Schweizer Parteien im Durchschnitt etwas höher als in den Niederlanden. Am geringsten ist kongruentes Abstimmungsverhalten bei Parlamentsmitgliedern der CVP (76 Prozent), am höchsten ist es bei den Kandidierenden der Grünen (94 Prozent). Im Durchschnitt haben die Parlamentsmitglieder bei 86 Prozent der Abstimmungen entsprechend ihrer Antwort auf den *smartvote*-Fragebogen geantwortet. Dabei konnten nur Abstimmungsfragen mit einem Pendant im *smartvote*-Fragebogen berücksichtigt werden.

Als signifikanter Erklärungsfaktor für kongruentes Verhalten wird für die Niederlande hauptsächlich die Regierungsbeteiligung gefunden. Signifikante Erklärungsfaktoren von kongruentem Verhalten für die Schweiz sind erstens, ob ein Parlamentsmitglied bereits vor den Wahlen eine unterschiedliche Position wie seine Partei vertrat, zweitens, die Stärke der Präferenz und drittens, ob ein Parlamentsmitglied bei einer Mittepartei ist.

Auch eine weitere Studie (Schwarz et al. 2010) kommt für die Schweiz für den Zeitraum zwischen 2003 und 2009 zum Schluss, dass in rund 85 Prozent der Fälle, die Parlamentsmitglieder sich im Parlament auch entsprechend ihren vor den Wahlen geäußerten Positionen verhalten. Studien, welche das Abstimmungsverhalten mit Parteiprogrammen anstelle von VAA-

Daten vergleichen, kommen ebenfalls zum Schluss, dass die Parlamentsmitglieder relativ zuverlässig die vor den Wahlen geäußerten Zusicherungen einhalten (Mansergh und Thomson 2007, Louwerse 2012).

Jedoch findet Israel (2014) durchaus Ansätze für strategisches Verhalten beim Positionsbezug deutscher Parteien bei der VAA Wahl-O-Mat. Ein Vergleich der Positionen Deutscher Parteien beim Wahl-O-Mat mit den Aussagen in den Wahlprogrammen bildet den Kern dieser Arbeit. In geringem Mass werden Unterschiede der Positionen festgestellt: In fünf Prozent der analysierten Fälle konnten Abweichungen nachgewiesen werden. Als Konklusion wird festgestellt, dass es durchaus Ansätze für strategisch unterschiedliche Platzierungen von Parteien bei VAAs verglichen mit dem Parteiprogramm gibt (ebd.: 107). Im Vergleich zur VAA *smartvote*, bei der die Kandidierenden – im Unterschied zum Wahl-O-Mat – die Fragen individuell beantworten, dürfte für Parteien strategisches Verhalten deutlich schwieriger sein.

2.3 Bedeutung von Konfliktlinien, Ideologien und Werten für die Verortung von Kandidierenden

Im folgenden Kapitel wird auf die Konfliktlinien, Ideologien und Werte hinter den politischen Positionen und Einstellungen eingegangen. Es werden die, für die Schweiz relevanten, Konfliktlinien und Ideologien präsentiert und der Forschungsstand dazu in aller Kürze aufgearbeitet. Mit diesem Hintergrundwissen können die Muster hinter den Antworten auf den *smartvote*-Fragebogen in einem grösseren Kontext richtig eingeordnet werden.

2.3.1 Theoretische Grundlagen von Konfliktlinien, Ideologien und Werten

Gesellschaftliche Konfliktlinien (*Cleavages*) entstehen aus Bündnissen zwischen gesellschaftlichen Grossgruppen und politischen Parteien (Lipset und Rokkan 1967). Dabei sind nach Falter und Schön (2005: 645) drei Faktoren für deren Entstehung wichtig. Erstens müssen sozialstrukturell abgrenzbare Konfliktgruppen identifiziert werden, die über die Zeit stabil sind. Ein Beispiel dafür sind die Arbeiterschicht und die Gruppe der Unternehmer. Zweitens haben die Konfliktparteien unterschiedliche Wertvorstellungen. In Bezug auf das Beispiel der Arbeiter und Unternehmer ist dies etwa die Frage, wie eine gerechte Gesellschaftsordnung aussehen muss. Drittens ist auch die Organisation der Konfliktgruppen von hoher Bedeutung. Sobald es Gruppen gibt, welche die Interessen der *Cleavage*-Gruppen vertreten und immer

wieder aktualisieren, können strukturelle Konfliktlinien entstehen. Diese Organisationsfunktion können Parteien, Gewerkschaften, Verbände und andere Interessengruppen wahrnehmen. Lipset und Rokkan (1967) fanden vier *Cleavages*: Zentrum gegen Peripherie, Staat gegen Kirche, Stadt gegen Land, und Arbeit gegen Kapital. Falter und Schön (2005: 645) betonen, dass diese Konfliktlinien für das Wahlverhalten relevant sind. Dies, da ein Bündnis zwischen einer gesellschaftlichen Grossgruppe und einer Partei dazu führt, dass so die Mitglieder der Gruppe regelmässig mobilisiert werden können und auch mehrheitlich für die Bündnispartei stimmen.

Gesellschaftliche Veränderungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts haben zu einem Rückgang der Bedeutung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Staat und Religion geführt (Dalton 1996: 319). Die Konfliktlinien in westlichen Demokratien verlaufen nicht mehr nur entlang der relativ starren gesellschaftlichen Gruppen. Traditionelle sozio-strukturelle Kategorien haben so einen schwächeren Einfluss auf das Wahlverhalten. Die Parteien repräsentieren folglich nicht mehr nur eine sozio-strukturelle Gruppe. Die Basis der Parteien wurde heterogener. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das *Cleavage*-Modell gänzlich überholt ist. Die gesellschaftliche Realität ist jedoch deutlich fragmentierter und stärker im Wandel, als noch vor 50 Jahren, als Lipset und Rokkan ihre Arbeit verfassten (Enyedi 2008: 299).

Neben den gesellschaftlichen Veränderungen ergab sich auch eine Veränderung ideologischer Konflikte. Inglehart (1977, 1990) bezeichnete diese Veränderung als Postmaterialismus. Aufgrund des zunehmenden Wohlstands wurden Fragen der Lebensqualität, welche nicht direkt von den ökonomischen Rahmenbedingungen abhängen, wichtiger. In der öffentlichen Debatte haben Themen wie Umweltschutz, Frauenrechte und das Bedürfnis nach stärkerem Einbezug in den politischen Entscheidungsprozess an Bedeutung gewonnen. Dalton (1996: 320) hält zudem fest: „*In addition, attention to these new Issues has been paralleled by a general growth in Issue-based voting, even for „old“ Issues, such as the size of the welfare state and the overall scope of government.*”

Der Wahlentscheid wurde durch diese Entwicklungen volatiler und die Wahl einer bestimmten Partei aufgrund einer langfristigen Bindung verlor als Erklärungsmodell etwas an Bedeutung (ebd.). Jedoch wurde der alte Konflikt zwischen Arbeit und Kapital nicht vollständig überholt. Postmaterialistische Werthaltungen sind aber zu einem Bestandteil des politisch-ideologischen Rahmens geworden und ergänzen vielmehr die bestehenden ideologischen Konflikte, als dass sie diese ersetzen (ebd.: 337, 335).

2.3.2 Konfliktlinien und Ideologien in der Schweiz

Auch in der Schweiz waren die von Lipset und Rokkan (1967) beschriebenen *Cleavages* für die Entwicklung des Parteiensystems von grosser Bedeutung. Die Katholisch-Konservativen standen den Liberalen bezüglich der Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie sowie zwischen Staat und Kirche gegenüber (Ladner 2014: 56, Linder 2005: 86). Teilweise überlagern sich die Konfliktlinien, so dass von den Parteien mehrere dieser *Cleavages* gemeinsam bedient werden. Beispiel dafür ist der Zentrum-Peripherie und Staat-Kirche Konflikt, bei welchem sehr oft eine Koalition aus Zentrum und Staat einer Koalition aus Peripherie und Kirche gegenüber steht (Linder 2005: 87, Leimgruber, Hangartner und Leemann 2010).

Das Konzept der Konfliktlinien von Lipset und Rokkan (1967), welches Ende des 20. Jahrhunderts aufkommende, neue ideologische Auseinandersetzungen nicht abdeckte, hat auch für die Schweiz an Erklärungskraft verloren. Durch die Ausrichtung ihres Konzepts auf relativ homogene gesellschaftliche Gruppen und soziostrukturelle Kriterien zu deren Unterscheidung, haben die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur Konfliktlinien, wie die zwischen Staat und Kirche und in geringerem Mass auch die Konfliktlinie Zentrum-Peripherie, etwas abgeschwächt. Die starren gesellschaftlichen Strukturen veränderten sich und es kamen auch in der Schweiz postmaterialistische Bewegungen auf (Linder 2005: 87). Aus diesen Bewegungen entstanden neue Parteien wie die Grünen, aber auch Parteien wie die Nationale Aktion, welche die Angst vor einer Überfremdung aufgriffen.

Wie im letzten Kapitel aufgezeigt, sind die alten Konfliktlinien, insbesondere deren ideologische Hintergründe, nicht gänzlich verschwunden. Die grossen und prägenden Ideologien des Liberalismus, Konservatismus und des Sozialismus spielen für die grossen Schweizer Parteien eine grosse Rolle (Linder 2005: 86). Auch viele Sachabstimmungen haben zumindest mittelbar einen starken Bezug zu diesen Ideologien. So wurde Ideologie in der Politik auch bisher meist als ein eindimensionales Links-Rechts-Konzept dargestellt (Converse 1964, Fuchs und Klingemann 1989). Diese Dimension spiegelt primär den ökonomischen Konflikt innerhalb einer Gesellschaft. Darunter fallen spezifische strittige *Issues* wie die Besteuerung, Umverteilung von Wohlstand, soziale Sicherheit, freiheitliche Wirtschaftsordnung (Leimgruber, Hangartner und Leemann 2010: 507). Kitschelt (1994) nennt dies, etwas vereinfachend, auch den Konflikt zwischen sozialistischer und kapitalistischer Ideologie.

Die Wichtigkeit dieser Dimension ist auch nach dem zweiten Weltkrieg nicht von der Hand zu weisen (Bartolini and Mair 1990). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte sich eine weitere politische Dimension. Diese wird von Kitschelt (1994) als libertär-autoritäre Dimension bezeichnet. Er ordnet dieser Dimension *Issues* wie Minderheitsrechte, staatliche Autorität, „law and order“, Bürgerproteste und Tradition zu. Andere Autoren (Kriesi und Trechsel 2008) beschreiben diesen ideologischen Konflikt als kultureller Liberalismus gegen Konservatismus. Diese beiden politischen Dimensionen beschreiben die politische Landschaft der Schweiz hinlänglich (Kriesi 2001, Leemann 2008, Lachat 2008, Hermann und Leuthold 2003). Ein Kritikpunkt an diesem zweidimensionalen Konzept ist, dass sehr oft eine starke Korrelation zwischen linken und libertären Positionen und rechten und konservativen Positionen besteht. Linder (2005: 95) erklärt die nach wie vor dominante Links-Rechts-Dimension in der Schweiz dadurch, dass sich die Werthaltungen der Stimmberechtigten immer noch in zwei Lager unterteilen lassen; einerseits in das bürgerliche Lager, welches sich zwar in Nuancen voneinander unterscheidet und in das nicht-bürgerliche (linke) Lager. Der ideologische Unterschied zwischen diesen beiden Lagern ist dabei deutlich grösser als die Unterschiede innerhalb der Lager. Das Aufkommen der Grünliberalen Partei, welche sich im Spannungsfeld zwischen bürgerlichen (rechten) und linken (postmaterialistischen) Ideologien bewegt, zeigt jedoch, dass die Schweizer Politik nicht nur anhand strikt eindimensionaler Erklärungsansätze ausgelegt werden kann.

Aus diesen Erkenntnissen kann abgeleitet werden, dass der *smartvote*-Fragebogen mit seinen *Issues* insbesondere die Links-Rechts-Polarität des politischen Systems der Schweiz abbilden sollte. Es sollten jedoch auch postmaterialistische Werthaltungen abgefragt werden, um ein möglichst differenziertes Bild der politischen Landschaft der Schweiz zu erhalten.

2.4 Überblick über Forschungsstand zum Stimmverhalten im Parlament

In diesem Kapitel wird kurz auf die Motive des Abstimmungsverhaltens der Parlamentsmitglieder eingegangen. Dabei stehen die Einflussfaktoren auf das Stimmverhalten im Vordergrund. Dazu werden insbesondere die Erkenntnisse von Schwarz (2009) für die Schweiz erläutert. Für die vorliegende Arbeit ist es wichtig, die Erklärungsfaktoren des Abstimmungsverhaltens neben den persönlichen Werthaltungen der Abgeordneten zu kennen. Ganz grundsätzlich muss festgehalten werden, dass durch die Beobachtung des Abstimmungsverhaltens von Politikern zwar die Ziele (vorbehalten ausgeklügeltes, strategisches Verhalten) festgestellt werden können, jedoch nicht was die Motive hinter den Zielen sind

(ebd.:18). Die Kenntnis der Ziele, also des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten, ist nicht hinreichend, um Rückschlüsse auf individuelle Motive zu ziehen. Solange nur Kontextdaten vorliegen, sollte man bei der Interpretation des Verhaltens zurückhaltend sein und sich auf "Determinanten" (Bestimmungs- oder Einflussfaktoren) des Stimmverhaltens konzentrieren. Um Motive für das Abstimmungsverhalten zu erforschen, müssen die Parlamentsmitglieder individuell befragt werden.

Die drei grossen Erklärungsansätze (siehe Kapitel 2.1.2) des Wahlverhaltens sind nicht eins zu eins von den Wählenden auf die Gewählten übertragbar. Die Abgeordneten gehören politischen Parteien resp. Fraktionen des Parlaments an, vertreten die Interessen einer bestimmten kantonalen Wählerschaft und haben oft auch noch private oder berufliche Spezialinteressen, welche sie ins Parlament einbringen. Dies sind nur einige wenige Beispiele für unterschiedliche Anspruchsgruppen, welche für das Abstimmungsverhalten der Parlamentsmitglieder von Bedeutung sein können. All diese Anspruchsgruppen können das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten prägen. Grundsätzlich zeigt sich, dass die Abgeordneten fraktionsweise mehrheitlich geschlossen stimmen (ebd.:73). Abweichendes Stimmverhalten erklärt Schwarz (ebd.) anhand von drei übergeordneten Erklärungssträngen: Erster Erklärungsstrang ist die Wahlkreisorientierung, als zweites sind es Politikinhalt und als drittes die Parlamentsinstitutionen.

Als Wahlkreisorientierung wird abweichendes Stimmverhalten eines Parlamentsmitglieds bezeichnet, welches sich aus der besonderen Bedeutung des behandelten Geschäfts für den eigenen Wahlkreis ergibt (ebd.: 41f). Um die eigene Wiederwahl zu sichern, besteht in solchen Situationen ein Anreiz für abweichendes Stimmverhalten. Denkbar ist weiter auch, dass die Grösse des Wahlkreises des Abgeordneten eine Rolle spielt. Die Theorie geht davon aus, dass es in kleinen Wahlkreisen mit wenigen Abgeordneten einfacher ist, deren Verhalten im Parlament zu beobachten (Bowler and Farrel 1993; Carrey and Shugart 1995). Dies erhöht wiederum den Druck auf Abgeordnete aus kleinen Wahlkreisen, sich an Wahlkampfaussagen zu halten.

Abweichendes Stimmverhalten kann auch aufgrund von grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen zu einzelnen *Issues* entstehen (Politikinhalt resp. Koalitionsbildung). Anders als bei der Wahlkreisorientierung geht es dem Politiker dabei mehr um intrinsische Motive (Schwarz 2009: 81). Des Weiteren haben auch die formellen und informellen Regeln des parlamentarischen Prozesses einen Einfluss darauf, ob abweichendes Stimmverhalten beobachtet werden kann (ebd.: 83f). Die empirischen Resultate zeigen jedoch, dass die politische Einstellung der Nationalratsmitglieder die grösste Erklärungskraft hat (ebd.: 198). Insbesondere die

Wahlkreisorientierung hat nicht die vermutete Bedeutung. Bezüglich der Parlamentsinstitutionen liegen ambivalente Resultate vor.

Soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Sprache sind Kriterien, welche bei Verhaltensuntersuchungen meist eine Rolle spielen und zumindest als Kontrollvariablen in ein statistisches Modell einbezogen werden sollten. Auch in der Studie von Schwarz (2009) zeigte sich, dass die Sprachregion und das Geschlecht bei der Erklärung des Abstimmungsverhaltens von Bedeutung sind.

Für das schweizerische Bundesparlament im Allgemeinen und den Nationalrat im Besonderen zeigt die bestehende Literatur, dass die eigene Meinung das von der Fraktion abweichende Abstimmungsverhalten am besten zu erklären vermag.

3. Hypothesen

Eine Einbettung der Hypothesen in ein bestehendes, festes Theoriefundament ist für die vorliegende Arbeit schwierig, da diese einen eher explorativen Charakter hat und bisher wenig Theorie diesbezüglich erarbeitet wurde. Jedoch konnte die Studie von Schwarz (2009) zeigen, dass die persönlichen politischen Einstellungen von Parlamentsmitgliedern ihr (abweichendes) Stimmverhalten prägen.

3.1 Erste Hypothese

Die erste Hypothese leitet sich aus der Annahme ab, dass die Antwortmuster hinter den Budgetfragen die gleichen ideologischen Konfliktlinien wie die *Issue*-Frage zeigen. Bereits die geringe Anzahl an Budgetfragen sollte dabei ausreichen, die grossen ideologischen Differenzen hinreichend genau abzubilden. Fragen nach den Ausgabepreferenzen für staatliche Aufgaben haben einen hohen Bezug zur Links-Rechts-Dimension, welche nach wie vor sehr dominant ist. Politische Präferenzen können anhand der Zuweisung von staatlichen Mitteln zudem recht effizient und umfassend erfasst werden. So dürfte das Abstimmungsverhalten bezüglich der Fragen mit einem Bezug zur Links-Rechts-Dimension mit Hilfe der Antworten auf die Budgetfragen gleich gut erklärt werden, wie durch die Antworten auf die zahlreichen *Issue*-Frage. Die erste Hypothese lautet deshalb folgendermassen:

Hypothese 1: *Das Abstimmungsverhalten im Nationalrat kann durch die Antworten auf die Budgetfragen gleich gut wie mit den Antworten auf die Issue-Fragen erklärt werden.*

Kann die Hypothese nicht verworfen werden, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass bereits anhand der Antworten auf die Budgetfragen ein recht genaues Bild der Parlamentsmitglieder gezeichnet werden kann.

3.2 Zweite Hypothese

Zur zweiten Hypothese gelangt man, wenn man annimmt, dass die Antworten auf die Budgetfragen wichtige Informationen enthalten, welche anhand der *Issue*-Fragen nicht vollständig erfasst wurden. Wichtig sind diese Informationen dann, wenn sie dazu dienen, das politische Profil der Politiker zu präzisieren und eine genauere Voraussage des Abstimmungsverhaltens möglich wird. Ein Argument dafür, dass die Antworten auf die Budgetfragen zusätzliche Informationen enthalten, ist, dass die Budgetfragen „Nägel mit Köpfen“ machen. Ausgabenpräferenzen haben eine hohe Tragweite für das staatliche Handeln. Im Gegensatz zur teilweise geringen Bedeutung sachpolitischer Fragen ist die Mittelzuweisung für die einzelnen staatlichen Aufgaben von grosser Wichtigkeit. Ein weiteres Argument ist, dass Nuancen im politischen Profil der Kandidierenden aufgrund der zusätzlichen Antwortoption bei den Budgetfragen – verglichen mit den *Issue*-Fragen – besser zur Geltung kommen. Die zweite Hypothese ist die Folgende:

Hypothese 2: *Wenn die Antwortmuster auf die Budgetfragen in das Erklärungsmodell einbezogen werden, dann kann das Abstimmungsverhalten der Nationalräte besser erklärt werden, als wenn nur die Antwortmuster der Issue-Fragen betrachtet werden.*

In diesem Fall tragen die Budgetfragen zu einer präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens bei und die Schlussfolgerung liegt nahe, dass die Budgetfragen wichtige zusätzliche Informationen zu den Positionen der Kandidierenden liefern.

4. Methode – Vorgehen zur Prüfung der Hypothesen

Einleitend werden im Kapitel mit den Resultaten einige deskriptive Analysen zu den *smartvote*-Fragen, insbesondere zum Verhältnis zwischen *Issue*- und Budgetfragen vorgestellt. Ziel ist es dabei einen ersten Überblick zu geben, ob sich die Antwortmuster zwischen diesen Fragetypen grundsätzlich unterscheiden und welche Auffälligkeiten bei den Antworten und Kommentaren der Kandidierenden vorhanden sind.

Weiter wird anhand einer explorativen Faktorenanalyse der *smartvote*-Antworten aller Kandidierenden und insbesondere der gewählten Parlamentsmitglieder geklärt, ob hinter den *Issue*- und Budgetfragen eine oder mehrere latente Variablen liegen. Durch die Faktorenanalyse kann eine Reduktion der Variablen resp. eine Gruppierung in homogenere Gruppen erreicht werden. Diese Reduktion resp. Gruppierung hat auch den Vorteil, dass eine verlässlichere und verständlichere Messgrösse vorliegt, um die zugrunde liegenden Einstellungen und Werte der Kandidierenden zu messen. Mit den aus der Faktorenanalyse gewonnen Erkenntnissen kann geklärt werden, welche gemeinsamen Konfliktlinien (politischen Dimensionen) hinter den Antwortmustern liegen.

Anhand einer quantitativen empirischen Untersuchung der Positionsbezüge von Parlamentsmitgliedern vor und nach den Wahlen werden die Hypothesen beantwortet. Untersuchungsperiode ist dabei der Wahlkampf 2011 mit der Positionierung im Rahmen des Nationalrats-Fragebogens von *smartvote* und andererseits das Abstimmungsverhalten in der 49. Legislaturperiode des Nationalrats bis und mit der Wintersession 2012.

Das für die vorgesehene Querschnittsanalyse benötigte Datenmaterial zu den Positionen im Wahlkampf der Kandidierenden für den Nationalrat (*Issue*-Fragen und Budgetfragen) wird von der Online-Wahlhilfe *smartvote* des Vereins Politools zur Verfügung gestellt. Von den 2011 effektiv gewählten 200 Nationalräten und Nationalrätinnen haben 185 den *smartvote*-Fragebogen vor den Wahlen beantwortet, was einer Teilnahmequote von 93 Prozent entspricht.¹³

¹³ Aufgrund von Wechseln im Nationalrat ist die effektive Zahl der Beobachtungen leicht höher als die *smartvote*-Teilnahmequote von 93% der am 23. Oktober 2011 gewählten Kandidierenden. Im Datensatz sind 190 Nationalrät/-innen enthalten, welche an einer oder mehreren Abstimmungen im Parlament teilgenommen haben und den *smartvote*-Fragebogen ausgefüllt haben.

Die Daten zum Abstimmungsverhalten der gewählten Parlamentsmitglieder werden von den Parlamentsdiensten resp. von der Parlamentsbeobachtung „smartmonitor“ des Vereins Politolo zur Verfügung gestellt.¹⁴

Es werden drei Modelle zur Prüfung der Hypothesen gerechnet. Vorab wird dazu für alle Fälle aus den gefundenen Faktorladungen und den Antworten ein additiver Indexwert berechnet, sofern der jeweilige Faktor einen Eigenwert höher als eins aufweist. In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff Index wie folgt verwendet: Ein Index ist eine Kennzahl, welche den Grad der Zustimmung zu politischen Dimensionen, welche wiederum mittels einer Faktorenanalyse gefunden wurden, misst. Er hat keine Dimension (Diekmann 2007: 230ff). Dieser additive Indexwert wird für alle Faktoren jeweils auf zwei verschiedene Arten berechnet.

Die erste Variante des Index wird anhand einer Regressionsanalyse basierend auf den Faktorladungen aller Fragen berechnet. So fließen Fragen, die hoch auf einen Faktor laden, stärker in den Indexwert ein als Fragen, welche nur eine tiefe Faktorladung aufweisen.¹⁵ Die zweite Variante ist, nur diejenigen Antworten auf die *smartvote*-Fragen in den Index einzubeziehen, welche eine Faktorladung von mehr als 0.4 aufweisen. Vorteil der zweiten Variante ist, dass der gebildete Index aufgrund der klaren Abgrenzung zwischen einbezogenen und ausgeschlossenen *smartvote*-Fragen besser theoretisch eingeordnet werden kann. Nachteil ist hingegen, dass die sehr stark ladenden und die nur knapp genügend stark ladenden Fragen den gleichen Einfluss auf den Indexwert haben. Die so gebildeten Indexwerte dienen für jeden Nationalrat als Indikator seiner Position bezüglich einer bestimmten politischen Dimension vor den Wahlen. So werden die Modelle jeweils mit beiden Indexwerten berechnet und können danach miteinander verglichen werden.

Das erste Model enthält als unabhängige Variable die *smartvote*-Budgetposition. Diese wird aus dem, anhand der Faktorenanalyse der Budgetfragen gefundenen, Faktor mit dem höchsten Eigenwert gebildet. Das zweite Model enthält als unabhängige Variable die *smartvote*-Issue-Position. Gebildet wird dieser Index mit der Faktorenanalyse der *Issue*-Fragen. Das dritte Model enthält eine Kombination der beiden zuvor genannten unabhängigen Variablen.

¹⁴ Wer hat wie abgestimmt im Parlament: <http://www.parlament.ch/D/WAHLEN-ABSTIMMUNGEN/ABSTIMMUNGEN-IM-PARLAMENT/SMARTMONITOR/Seiten/default.aspx>

¹⁵ Dieser Faktorwert wurde anhand des Stata-Befehls *predict, regression* gerechnet. Die so berechneten Werte basieren auf den Faktorladungen. Die Berechnung erfolgt mittels der Regressionsmethode: Die beobachteten Werte werden in Regressionsgleichungen basierend auf den Faktorladungen eingesetzt.

Die abhängige Variable ist bei allen drei Modellen das Abstimmungsverhalten der gewählten Nationalratsmitglieder. Dabei wurden alle von den Parlamentsdiensten als wichtig bezeichneten Abstimmungen des ersten Jahres der 49. Legislatur (Wintersession 2011 bis Wintersession 2012)¹⁶ miteinbezogen. Wichtig zu erwähnen ist, dass das Abstimmungsverhalten dichotom erfasst wird. Enthaltungen und Abwesenheiten werden als fehlende Werte behandelt. Die Abstimmungen werden entsprechend den, bei der Faktorenanalyse über die *smartvote*-Fragen gefundenen, politischen Dimensionen aggregiert. Diese Auswahl von geeigneten Nationalratsabstimmungen wird anhand des Inhalts der Geschäfte, über die abgestimmt wurde, vorgenommen. Als Informationsquelle dazu dient die Parlamentswebseite mit der Geschäftsdatenbank (Curia Vista) und den Abstimmungsprotokollen.¹⁷

Dieses Vorgehen wird gewählt, da so für die mittels der Faktorenanalyse gefundenen Faktoren (Positionen vor den Wahlen) vergleichbare Werte für das Abstimmungsverhalten nach den Wahlen vorliegen. Als Kontrollvariablen werden in allen drei Modellen die in Kapitel 2.4 aufgeführten Variablen sowie die Wahlkreisgrösse eingefügt. Die Fälle sind dabei die einzelnen Nationalrätinnen und Nationalräte. Die Regressionsgleichungen lauten wie folgt:

1. Modell:

$$\text{Abstimmungsverhalten}_i = \alpha + \beta_1 * \text{Budgetindex}_i + \beta_2 * \text{Wahlkreisgrösse}_i + \beta_3 * \text{Alter}_i + \beta_4 * \text{Geschlecht}_i + \beta_5 * \text{Sprache}_i + e_i$$

$i = \text{Fall (Nationalrat)}$, $\alpha = \text{Konstante}$, $\beta_x = \text{Korrelationskoeffizienten}$, $e_i = \text{Fehlerterm}$

2. Modell:

$$\text{Abstimmungsverhalten}_i = \alpha + \beta_1 * \text{Issue-Index}_i + \beta_2 * \text{Wahlkreisgrösse}_i + \beta_3 * \text{Alter}_i + \beta_4 * \text{Geschlecht}_i + \beta_5 * \text{Sprache}_i + e_i$$

$i = \text{Fall (Nationalrat)}$, $\alpha = \text{Konstante}$, $\beta_x = \text{Korrelationskoeffizienten}$, $e_i = \text{Fehlerterm}$

¹⁶ Das Selektionskriterium „wichtige Abstimmungen“ wird auf der Parlamentswebseite nicht näher erklärt. Aufgrund eines kurzen Vergleichs zeigt sich, dass mit der Wahl des Kriteriums „wichtige Abstimmungen“ insbesondere Abstimmungen über Postulate, Petitionen und Motionen von inhaltlich beschränkter Relevanz und Tragweite entfernt werden. So wurden insgesamt 67 Abstimmungen bewertet, 33 davon hatten einen klaren Bezug zur Links-Rechts-Dimension und wurden zur abhängigen Variable „Abstimmungsverhalten“ zusammengefasst.

¹⁷ Das genaue Vorgehen dieser Inhaltsanalyse sowie eine Liste der gewählten Abstimmungen befinden sich im Anhang

3. Modell:

$$\text{Abstimmungsverhalten}_i = \alpha + \beta_1 * \text{Kombi-Index}_i + \beta_2 * \text{Wahlkreisgrösse}_i + \beta_3 * \text{Alter}_i + \beta_4 * \text{Geschlecht}_i + \beta_5 * \text{Sprache}_i + e_i$$

$i = \text{Fall (Nationalrat)}$, $\alpha = \text{Konstante}$, $\beta_x = \text{Korrelationskoeffizienten}$, $e_i = \text{Fehlerterm}$

Das Skalenniveau der abhängigen Variable ist im Prinzip ordinal. Die abhängige Variable wird aus dem dichotomen Abstimmungsverhalten (Ja, Nein) gebildet. Durch das Aggregieren der Abstimmungsdaten anhand der Inhaltsanalyse entsteht ein Indexwert, welcher die Stärke der Zustimmung zu einem bestimmten Faktor (politische Dimension) zeigt. Das Skalenniveau dieses Indexwertes ist folglich streng genommen ordinal, es können also Aussagen über die Rangfolge gemacht werden. Aussagen über die Abstände zwischen den einzelnen Indexwerten sind jedoch grundsätzlich nicht zulässig.

Folglich sollte die Regressionsgleichung anhand eines Logit-Modells gerechnet werden. Mit diesem Modell wird anhand der unabhängigen Variablen die Wahrscheinlichkeit geschätzt, in einer bestimmten Kategorie der abhängigen Variable zu sein. Da die so geschätzten logarithmierten Odds (Log-Odds) sehr schwer interpretierbar sind, insbesondere bei einer grossen Zahl an unterschiedlichen Kategorien, wird zur Veranschaulichung der Zusammenhänge auch ein lineares Regressionsmodell gerechnet.

Dieser Schritt kann auch damit begründet werden, dass bei der abhängigen Variable Äquidistanz zwischen den Merkmalsausprägungen vorliegt. So wird beispielsweise der Differenz zwischen dem Wert 0.8 und 0.6 die gleiche Bedeutung beigemessen wie der die Differenz zwischen 0.4 und 0.2. Ein weiterer Grund für die Annahme eines quasi-metrischen Skalenniveaus ist, dass die abhängige Variable eine Vielzahl unterschiedlicher Ausprägungen aufweist (über 108 verschiedene Merkmalsausprägungen). So kann das Skalenniveau der abhängigen Variable als quasi-metrisches Skalenniveau bezeichnet und interpretiert werden, wenn die Ergebnisse entsprechend kritisch gewürdigt und anhand eines Logit-Modells überprüft werden (vgl. Baur 2008).

Anhand der Regression kann geprüft werden, ob und wieviel Varianz im Abstimmungsverhalten der Nationalratsmitglieder (abhängige Variable) mit der Varianz der Positionsbezüge bei *smartvote* (unabhängige Variable) erklärt werden kann. Das erste Modell zeigt dabei auf, wie gut sich das Abstimmungsverhalten der Nationalratsmitglieder anhand der Budgetfragen er-

klären lässt. Das zweite Modell analysiert den Zusammenhang des Abstimmungsverhaltens mit den Antworten auf die *Issue*-Fragen. Mithilfe des dritten Modells wird geklärt, wie viel Varianz des Abstimmungsverhaltens der Nationalratsmitglieder mit den Antworten auf den gesamten *smartvote*-Fragebogen erklärt werden kann.

Anhand der Modellgüte (R-Quadrat) können die Hypothesen und letztlich auch die Forschungsfrage beantwortet werden. Es lässt sich mit der Modellgüte zeigen, wie gut das Abstimmungsverhalten durch die Antworten auf die unterschiedlichen Bereiche (Budgetfragen und *Issue*-Fragen) des *smartvote*-Fragebogens erklärt werden können. Die Modellgüte wird definiert durch den gesamten Anteil Varianz der abhängigen Variable, welcher durch die Varianz der unabhängigen Variablen erklärt werden kann. Dieser Wert zeigt, wie genau die unabhängigen Variablen die abhängige Variable schätzen können.

$$R^2 = \frac{\text{Summe der erklärten Varianz}}{\text{Summe gesamte Varianz}} = \frac{\sum_{i=1}^n (\hat{y}_i - \bar{y})^2}{\sum_{i=1}^n (y_i - \bar{y})^2} = 1 - \frac{\sum_{i=1}^n (\hat{u}_i)^2}{\sum_{i=1}^n (y_i - \bar{y})^2}$$

5. Empirische Resultate

5.1 Deskriptive Statistiken

Insgesamt sind im Datensatz 3'547 Kandidierende für die Nationalrats- und Ständeratswahlen 2011 enthalten. Wie bereits am Anfang der Arbeit erwähnt, haben 84 Prozent aller Kandidierenden den *smartvote*-Fragebogen komplett ausgefüllt. Gegenüber 2007 ist dies eine leichte Zunahme um gut ein Prozent. Bei der Beteiligung nach Partei (Tabelle 2 und 3) fällt auf, dass sich die SVP Kandidierenden nur zu rund drei Viertel beteiligen. Auffällig ist auch die leicht tiefere Beteiligung der Frauen, insbesondere bei den Mitte Parteien CVP, GLP und BDP. Bei den Alterskategorien zeigt sich insbesondere für die älteste Gruppe (65+) eine deutlich geringere Teilnahme an der *smartvote*-Befragung.

Tabelle 2: *smartvote*-Teilnahme in Prozent

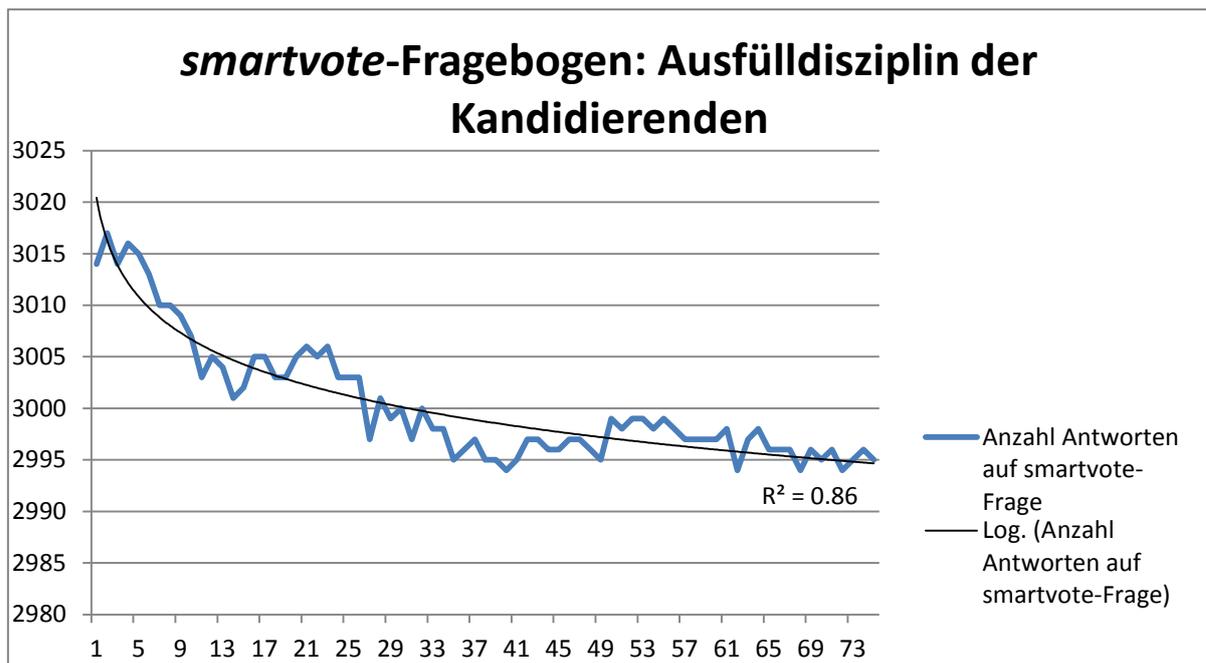
	Geschlecht		Alterskategorien					
	Frau	Mann	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+
Alle Parteien	84	84	87	87	88	86	78	53
CVP	80	85	77	89	91	89	77	53
FDP	96	92	94	93	92	95	91	50
SVP	75	74	74	80	77	84	67	43
SP	96	95	95	94	96	96	95	92
Grüne	92	91	88	93	98	92	92	63
GLP	88	97	91	96	96	96	88	100
BDP	74	81	75	84	83	87	78	38
EVP	96	97	93	98	96	100	92	100

Für die Sprachregionen kann kein Röstigraben festgestellt werden, die Beteiligung zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ist fast identisch (Tabelle 3). Die Kandidierenden der italienischsprachigen Schweiz beteiligen sich etwas weniger oft an *smartvote* wie die übrigen Kandidierenden. Auffällig ist weiter, dass bei allen Parteien, ausgenommen die Kandidierenden der SVP, die Beteiligung unter den gewählten Kandidierenden zwischen 90 und 100 Prozent liegt.

Tabelle 3: *smartvote*-Teilnahme in Prozent

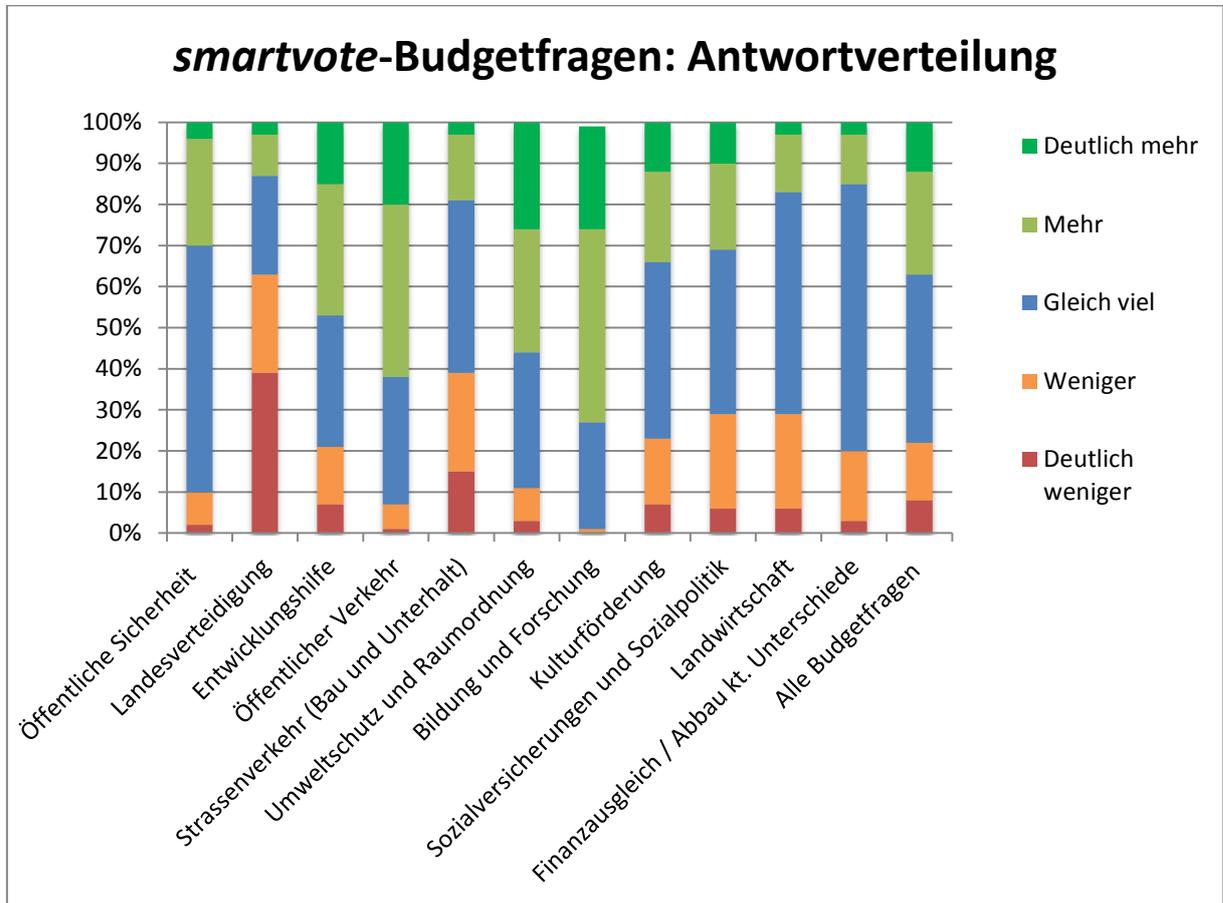
	Sprache			Wahlstatus		Total
	Deutsch	Französisch	Italienisch	Nicht gewählt	Gewählt	
Alle Parteien	84	85	72	83	91	84
CVP	83	87	67	83	90	83
FDP	93	91	100	93	93	93
SVP	73	81	38	73	78	74
SP	95	93	100	94	100	95
Grüne	94	86	100	91	94	92
GLP	94	97	-	94	100	94
BDP	81	75	-	78	100	80
EVP	97	97	-	97	100	97

Abbildung 1: Ausfülldisziplin der Kandidierenden



Die Rate der Kandidierenden, die mit dem Erfassen von Antworten beginnt und danach abbricht liegt bei 0.8 Prozent. Dabei fällt auf, dass der grösste Teil davon bereits nach den ersten zehn Fragen aussteigt und die Teilnahme in der zweiten Hälfte des Fragebogens deutlich stabiler ist (Abbildung 1). Zur Verdeutlichung dieses Trends wurde in der Grafik auch eine logarithmische Regressionstrendlinie eingefügt. Für die Budgetfragen zeigt sich kein spezieller Ausstiegseffekt, die Zahl der erfassten Antworten bleibt für die letzten Fragen relativ stabil.

Abbildung 2: Antwortverteilung bei Budgetfragen (alle Kandidierenden)



Die Antwortverteilung bei den zehn Budgetfragen zeigt, dass nur bei sehr wenigen Fragen die grösste resp. kleinste Kategorie gewählt wird (Abbildung 2). Dies ist einerseits bei der Landesverteidigung der Fall, dort spricht sich die grösste Gruppe der Kandidierenden für starke Einsparungen aus. Andererseits gaben bei den Fragen nach dem Öffentlichen Verkehr, dem Umweltschutz und Raumordnung sowie der Bildung und Forschung mehr als 20 Prozent der Kandidierenden an, für deutlich grössere Ausgaben zu sein. Ansonsten wurden diese beiden Antwortkategorien meist nur von einer einstelligen Prozentzahl an Kandidierenden verwendet.

Die Mitteparteien haben über alle Fragen eine deutlich höhere Standardabweichung wie die Parteien am linken Pol (Tabelle 4). Dabei steht die GLP mit ihrer relativ geringen Streuung der Antworten zwischen den linken Polparteien und der SVP. Diese hat bei den *Issue*-Fragen zwar eine leicht geringere Streuung der Antworten als die Mitte Parteien (CVP, FDP, BDP). Bei den Budgetfragen weisen die Kandidierenden der SVP jedoch die höchste Streuung innerhalb der Partei auf. Geht man davon aus, dass die Antworten in der Regel normalverteilt

um den Erwartungswert liegen, bedeutet dies, dass 68 Prozent der Beobachtungen nicht weiter vom Erwartungswert entfernt liegen als die Standardabweichung. Über den ganzen Fragebogen gesehen, bedeutet dies, dass die Standardabweichung bei allen Parteien etwa den Abstand zwischen zwei Antwortkategorien umfasst. Die Werte sind aufgrund der zusätzlichen mittleren Antwortkategorie bei den Budgetfragen („gleich viel ausgeben“), verglichen mit den *Issue*-Fragebogen, nur beschränkt untereinander vergleichbar. Die geringere Streuung der Antworten bei den Budgetfragen lässt sich so auch aufgrund der zusätzlichen Antwortkategorie erklären.

Tabelle 4: Geschlossenheit (mittlere Standardabweichung) der Parteien

Partei	<i>Issue</i> -Fragebogen	Budgetfragen	Gesamter Fragebogen
CVP	34	17	32
FDP	34	18	32
SVP	29	20	28
SP	19	16	18
Grüne	21	18	20
GLP	26	16	24
BDP	34	17	33
Alle Parteien	40	25	39

N=2'994, Werte zeigen die mittlere (Median) Standardabweichung je Partei

Die Übersicht über die mittleren Parteiantworten (Tabelle 5) zeigt grundsätzlich unterschiedliche Budgetpräferenzen nach Partei. Interessant ist dabei auch das Streuungsmass (Standardabweichung), welches die Verteilung der Antworten nach Partei angibt. Es zeigt sich, dass die Streuung je nach Frage und Partei recht unterschiedlich ist. So lassen sich sehr geschlossene Antwortmuster aber auch recht unterschiedliche Antworten innerhalb einer Partei beobachten. Auf die Frage zu den Budgetpräferenzen bei der öffentlichen Sicherheit gibt die GLP die Antwort „Deutlich weniger ausgeben“ mit einer Standardabweichung von 10, bei der Frage zur Landesverteidigung streuen die Antworten der CVP mit einer Standardabweichung von 23 relativ stark um die Median-Antwort „Weniger ausgeben“.

Tabelle 5: Antworten auf die *smartvote*-Budgetfragen, nach Partei

	CVP	FDP	SVP	SPS	GPS	GLP	BDP	Gesamtsumme
Öffentliche Sicherheit	Gleich viel (62; 15)	Gleich viel (59; 14)	Mehr (69; 19)	Gleich viel (51; 15)	Gleich viel (47; 15)	Gleich viel (51; 10)	Mehr (65; 16)	Gleich viel (56; 18)
Landesverteidigung	Weniger (37; 23)	Gleich viel (42; 22)	Mehr (67; 20)	Deutlich weniger (8; 14)	Deutlich weniger (6; 13)	Deutlich weniger (11; 17)	Gleich viel (45; 21)	Weniger (28; 28)
Entwicklungshilfe	Gleich viel (52; 18)	Gleich viel (42; 20)	Weniger (19; 20)	Mehr (80; 16)	Mehr (80; 17)	Mehr (62; 17)	Gleich viel (43; 18)	Gleich viel (59; 28)
Öffentlicher Verkehr	Mehr (65; 17)	Gleich viel (58; 18)	Gleich viel (46; 20)	Mehr (83; 17)	Deutlich mehr (85; 18)	Mehr (75; 13)	Gleich viel (59; 16)	Mehr (69; 22)
Strassenverkehr (Bau und Unterhalt)	Gleich viel (54; 16)	Gleich viel (57; 17)	Mehr (67; 19)	Weniger (31; 19)	Weniger (16; 19)	Weniger (19; 21)	Gleich viel (56; 16)	Gleich viel (42; 25)
Umweltschutz und Raumordnung	Gleich viel (59; 18)	Gleich viel (52; 18)	Weniger (34; 20)	Mehr (81; 16)	Deutlich mehr (93; 12)	Deutlich mehr (91; 14)	Gleich viel (56; 18)	Mehr (67; 25)
Bildung und Forschung	Mehr (71; 17)	Mehr (74; 17)	Gleich viel (56; 18)	Mehr (84; 15)	Mehr (83; 18)	Mehr (76; 15)	Mehr (69; 17)	Mehr (74; 19)
Kulturförderung	Gleich viel (51; 18)	Gleich viel (43; 20)	Weniger (25; 22)	Mehr (74; 17)	Mehr (77; 20)	Gleich viel (52; 17)	Gleich viel (42; 18)	Gleich viel (54; 27)
Sozialversicherungen und Sozialpolitik	Gleich viel (45; 16)	Weniger (32; 17)	Weniger (23; 20)	Mehr (77; 17)	Mehr (70; 18)	Weniger (37; 15)	Gleich viel (41; 18)	Gleich viel (51; 26)
Landwirtschaft	Gleich viel (45; 17)	Weniger (36; 21)	Gleich viel (56; 17)	Gleich viel (45; 18)	Gleich viel (52; 18)	Weniger (29; 17)	Gleich viel (49; 14)	Gleich viel (46; 21)
Finanzausgleich / Abbau kantonalere Unterschiede	Gleich viel (49; 15)	Gleich viel (44; 16)	Gleich viel (40; 19)	Gleich viel (56; 16)	Gleich viel (54; 17)	Weniger (36; 16)	Gleich viel (48; 14)	Gleich viel (49; 18)

N= 2'994, Mittlere (Median) Parteiantwort; in Klammern jeweils Mittelwert und Standardabweichung,

Antwortoptionen: Deutlich weniger = 0, Weniger = 25, Gleich viel = 50, Mehr = 75, Deutlich mehr = 100

5.2. Faktorenanalyse *smartvote*-Antworten

Im Vorfeld der Faktorenanalyse wurden die Zusammenhänge zwischen den Antworten mit Korrelationsmatrizen (siehe Anhang) veranschaulicht. Für die zehn Budgetfragen ist diese Korrelationsmatrix aufschlussreich und zeigt beispielsweise, dass die Antworten auf die Frage nach den Ausgabepräferenzen bei der Landesverteidigung stark mit den Ausgabepräferenzen für den Umweltschutz- und die Raumordnung korrelieren. Der Korrelationskoeffizient hat dabei ein negatives Vorzeichen. Dies bedeutet, dass eine Zustimmung zu mehr Ausgaben für die Landesverteidigung meist einhergeht mit Antworten, welche beim Bereich Umweltschutz- und Raumordnung Mittel einsparen möchten. Dagegen liegt keine signifikant von null abweichende Korrelation zwischen den Ausgabenpräferenzen für den Bereich Landesverteidigung und dem Bereich Finanzausgleich / Abbau kantonaler Unterschiede vor.

Demgegenüber ist die Korrelationsmatrix für die *Issue*-Fragen aufgrund der hohen Zahl an Variablen (64 Stück, daraus ergeben sich über 1'000 Möglichkeiten einer Korrelation) schwer überblickbar und kann für sich alleine kaum sinnvoll interpretiert werden.

Auch deshalb wurde mit Hilfe der Statistiksoftware Stata eine explorative Faktorenanalyse über die Antworten auf die zehn Budgetfragen und die 64 *Issue*-Fragen gerechnet.¹⁸ Dabei wurde das Faktorenanalyse-Modell mit der Methode der Hauptkomponenten-Analyse gewählt. Dieses sucht aus den zugrundeliegenden Antworten Muster und bildet daraus Faktoren.

Einbezogen wurden dabei in einem ersten Schritt nur die Antworten der gewählten Kandidierenden. In einem zweiten Schritt wurde eine Faktorenanalyse über alle Antworten gerechnet. Da die Faktorenanalyse primär im Hinblick auf den Vergleich mit dem Abstimmungsverhalten der Nationalräte gerechnet wurde, werden hier nur die Resultate der Faktorenanalyse über die Antworten der gewählten National- und Ständeräte ausführlich besprochen. Die Faktorenanalyse ergab jedoch auch für die Antworten aller Kandidierenden vergleichbare Resultate. Der Vollständigkeit halber befinden sich diese Resultate im Anhang.

¹⁸ Es wurde die Befehlssequenz „factor“ mit den Optionen *pcf* (für *principal-component factors*) und *blanks(0.4)* gewählt.

5.2.1 Faktorenanalyse Budgetfragen

Tabelle 6: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (Budgetfragen)

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	5.53	50%
Faktor 2	1.41	13%
Faktor 3	0.94	9%
Faktor 4	0.85	8%
Faktor 5	0.48	4%
Faktor 6	0.42	4%
Faktor 7	0.40	4%
Faktor 8	0.33	3%
Faktor 9	0.22	2%
Faktor 10	0.21	2%
Faktor 11	0.20	2%

Extraktionsmethode: Hauptkomponenten-Faktorenanalyse; Rotationsmethode: unrotiert;

Tabelle 7: Faktorladungen und Einzigartigkeit

	Faktor 1	Faktor 2	Einzigartigkeit
Öffentliche Sicherheit			0.790
Landesverteidigung	-0.880		0.202
Entwicklungshilfe	0.873		0.233
Öffentlicher Verkehr	0.817		0.331
Strassenverkehr (Bau und Unterhalt)	-0.736		0.301
Umweltschutz und Raumordnung	0.875		0.218
Bildung und Forschung	0.689		0.513
Kulturförderung	0.832		0.286
Sozialversicherungen und Sozialpolitik	0.744	0.400	0.286
Landwirtschaft		0.608	0.553
Finanzausgleich / Abbau kantonaler Unterschiede		0.767	0.347

Extraktionsmethode: Hauptkomponenten-Faktorenanalyse; Rotationsmethode: unrotiert; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

Die Tabelle 6 zeigt die Faktorladungen der beiden Faktoren mit einem Eigenwert, welcher grösser ist als eins. Die Antworten auf die Frage nach den Präferenzen beim Budgetbereich der öffentlichen Sicherheit und in geringerem Masse auch bei der Landwirtschaft hängen kaum mit den gefundenen Faktoren zusammen (hohe Einzigartigkeit). Es sind Spezialfälle, welche allenfalls mit *Issue*-Frage zusammen hängen.

Nach der Faktorenanalyse wurde getestet, wie gut das Mass der Stichprobeneignung "measure of sampling adequacy, MSA" ist. Die Stichprobeneignung kann mittels des Kaiser-Meyer-

Olkin Masses (KMO) geprüft werden. Diese Masszahl gibt an, ob sich alle Variablen zum Einbezug in die Faktorenanalyse eignen. Ab einem Wert grösser als 0.5 wird davon ausgegangen, dass die Stichprobeneignung der Faktorenanalyse genügend ist. Für die Faktorenanalyse der Budgetfragen ergibt sich ein KMO-Wert von 0.9 über alle einbezogenen Variablen. Folglich kann von einer sehr guten Eignung der Stichprobe ausgegangen werden.

Auch die Rotation der gefundenen Faktoren ergibt keine eindeutigeren Einfachstruktur. Die Faktorladungen ändern nur wenig und die Resultate sind beinahe dieselben.

Die Faktorenanalyse (siehe Tabelle 7) zeigt, dass sich die Budgetfragen grob in drei Faktoren unterteilen lassen. Der erste Faktor enthält die stark mit einander korrelierenden Budgetfragen Landesverteidigung, Entwicklungshilfe, Öffentlicher Verkehr, Strassenverkehr, Umweltschutz und Raumordnung, Bildung und Forschung, Kulturförderung und Sozialversicherungen und Sozialpolitik. Die zu diesem Faktor zusammengefassten Budgetfragen können zusammen mehr als 50 Prozent der gesamten Varianz aller Antworten auf die Budgetfragen erklären.

Auf den zweiten Faktor laden die Budgetfragen zur Landwirtschaft und dem Finanzausgleich hoch. Dieser Faktor kann noch rund 13 Prozent der gesamten Varianz der Antworten auf die Budgetfragen erklären.

Die Antworten auf die Budgetfrage zur öffentlichen Sicherheit hingegen laden auf keinen der beiden Faktoren hinreichend hoch (Faktorladung geringer als 0.4). Die sogenannte „Uniqueness“, also die Varianz welche nicht mit einer anderen Budgetfrage geteilt wird, ist dementsprechend bei dieser Frage mit rund 75 Prozent am höchsten. Die Antworten auf diese Frage sind, verglichen mit den anderen Fragen, relativ unabhängig und haben kein gemeinsames Muster.

Weiter ist zu erwähnen, dass die Faktorenanalyse ein sehr ähnliches Bild ergibt, unabhängig davon ob als Grundgesamtheit alle Kandidierenden ($N = 2'990$) oder nur die gewählten Kandidierenden ($N = 218$) gewählt werden: Die gefundenen Faktoren haben einen sehr ähnlichen Eigenwert und es laden dieselben Variablen hoch auf die Variablen. Die Struktur der Antworten auf die *smartvote*-Budgetfragen unterscheidet sich nur sehr gering und bleibt für beide Grundgesamtheiten stabil.

Inhaltlich zeigt sich, dass Fragen auf den ersten Faktor hoch positiv laden, bei welchen Mehrausgaben linken Anliegen entsprechen. Rechte Anliegen (z.B. mehr Ausgaben für Landesver-

teidigung) laden stark negativ auf diesen Faktor. Als linke resp. rechte Anliegen werden dabei Anliegen verstanden, welche einerseits mit der Konfliktlinie Arbeit - Kapital in Bezug stehen. Andererseits laden jedoch auch Fragen zum Umweltschutz und zur Kulturförderung hoch auf diesen Faktor. Diese stehen zwar nicht in der Tradition der Konfliktlinie Arbeit - Kapital resp. der Ideologien des Sozialismus oder des Liberalismus, werden hier jedoch auch unter den Begriffen „links“ und „rechts“ zusammengefasst. Dies, da diese Fragen mit postmaterialistischen Werten in Bezug stehen und diese auch mit der Links-Rechts-Dimension korrelieren (siehe Kapitel 2.3). Die latente Variable hinter dem ersten Faktor wird folglich als „Zustimmung zu linken Positionen“ bezeichnet.

Der zweite Faktor setzt sich aus den hochladenden Fragen Landwirtschaft und Finanzausgleich zusammen. Kandidierende, welche mehr Ausgaben für die Landwirtschaft wünschen, gaben gleichzeitig relativ oft an, auch mehr Mittel für den Finanzausgleich zu erstreben. Deshalb wird dieser Faktor als "Zustimmung zu einer konservativ-ländlichen Schweiz" bezeichnet.

5.2.2 Faktorenanalyse *Issue*-Fragen

Im Folgenden werden die Resultate der Faktorenanalyse zu den *Issue*-Fragen der gewählten Kandidierenden besprochen. Dies im Hinblick auf den Vergleich der Positionierung vor und nach den Wahlen. Die Resultate der Faktorenanalyse unter Einbezug aller Kandidierenden sind jedoch sehr ähnlich¹⁹. Die Tabelle 8 zeigt die Faktorladungen der elf Faktoren mit dem höchsten Eigenwert. Nach der Faktorenanalyse wurde wiederum getestet, wie gut das Mass der Stichprobeneignung "measure of sampling adequacy, MSA" ist. Für die Faktorenanalyse der *Issue*-Fragen ergibt sich ein KMO-Wert von 0.95 über alle einbezogenen Variablen. Folglich kann von einer sehr guten Eignung der Stichprobe ausgegangen werden. Auffallend ist auch, dass der Wert für keine der 64 *Issue*-Fragen unter einen KMO-Wert von 0.7 fällt.

Die unrotierte Faktorenanalyse ermittelt acht Faktoren mit einem Eigenwert grösser als eins (Tabelle 9). Der erste Faktor (Eigenwert von 30.1) erklärt knapp 48 Prozent der gesamten Varianz in den Antworten der gewählten National- und Ständeräte. Der Faktor 2 (Eigenwert von 5.4) erklärt nochmals rund 8 Prozent der gesamten Varianz. Auch die Rotation der gefundenen Faktoren ergibt nur eine geringfügig eindeutigerere Einfachstruktur der Faktorladungen.

¹⁹ Siehe Anhang für eine Übersicht über die Faktorenanalyse der *Issue*-Fragen unter Einbezug aller Kandidierenden

Das beste, eindeutigste Ergebnis erzielte dabei eine Rotation der Kaiser normalisierten Faktorladungsmatrix (siehe Tabelle 10). Dabei werden die Faktorladungen so rotiert, dass Variablen nach Möglichkeit nur auf einen Faktor hoch laden.

Inhaltlich zeigt sich, dass Fragen auf den ersten Faktor hoch positiv laden, welche Anliegen wie die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und die Einschränkung des Steuerwettbewerbs umfassen. Negativ laden hingegen die Antworten auf Fragen nach rechten Themen, zum Beispiel die Frage 30 nach der Senkung der Bundessteuern oder die Frage 6 nach Kürzungen der IV-Renten für nicht klar feststellbare Schmerzzstörungen. Es sind also primär klassisch linke Anliegen die hoch laden und klassisch rechte Begehren, welche stark negativ laden. Als klassisch linke resp. rechte Anliegen werden dabei Anliegen verstanden, welche mit der Konfliktlinie Arbeit - Kapital in Bezug stehen. Weiter laden jedoch auch Fragen zur Migrations- und Umweltpolitik hoch auf diesen Faktor. Diese stehen zwar nicht in der Tradition der Konfliktlinie Arbeit - Kapital, werden hier jedoch auch unter den Begriffen „links“ und „rechts“ zusammengefasst. Dieser Faktor wird mit der Bezeichnung „Zustimmung zu klassisch linken Positionen“ benannt.

Auf den zweiten Faktor laden Variablen hoch, welche mit Themen wie wirtschaftlicher Liberalisierung und Globalisierung resp. internationaler Kooperation verknüpft werden können. Auffallend ist auch der starke Zusammenhang hochladender Fragen zu Themen mit einem starken SVP-Bezug (Frage 40: Milchmengen Steuerung, Frage 50: Volkswahl des Bundesrats, Frage 61: Personenfreizügigkeit und Frage 62: Bewaffnete Auslandseinsätze der Armee). Die hochladenden Fragen haben dabei auch alle einen institutionellen Bezug. Dieser Faktor wird als „Anti-SVP“-Faktor bezeichnet.

Der dritte Faktor wird vor allem von Fragen bestimmt, welche mit gesellschaftlichen Liberalisierungen (Sterbehilfe, Fortpflanzungsmedizin) sowie wirtschaftlicher (De-) Regulierung (Flächendeckendes Poststellennetz, Gentech-Moratorium) in Bezug stehen. Dieser Faktor wird als "Zustimmung zu einer konservativ-ländlichen Schweiz" bezeichnet.

Auf den vierten Faktor lädt die AHV-Alterserhöhung hoch, knapp unter 0.5 liegt die Faktorladung für die Frage zur Einführung degressiver Taggelder. Interessant ist dabei, dass diese Fragen alle einen Bezug zu bestehenden Sozialwerken und Anpassungen daran haben. Der 4. Faktor wird folglich als „Zustimmung zu einem Abbau bestehender Sozialleistungen“ benannt

Die weiteren Faktoren erklären nur noch einen sehr geringen Teil der gesamten Varianz in den Antworten und werden folglich nicht mehr im Detail besprochen.

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Faktor 6	Faktor 7	Faktor 8	Einzigartigkeit
Frage 18	-0.53	-0.61							0.3
Frage 19	0.78								0.27
Frage 20		-0.74							0.31
Frage 21	0.72								0.24
Frage 22	0.6								0.3
Frage 23			0.59						0.43
Frage 24			0.72						0.38
Frage 25	0.82								0.22
Frage 26			0.65						0.35
Frage 27	0.89								0.1
Frage 28	0.88								0.11
Frage 29				-0.61					0.38
Frage 30	-0.74	-0.42							0.24
Frage 31	-0.73								0.36
Frage 32	0.84								0.13
Frage 33	-0.6		0.49						0.32
Frage 34	0.78								0.3
Frage 35	0.86								0.13
Frage 36	0.43		-0.4						0.43
Frage 37	0.85								0.11
Frage 38		0.54							0.38
Frage 39	0.66	0.45							0.26
Frage 40							-0.57		0.35
Frage 41	0.58					0.46			0.28
Frage 42	0.47	0.64							0.22
Frage 43	0.72	0.43							0.2
Frage 44	0.78								0.23
Frage 45	-0.58								0.38
Frage 46	-0.65								0.41
Frage 47	-0.43				-0.46	-0.42			0.34
Frage 48	-0.85								0.15
Frage 49	0.74								0.31
Frage 50		-0.77							0.35
Frage 51	0.63	0.59							0.21
Frage 52	0.75								0.2
Frage 53	0.8								0.18
Frage 54	0.57	0.52							0.3
Frage 55	0.49	0.54							0.35
Frage 56	-0.73								0.28
Frage 57	-0.66								0.26
Frage 58	-0.58								0.54
Frage 59	0.69								0.35
Frage 60		0.44	0.46						0.29
Frage 61		0.84							0.22
Frage 62		0.81							0.27
Frage 63	0.55	0.7							0.19
Frage 64	0.65								0.37

Extraktionsmethode: Hauptkomponenten-Faktorenanalyse; Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Kriterium; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

5.2.3 Faktorenanalyse aller *smartvote*-Fragen

Im Folgenden werden die Resultate der Faktorenanalyse der Antworten auf den ganzen *smartvote*-Fragebogen besprochen. Eingeflossen sind dabei wiederum nur die Antworten der gewählten Kandidierenden. Dies im Hinblick auf den Vergleich der Positionierung vor und nach den Wahlen. Die Resultate der Faktorenanalyse unter Einbezug aller Kandidierenden sind jedoch erneut sehr ähnlich²⁰. Tabelle 11 zeigt die Faktorladungen der zehn Faktoren mit dem höchsten Eigenwert. Anschliessend an die Faktorenanalyse wurde wiederum getestet, wie gut das Mass der Stichprobeneignung (measure of sampling adequacy, MSA) ist. Für die Faktorenanalyse der *Issue*-Fragen ergibt sich ein KMO-Wert von 0.96 über alle einbezogenen Variablen. Folglich kann von einer sehr guten Eignung der Stichprobe ausgegangen werden. Auffallend ist auch, dass der Wert für keine der 75 Fragen unter einen KMO-Wert von 0.7 fällt.

Die unrotierte Faktorenanalyse ermittelt acht Faktoren mit einem Eigenwert grösser als eins. Der erste Faktor (Eigenwert von 35.3) erklärt 47 Prozent der gesamten Varianz in den Antworten der gewählten National- und Ständeräte. Der zweite Faktor (Eigenwert von 5.6) erklärt rund 7 Prozent der gesamten Varianz.

Die Rotation der gefundenen Faktoren ergibt vor allem für die Budgetfragen keine eindeutige Einfachstruktur der Faktorladungen (siehe Tabelle 12 für die nicht rotierten Faktorladungen)²¹. Die Zusammensetzung der Faktoren unterscheidet sich nur wenig von der vorangehenden Faktorenanalyse. Im Weiteren wird nur noch auf Faktoren eingegangen, welche durch hochladende Budget- und *Issue*-Fragen bestimmt werden.

Die Budgetfragen, welche in der ersten Faktorenanalyse (nur Budgetfragen) hoch auf den ersten Faktor laden, laden auch bei der Faktorenanalyse aller Antworten hoch auf den ersten Faktor. Folglich wird der erste Faktor erneut als „Zustimmung zu klassisch linken Positionen“ betitelt.

Die Antworten auf die Landwirtschafts-Budgetfrage korrelieren am stärksten mit den *Issue*-Fragen, welche auf den dritten Faktor hoch laden. Dies sind dieselben Fragen, welche in der vorangehenden Faktorenanalyse hoch auf den dritten Faktor geladen haben (Frage nach Ster-

²⁰ Siehe Anhang für eine Übersicht über die Faktorenanalyse der *Issue*-Fragen unter Einbezug aller Kandidierenden

²¹ Eine Tabelle mit den rotierten Faktorladungen befindet sich im Anhang.

beihilfe, Fortpflanzungsmedizin, flächendeckendem Poststellennetz). Dieser Faktor wird entsprechend erneut als „Zustimmung zu einer konservativ-ländlichen Schweiz“ bezeichnet.

Die Antworten auf die Budgetfrage zur öffentlichen Sicherheit hängen am stärksten mit den Antworten auf die Frage nach Schuldspesen aus religiösen Gründen zusammen. Kandidierende, welche mehr für öffentliche Sicherheit ausgeben möchten, sind gleichzeitig relativ oft gegen Schuldspese aus religiösen Gründen. Die latente Variable resp. politische Dimension hinter diesem Faktor ist theoretisch etwas schwierig herzuleiten. Da beide Fragen einen Bezug zum Rechtsstaat haben, wird dieser Faktor als „Zustimmung zu einem starken Rechtsstaat“ benannt.

Tabelle 11: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	35.33	47%
Faktor 2	5.59	7%
Faktor 3	3.47	5%
Faktor 4	2.62	3%
Faktor 5	1.65	2%
Faktor 6	1.34	2%
Faktor 7	1.28	2%
Faktor 8	1.12	1%
Faktor 9	1.08	1%
Faktor 10	1.05	1%

Extraktionsmethode: Hauptkomponenten-Faktorenanalyse; Rotationsmethode: unrotiert; Darstellung der 8 Faktoren mit dem höchsten Eigenwert

Tabelle 12: Faktorladungen (nicht rotiert) und Einzigartigkeit

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Faktor 7	Einzigartigkeit
Frage 1	-0.44			-0.45			0.28
Frage 2	0.64						0.32
Frage 3	-0.64						0.26
Frage 4	0.88						0.14
Frage 5	0.79						0.22
Frage 6	-0.8						0.25
Frage 7						0.4	0.32
Frage 8	0.87						0.13
Frage 9	0.52						0.4
Frage 10		0.42					0.42
Frage 11	0.57	0.53					0.32
Frage 12						-0.54	0.24
Frage 13	0.63						0.42
Frage 14	-0.81						0.27
Frage 15	0.88						0.14
Frage 16	0.85						0.19
Frage 17	0.85						0.22
Frage 18	-0.75						0.28
Frage 19	0.83						0.25

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Faktor 7	Einzigartigkeit
Frage 20	-0.53	-0.49					0.31
Frage 21	0.8						0.24
Frage 22	0.71		-0.41				0.28
Frage 23							0.44
Frage 24			-0.44		0.44		0.37
Frage 25	0.85						0.2
Frage 26			-0.45				0.34
Frage 27	0.9						0.1
Frage 28	0.9						0.11
Frage 29							0.42
Frage 30	-0.84						0.21
Frage 31	-0.77						0.32
Frage 32	0.85						0.14
Frage 33	-0.61						0.27
Frage 34	0.8						0.28
Frage 35	0.85						0.13
Frage 36	0.47		0.45				0.36
Frage 37	0.86						0.11
Frage 38	0.47						0.37
Frage 39	0.81						0.25
Frage 40		-0.54					0.42
Frage 41	0.6						0.26
Frage 42	0.73						0.22
Frage 43	0.86						0.18
Frage 44	0.73						0.23
Frage 45	-0.64						0.4
Frage 46	-0.65						0.43
Frage 47	-0.53						0.33
Frage 48	-0.86						0.14
Frage 49	0.75						0.28
Frage 50		-0.65					0.31
Frage 51	0.83						0.2
Frage 52	0.86						0.18
Frage 53	0.87						0.19
Frage 54	0.8						0.28
Frage 55	0.72						0.34
Frage 56	-0.82						0.26
Frage 57	-0.52						0.29
Frage 58	-0.46						0.37
Frage 59	0.74						0.32
Frage 60	0.46	0.5					0.26
Frage 61	0.53	0.65					0.19
Frage 62		0.7					0.24
Frage 63	0.81						0.17
Frage 64	0.71						0.36
Frage 65						0.43	0.27
Frage 66	-0.85						0.21
Frage 67	0.84						0.25
Frage 68	0.75						0.34
Frage 69	-0.7			0.41			0.26
Frage 70	0.81						0.19
Frage 71	0.56						0.33
Frage 72	0.78						0.26
Frage 73	0.79						0.24
Frage 74		-0.41	0.52				0.48
Frage 75							0.45

Extraktionsmethode: Hauptkomponenten-Faktorenanalyse; Rotationsmethode: unrotiert; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben; da auf Faktor 6 keine Variable höher als 0.4 ladet, wurde dieser Faktor ausgelassen.

Aus den gefundenen relevanten Faktoren wurden Indexvariablen berechnet, welche sich aus den Faktorladungen der hochladenden Fragen ergeben. Weitere Informationen zu dieser Bildung der additiven Indexe finden sich im Kapitel zur Methode (Kapitel 4). Die Indexwerte können auch als eine Art Rating verstanden werden. Dieses Rating stellt eine Aggregation der Antworten auf den *smartvote*-Fragebogen zu einem Index dar. Der Indexwert gibt für jeden Kandidierenden an, wie stark seine Wahlkampfpositionen bei *smartvote* mit denjenigen, durch die Faktorenanalyse gefundenen, latenten Variablen übereinstimmen. Diese latenten Variablen entsprechen den politischen Dimensionen. Es zeigt sich dabei, dass alle drei Faktoren mit der höchsten Erklärungskraft mit der Links-Rechts-Dimension zusammenhängen. Die zweitwichtigsten Faktoren zeigen ein nicht ganz so einheitliches Bild, haben jedoch einen Bezug zur Konfliktlinie Stadt-Land resp. den Ideologien Konservatismus und Liberalismus.

Die Tabelle 13 zeigt dabei eine Übersicht über die wichtigsten Faktoren sowie einige deskriptive Merkmale. Die theoretisch mögliche Spannweite der Werte von 0 bis 100 wird dabei erreicht resp. beinahe erreicht. Die Varianz innerhalb der gebildeten Indexvariablen ist relativ gross. Auffallend ist, dass Faktor 2a einen deutlich tieferen Mittelwert resp. Median besitzt, wie die Faktoren 2b und 2c.

Tabelle 13: Indexvariablen mit deskriptiven Merkmalen

	Mittelwert	Median	Standard Abweichung	Spannweite
Faktor 1a „Zustimmung linke Positionen“ (Budgetfragen)	58	56	20	13 - 100
Faktor 1b „Zustimmung linke Positionen“ (<i>Issue</i> -Fragen)	47	34	33	2 - 99
Faktor 1c „Zustimmung linke Positionen“ (Alle Fragen)	47	35	31	5 - 95
Faktor 2a „Zustimmung ländlich-konservative Positionen“ (Budgetfragen)	47	50	11	0 - 75
Faktor 2b „Zustimmung anti-SVP Positionen“ (<i>Issue</i> -Fragen)	74	85	28	0 - 100
Faktor 2c „Zustimmung ländlich-konservative Positionen“ (Alle Fragen)	75	88	28	0 - 100

5.3 Regressionsanalysen – Erklärungskraft Budgetfragen

Im Folgenden werden die Resultate der Regressionsanalyse vorgestellt. Wie bereits in den Ausführungen zur Methode erwähnt, wurden ein logistisches Regressionsmodell sowie ein lineares Regressionsmodell gerechnet. Aufgrund der grossen Anzahl an Kategorien bei der abhängigen Variable und der einfacher möglichen Interpretation der Resultate der linearen Regression werden im Folgenden diese Resultate ausführlich besprochen (vgl. Überlegungen im Kapitel 4). Die Resultate des logistischen Regressionsmodells werden der Vollständigkeit halber im Anhang präsentiert.

Es wurden drei lineare Regressionsmodelle gerechnet. Alle drei Modelle haben als zu erklärende Variable den, aus dem Abstimmungsverhalten der Nationalräte gebildeten, additiven Index. Dieser misst die Position der Kandidierenden im Wahlkampf. Er umfasst Abstimmungen, welche inhaltlich zu den, bei der Faktorenanalysen gefundenen, latenten Variablen – den politischen Dimensionen – passen. Eine ausführliche Erklärung zum Vorgehen bei der Erstellung dieser Variable befindet sich im Kapitel zum methodischen Vorgehen (Kapitel 4).

Das erste Modell hat als unabhängige Variable den, anhand der Faktorenanalyse der Budgetfragen gefundenen, am höchsten ladenden, Faktor. Dieser wird in der Folge als „Budget: Zustimmung linke Positionen“ bezeichnet. Das zweite Modell hat als unabhängige Variable den mittels der Faktorenanalyse der *Issue*-Fragen gefundenen am höchsten ladenden Faktor. Dieser wird in der Folge als „*Issue*: Zustimmung linke Positionen“ bezeichnet. Im dritten Modell ist die unabhängige Variable der Faktor, welcher durch eine Faktorenanalyse aller *smartvote*-Fragen gefunden wurde und den höchsten Eigenwert hat. Diese Variable wird als „Alle Fragen: Zustimmung linke Positionen“ bezeichnet. Dabei wurde jedes Modell einerseits mit den aus allen Fragen gebildeten Index-Variablen geschätzt. Andererseits wurden die Modelle mit den Index-Variablen gerechnet, welche nur die hoch ladenden Fragen einschliessen.

Als Kontrollvariablen wurden die Wahlkreisgrösse (Sitzzahl im Nationalrat), das Geschlecht, das Alter und die Sprache einbezogen. In die Analyse eingeflossen sind 190 Fälle. Die Fälle sind dabei die Nationalratsmitglieder, welche ihr Amt auf die Wintersession 2011 antraten.²² Ein Einbezug der Parteien oder Fraktionen in das Erklärungsmodell macht wenig Sinn. Die Wahlkampfposition und die Partei, respektive die Fraktionsmitgliedschaft, korrelieren hochgradig miteinander. Die unabhängigen Variablen sollten jedoch so gering wie möglich unter-

²² Einbezogen wurden alle gewählten und nachgerutschten Nationalräte, welche den *smartvote*-Fragebogen ausgefüllt haben und an mindestens einer Abstimmung im Zeitraum zwischen der Wintersession 2011 und der Wintersession 2012 teilnahmen.

einander korrelieren, so dass eine Korrelation zwischen unabhängiger und abhängiger Variable möglichst eindeutig festgestellt werden kann.²³

Die statistischen Tests ergaben, dass die Modellprämissen der linearen Regressionsanalyse erfüllt sind. Die Schätzfehler sind dabei gleichmässig verteilt (Heteroskedastizität, keine Homoskedastizität). Der Fehlerterm ist annähernd normalverteilt. Multikollinearität der unabhängigen Variablen kann auch ausgeschlossen werden.²⁴

Tabelle 14 zeigt die gefundenen Korrelationskoeffizienten sowie die zugehörigen Signifikanzlevels und die jeweilige Modellgüte.

Tabelle 14: Resultate der Regressionsanalyse mit der abhängigen Variable "linkes Abstimmungsverhalten im NR"

	1a	1b	2a	2b	3a	3b
Budget: Zustimmung linke Positionen	0.200*** (0.074)	0.010*** (0.0004)				
Issue: Zustimmung linke Positionen			0.184*** (0.011)	0.007*** (0.0002)		
Alle Fragen: Zustimmung linke Positionen					0.188*** (0.011)	0.007*** (0.0002)
Wahlkreisgrösse	-0.002** (0.001)	-0.002** (-0.001)	-0.001 (0.001)	-0.001* (0.001)	-0.001 (0.001)	-0.0013** (0.001)
Geschlecht (Mann)	-0.030* (0.017)	-0.028* (0.016)	-0.066*** (0.023)	-0.025* (0.014)	-0.062*** (0.023)	-0.022 (0.014)
Alter	0.0005 (0.001)	0.0004 (0.0007)	-0.0008 (0.001)	-0.0004 (0.0006)	-0.001 (0.001)	-0.0002 (0.0006)
Sprache (Deutsch)	-0.019 (0.017)	-0.015 (0.016)	-0.077*** (0.023)	-0.036** (0.014)	-0.069*** (0.023)	-0.028** (0.014)
Konstante	-0.377 (1.444)	-0.711 (1.400)	2.097 (2.010)	1.132 (1.205)	2.389 (1.963)	0.629 (1.168)
Anzahl Beobachtungen	190	190	190	190	190	190
Modellgüte (R²)	0.824	0.836	0.661	0.877	0.677	0.885

Modell 1a, 2a, 3a: Abhängige Variable Wahlkampfposition *Links* jeweils aus allen Faktorladungen erstellt

Modell 1b, 2b, 3b: Abhängige Variable Wahlkampfposition *Links* jeweils nur aus den Fragen mit hohen Faktorladungen (>0.4) erstellt

Signifikanzniveau: * p < 0.1, ** p < 0.05, *** p < 0.01

Standardfehler wird jeweils in Klammern angegeben.

²³ Eine testweise Integration von Parteidummy-Variablen ergab, dass einerseits die Wahlkampfposition weiterhin einen geringeren, jedoch nach wie vor signifikanten Zusammenhang mit der Abstimmungsposition hat. Die Modellgüten änderten geringfügig, jedoch verhielten sie sich ähnlich wie in den hier vorgestellten Modellen.

²⁴ Eine Übersicht über die vorgenommenen Tests findet sich im Anhang.

Die Wahlkampfposition bei *smartvote* hat in allen Modellen einen hoch signifikanten, also von null unterschiedlichen, Einfluss auf die abhängige Variable des Abstimmungsverhaltens. In Modell 1a ist die Korrelation der Wahlkampfposition grösser wie in den vergleichbaren Modellen 2a und 3a. Das gleiche Bild ergibt sich auch für die Modelle 1b, 2b und 3b.

Die Wahlkreisgrösse hat jeweils einen bescheidenen negativen Einfluss (je grösser der Wahlkreis, desto weniger links ist das Abstimmungsverhalten). Dieser ist jedoch nicht in jedem Fall signifikant unterschiedlich von null (siehe Modell 2a und 3a), oder nur knapp signifikant (Modell 2b). Das Geschlecht Mann hat jeweils einen leicht negativen Einfluss auf die abhängige Variable. Männer stimmen also, entsprechend den Schätzern der Modelle, etwas rechter als Frauen. Dieser Effekt ist, bis auf in Modell 3b, jeweils signifikant unterschiedlich von null. Die Kontrollvariable Alter hat teilweise einen leicht positiven und teilweise einen leicht negativen Einfluss, jedoch in keinem Fall einen signifikanten Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten. Die Sprache der Kandidierenden, kodiert als Dummy-Variable mit der Ausprägung eins für Deutsch, hat einen leicht negativen Einfluss auf die abhängige Variable. Deutschsprachige Nationalratsmitglieder haben folglich in den untersuchten Fällen leicht weniger links abgestimmt. Dieser Einfluss ist, bis auf die beiden ersten Modelle, jeweils klar signifikant unterschiedlich von null.

Die Modellgüte, gemessen anhand der R^2 -Statistik, nimmt bei den Modellen 1b bis 3b auf hohem Niveau jeweils leicht zu. Von Modell 1b zu Modell 2b nimmt der Anteil erklärter Varianz der abhängigen Variable um gut vier Prozentpunkte zu. Von Modell 2b zu Modell 3b steigt der Anteil der erklärten Varianz nochmal um knapp einen Prozentpunkt. Bei den Modellen 1a, 2a und 3a sieht es so aus, dass der Anteil der erklärten Varianz von Modell 1a zu Modell 2b deutlich (von 0.824 auf 0.661) sinkt. Von Modell 2b zu Modell 3b steigt der Anteil der erklärten Varianz jedoch um gut 1.5 Prozentpunkte auf 0.677.

Der Grund für diese je nach Modelltypen unterschiedlichen Resultate dürfte in der ungleichen Erstellung der unabhängigen Variable liegen. Diese wurde im Fall 2b und 3b aus jeweils 64 respektive 75 Variablen und einer Regression mit den jeweiligen Ladungskoeffizienten gebildet. So enthält diese Variable, neben den deutlich am höchsten ladenden *Issue*- und Budgetfragen, auch einen grossen Anteil der weniger stark (Faktorladung geringer als 0.4) auf den ersten Faktor ladenden Variablen. Die Unterschiede akzentuieren sich folglich auch erst bei den Modellen 2b und 3b. Dies, da die beiden Modelle, welche nur die, aus den Antworten auf

die Budgetfragen gebildeten, unabhängigen Variablen enthalten, sich nur geringfügig unterscheiden. Bei der im Modell 1a verwendeten unabhängigen Variablen wurden auch fast alle Budgetfragen einbezogen, da nur gerade drei von zehn nicht hoch auf den ersten Faktor laden. Die Unterschiede zwischen den unabhängigen Variablen ist deshalb bei den Modellen 1a und 1b deutlich geringer als bei den Modellen 2a und 2b.

Zur Erinnerung werden nachfolgend die beiden Hypothesen aufgeführt und anschliessend beantwortet. Die erste Hypothese besagt, dass das Abstimmungsverhalten im Nationalrat durch die Antworten auf die Budgetfragen gleich gut wie mit den Antworten auf die *Issue*-Fragen erklärt werden kann. Die unabhängigen Variablen erklären in beiden Modellen (1a und 1b) mehr als 80 Prozent der Varianz des Abstimmungsverhaltens. In den Modellen, mit den unabhängigen Variablen gebildet aus den Antwortmustern der *Issue*-Fragen, liegt die Modellgüte in einem Fall (Modell 1a) knapp höher. Im zweiten Fall, der sich jedoch aus methodischen Gründen (siehe oben) für diesen Vergleich nicht eignet, deutlich tiefer. Die erste Hypothese kann folglich nicht klar zurückgewiesen werden. Die Unterschiede zwischen den Modellen sind dafür zu gering.

Die zweite Hypothese geht davon aus, dass mit der Hinzunahme der Antwortmuster auf die Budgetfragen das Abstimmungsverhalten der Nationalräte besser erklärt werden kann, wie nur mit den Antwortmustern auf die Budgetfragen. Die empirische Evidenz zeigt, dass die Modellgüte (R^2) jeweils am höchsten ist, wenn die Antworten auf die Budgetfragen ins Erklärungsmodell eingeschlossen werden (Modelle 3a und 3b). Der Anteil der erklärten Varianz steigt jeweils gegenüber dem zweitbesten Modell um zirka einen Prozentpunkt. Die zweite Hypothese, wonach die Hinzunahme der Budgetfragen das Abstimmungsverhalten insgesamt besser erklärt, kann nicht zurückgewiesen werden. Sie wird zumindest vorläufig bestätigt.

6. Diskussion und Fazit

6.1 Diskussion deskriptive Resultate

Die Resultate zeigen, dass die Kandidierenden die Beantwortung des Fragebogens nicht wegen der Budgetfragen abbrechen. Die Quote der beantworteten Fragen bleibt nach rund einem Drittel der Fragen recht stabil. Es ist zum Ende hin keine Tendenz auszumachen, dass die Kandidierenden den Fragebogen als zu lang oder die Budgetfragen als nicht genehm empfinden. So liegt der Schluss nahe, dass es kein grundsätzliches Problem mit den Budgetfragen gibt. Ein wichtiger Grund für die hohe Disziplin beim Ausfüllen der Fragen ist sicher, dass nur ein komplett ausgefüllter Fragebogen freigeschaltet wird. Nur so werden die Kandidierenden in den Wahlempfehlungen angezeigt. Der Anreiz für Kandidierende ist dementsprechend hoch, auch die letzten Fragen noch zu beantworten.

Die materiellen Antworten auf die Budgetfragen weisen darauf hin, dass die Budgetfragen jeweils recht unterschiedlich beantwortet werden. Es besteht keine Tendenz, dass bei allen Fragen die mittlere (gleich viel ausgeben) Kategorie von einer Mehrheit der Kandidierenden gewählt wird. Die Antwortverteilung gibt weiter Aufschluss darüber, dass die Kandidierenden die zwei zusätzlichen Antwortoptionen, verglichen mit den Antwortkategorien der Budgetfragen 2007, nutzen und sich dadurch bei einigen Fragen ein differenzierteres Bild der Kandidierenden ergibt. Die Problematik bleibt, dass nicht klar wird, was *deutlich weniger* und *weniger* konkret bedeutet und wie gross die Unterschiede zwischen diesen Kategorien ausfallen. Die Antworten bleiben letztlich sehr subjektiv und können in Frankenbeträgen nicht genau beziffert werden. Allenfalls wäre eine klar fassbare Abstufung (z.B. bis zu 20 Prozent mehr / weniger, über 20 Prozent mehr / weniger) besser und transparenter, so dass die unterschiedlichen Auffassungen über die Bedeutung der Antwortkategorien weniger stark ins Gewicht fallen.

Hinzukommt, dass auch der Umfang der Budgetpositionen recht unterschiedlich ist. Für den Bereich Kulturförderung wurden 2011 291 Millionen Franken budgetiert, für den Bereich Sozialversicherungen und Sozialpolitik fast siebzig Mal mehr (etwa 20 Milliarden Franken). Eine Einschätzung, ob jemand insgesamt mehr oder weniger Geld ausgeben möchte, ist mit den derzeitigen Antwortkategorien nicht zweifelsfrei möglich. Ein Kandidierender, welcher bei 10 Budgetbereichen mehr ausgeben und nur bei einem Budgetbereich deutliche Einsparungen vornehmen will, kann unter dem Strich insgesamt Einsparungen vornehmen. Für die Wahlempfehlung an sich ist dieser Missstand jedoch nicht von grosser Bedeutung. Dies, da die Wahlempfehlung auf einem Vergleich zwischen den jeweiligen Antworten der Kandidierenden und der Wahlberechtigten auf die einzelnen Budgetfragen basiert.

Ein weiterer Punkt, welcher für einen Nutzen der Budgetfragen spricht, ist dass die Streuung der Antworten nach Parteien unterschiedliche Muster zeigt, je nachdem, ob die *Issue*-Fragen oder die Budgetfragen betrachtet werden. So streuen die Antworten der Kandidierenden von Mitteparteien (BDP, CVP, FDP) bei den *Issue*-Fragen stärker als bei den Budgetfragen. Bei den Antworten der Kandidierenden der SVP verhält es sich genau umgekehrt. Diese streuen relativ wenig bei den *Issue*-Fragen, jedoch von allen Parteien am stärksten bei den Budgetfragen. Dies ist insofern überraschend, als dass die SVP als Polpartei und nach Abspaltung der gemässigeren BDP offenbar bezüglich der Staatsausgaben parteiintern recht heterogen aufgestellt ist.

6.2 Besprechung Resultate der Faktorenanalysen

Die Faktorenanalysen zeigen, dass den Antworten auf die Budgetfragen leicht andere politische Dimensionen zu Grunde liegen, wie den *Issue*-Fragen. Die Antwortmuster auf die Fragen nach den Budgetpräferenzen in den Bereichen Landwirtschaft und Finanzausgleich deuten auf einen Zusammenhang mit der Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie hin. Eine Präferenz für Mehrausgaben bei Landwirtschaft geht bei vielen Kandidierenden einher mit dem Wunsch nach Mehrausgaben für den Finanzausgleich, also der Unterstützung von eher strukturschwachen Gebieten. Dies, obwohl im Finanzausgleich auch Soziallasten ausgeglichen werden, welche meist in städtischen Zentren anfallen. Die Budgetpräferenzen bei der öffentlichen Sicherheit, der Landwirtschaft und dem Finanzausgleich hängen nur sehr schwach mit den Antworten auf die *Issue*-Fragen zusammen und verfügen über eine hohe einzigartige Varianz. Bei den genannten Budgetfragen haben die Antworten folglich nur einen sehr schwachen Zusammenhang mit Antwortmustern der *Issue*-Fragen. So werden Aspekte der politischen Einstellungen der Kandidierenden gezeigt, welche alleine mit den *Issue*-Fragen nicht gezeigt werden.

Die Faktorenanalyse zeigt jedoch auch, dass die meisten der elf Budgetfragen und eine grosse Zahl der *Issue*-Fragen hoch auf die Links-Rechts-Dimension laden. Die Antworten auf die Budgetfragen stehen dementsprechend nicht im luftleeren Raum. Die prägende ideologische Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts widerspiegelt sich auch in den Antwortmustern auf die Budgetfragen.

6.3 Besprechung Resultate der Regressionsanalysen

Mit der Hinzunahme der Budgetpräferenzen kann das Abstimmungsverhalten der Parlamentsmitglieder besser erklärt werden, als nur mit den *Issue*-Fragen. Dies gilt zumindest für

die Fragen, welche die zentrale politische Links-Rechts-Dimension tangieren und in der vorliegenden Arbeit untersucht wurden.

Die zusätzlich erklärte Varianz ist dabei jedoch relativ gering, sie beträgt nur rund einen Prozentpunkt. Anhand der bei den *Issue*-Fragen gefundenen Antworten ergibt sich bereits ein relativ detailgetreues Bild des Abstimmungsverhaltens. Gleiches kann jedoch auch für die Budgetfragen gesagt werden. Auch die Antworten auf die Budgetfragen mit einem Bezug zur Links-Rechts-Dimension können für sich genommen bereits viel Varianz des Abstimmungsverhaltens erklären, zeigen also ein relativ genaues Bild der Kandidierenden. Die Budgetfragen machen jedoch nur gut 13 Prozent aller *smartvote*-Fragen aus. Trotz des deutlich größeren Rasters, aufgrund der geringeren Zahl an zugrunde liegenden Fragen, kann ein recht genaues Bild des Abstimmungsverhaltens nur mit den Antworten auf die Budgetfragen gezeichnet werden. Die Modellgüte, also der Anteil der erklärten Varianz durch die unabhängigen Variablen, ist im Modell mit den Budgetfragen nur leicht (4 Prozentpunkte zwischen Modell 1b und 2b) geringer wie im Modell der *Issue*-Fragen. So gesehen sind die Budgetfragen deutlich effizienter als die *Issue*-Fragen, ohne dabei ein allzu undeutliches Bild des Abstimmungsverhaltens der Parlamentsmitglieder zu zeigen.

6.4 Beantwortung Forschungsfrage

Im Folgenden wird die Forschungsfrage beantwortet. Diese lautet wie folgt: *Inwiefern trägt die Abfrage der Budgetpräferenzen zusätzlich zu den Issue-Fragen durch die Online-Wahlhilfe smartvote zu einer präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens von Parlamentsmitgliedern bei?*

Aufgrund der oben dargestellten Resultate kann die Forschungsfrage damit beantwortet werden, dass die Abfrage der Budgetpräferenzen zusätzlich zu den *Issue*-Fragen zu einer präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens der Parlamentsmitglieder beiträgt. Ein Nutzen der Budgetfragen hinsichtlich der besseren Einschätzbarkeit des politischen Profils von Parlamentsmitgliedern kann bejaht werden. Jedoch ist dieser Zusatznutzen überschaubar, die zusätzlich erklärte Varianz durch die Antworten auf die Budgetfragen ist relativ gering, die Voraussage des Abstimmungsverhaltens also nicht deutlich besser. Der Nutzen dieser Abfrage liegt so auch weniger in der geringen zusätzlichen erklärten Varianz. Der Nutzen der Budgetfragen besteht vor allem darin, dass mit einer geringen Zahl an Fragen bereits ein relativ genaues Bild des Abstimmungsverhaltens gezeichnet werden kann, zumindest im Hinblick auf Fragen mit einem Bezug zur Links-Rechts-Dimension. Weiter zeigen die Budgetfragen auch Konfliktlinien auf, welche anhand der *Issue*-Fragen nicht oder nur teilweise gefunden

wurden. So kann der Bogen nun von der Voraussage des Abstimmungsverhaltens zum allgemein schärferen Bild der Politikerinnen und Politiker gespannt werden; Dieses Bild wird durch die Beantwortung der Budgetfragen etwas detailtreuer. Hinsichtlich der zentralen politischen Links-Rechts-Dimension können dank der elf Budgetfragen die Konturen des politischen Profils bereits scharf gezeichnet werden. Einige Schattierungen und Nuancen des politischen Profils bleiben jedoch nur mit den Antworten auf die Budgetfragen unklar. Um ein differenziertes Bild zu erhalten, ist eine Kombination der beiden Fragetypen sinnvoll.

6.5 Unzulänglichkeiten des Forschungsdesigns

Die Resultate und Schlussfolgerungen dieser Arbeit müssen jedoch auch etwas relativiert werden. Im Folgenden wird auf problematische Punkte eingegangen und es werden kurz Lösungsvorschläge für weitere Studien skizziert. Der Charakter dieser Arbeit ist insgesamt eher explorativ. Es werden hier erste Ergebnisse präsentiert, welche anhand erweiterter Forschungsdesigns geprüft werden müssen.

Die Untersuchungsperiode der Nationalratsabstimmungen beschränkte sich auf das Jahr nach den Wahlen. Möglicherweise ergeben sich andere Resultate mit einem grösseren Abstand zu den Wahlen und den im Wahlkampf geäußerten Positionen bei *smartvote*. Eine ausführliche Besprechung solcher Zeiteffekte beim Abstimmungsverhalten geben Schwarz (2009) sowie Schwarz, Schädel und Ladner (2010).

Der mittels einer Inhaltsanalyse gebildete additive Index, welcher das Abstimmungsverhalten der Parlamentsmitglieder operationalisiert, ist aufgrund des Spielraums bei den Einschätzungen nicht über alle Zweifel erhaben. Allenfalls sollte das Abstimmungsverhalten auch nicht aggregiert werden, sondern es müsste an Stelle eines Modells mit einer aggregierten abhängigen Variable ein statistisches Modell mit mehreren abhängigen Variablen gerechnet werden.

Die Regressionsanalyse wurde nur bezüglich Abstimmungen mit einem Bezug zur Links-Rechts-Dimension durchgeführt, weil dies nach wie vor die mit Abstand wichtigste ideologische Dimension bei der Erklärung des Abstimmungsverhaltens ist. Nur sehr wenige Abstimmungen haben keinen Bezug zur Links-Rechts-Dimension, unbestritten jedoch aber einen Zusammenhang mit einer anderen politischen Dimension. So war die Anzahl Abstimmungen für eine weitere Regressionsanalyse zu gering. Zudem hatten auch die gefundenen weiteren Faktoren bei den *smartvote*-Antworten nur eine beschränkte Zahl an zugrundeliegenden Fragen.

Die Untersuchung beschränkte sich nur auf eine vertiefte Auswertung der *smartvote*-Fragen von 2011. Jedoch ergab die Faktorenanalyse der Antworten auf den Fragebogen 2007 vergleichbare Resultate wie 2011 (siehe Anhang). Deshalb sind keine grundsätzlich anderen Forschungsergebnisse zu erwarten, wenn die Budgetfragen 2007 sowie Abstimmungen im Nachgang der Wahlen 2007 hinzugenommen würden. Durch den Einbezug der Daten von 2007 könnte jedoch eine breitere Basis zum Test der Hypothesen gelegt werden.

Grundsätzlich sollte auch bedacht werden, dass das Abstimmungsverhalten nur ein Element des politischen Verhaltens von Parlamentsmitgliedern ist. Deren Engagement in Debatten und Kommissionen, insbesondere bei der Budgetdebatte, wird nicht durch das Abstimmungsverhalten gemessen. Es kann deshalb nicht geprüft werden, ob allenfalls die Antworten auf die Budgetfragen ein klareres Bild der Parlamentsmitglieder hinsichtlich solcher „weichen Faktoren“ ergeben.

Da sich die Untersuchung auf die gewählten Kandidierenden konzentrierte, können keine verlässlichen Aussagen über die nicht gewählten Kandidierenden gemacht werden. Die Generalisierbarkeit der Resultate ist nur sehr eingeschränkt möglich. Es ist jedoch grundsätzlich schwierig, über das weitere politische Verhalten nicht gewählter Kandidierender eine Aussage zu machen, da keine entsprechenden weiteren Daten vorliegen. Die Resultate der Faktorenanalysen zeigten bei den Gewählten wie bei den Nichtgewählten sehr ähnliche Faktoren. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass bezüglich der Forschungsfrage keine systematischen Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen bestehen.

Die Ständeratsmitglieder konnten aufgrund bislang fehlender Abstimmungsdaten nicht in die Untersuchung eingeschlossen werden. Dies wäre allenfalls für eine künftige Studie interessant, um ein vollständiges Bild des politischen Profils der Schweizer Parlamentsmitglieder, nicht nur hinsichtlich der Beantwortung der vorliegenden Forschungsfrage, zu erhalten. Die Einschränkung besteht darin, dass im Gegensatz zum Nationalrat, nicht alle Abstimmungsergebnisse des Ständerats namentlich veröffentlicht werden.²⁵

²⁵ Seit der Frühlingssession 2014 werden die Resultate der Schlussabstimmungen, der Gesamtabstimmungen, der Abstimmungen, die ein qualifiziertes Mehr erfordern und der Abstimmungen, bei denen mindestens zehn Mitglieder des Ständerates dies verlangen, veröffentlicht. Weitere Informationen dazu unter <http://www.parlament.ch/D/WAHLEN-ABSTIMMUNGEN/ABSTIMMUNGEN-IM-PARLAMENT/Seiten/default.aspx> (20.10.2014)

6.6 Fazit

Ich komme zum Schluss, dass die Budgetfragen durchaus sinnvoll sind und einen Nutzen haben. Sie können das Bild des politischen Profils der Kandidierenden schärfen und zeigen insbesondere wichtige Aspekte bezüglich der Links-Rechts-Dimension und der Konfliktlinie zwischen Stadt-Land und Zentrum-Peripherie auf. Anhand der Antworten auf die Budgetfragen kann das Abstimmungsverhalten der gewählten Kandidierenden im Parlament recht gut erklärt werden. Insgesamt tragen die Budgetfragen zu einer leicht präziseren Voraussage des Abstimmungsverhaltens im Parlament bei, verglichen mit der Erklärungskraft eines Modells, welches nur die Antworten auf die *Issue*-Fragen enthält. Problematisch sind jedoch die etwas unscharfen Antwortkategorien, welche im Gegensatz zu den Antworten auf die *Issue*-Fragen einen erheblichen Interpretationsspielraum offen lassen. Eine Präzisierung der Antwortkategorien, beispielsweise in dem konkrete Zahlenwerte oder prozentuale Veränderungen als Antwortoptionen vorgeschlagen werden, haben jedoch auch Nachteile. Die im Moment zwar intuitiven, jedoch auch subjektiven, Antwortoptionen würden dadurch technischer und blieben letztlich trotzdem arbiträr festgelegte Kategorien. Bei der Wahl der Antwortoption besteht folglich eine gegenläufige Abhängigkeit zwischen intuitivem Verständnis und numerischer Eindeutigkeit. Um eine gute Lösung für dieses Problem zu finden, sind weitere Forschungsanstrengungen notwendig. Nichtsdestotrotz haben die Budgetfragen in ihrer jetzigen Form einen Nutzen. Sie tragen zu einem präziseren Bild des politischen Profils der Kandidierenden bei und helfen den Wählenden, ihre Stimme entsprechend den eigenen Interessen an die Kandidierenden und Parteien zu vergeben.

Anhang

A smartvote-Fragebogen der National-/ Ständeratswahlen 2003, 2007, 2011

A.1 smartvote-Fragebogen 2003 (enthält keine Budget-Fragen)

Antwortoptionen für Frage 1 - 70 jeweils „ja“, „eher ja“, „eher nein“, „nein“

- | | |
|----|--|
| 1 | Sollen die Krankenkassenprämien in Zukunft nach dem Einkommen berechnet werden? |
| 2 | Befürworten Sie den vom Bundesrat verordneten Zulassungsstopp für neue Arztpraxen? |
| 3 | Stimmen Sie der Schliessung von Spitälern zu, um die Gesundheitskosten zu senken? |
| 4 | Finden Sie es richtig, dass die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 520 auf 400 Tage gekürzt wird? |
| 5 | Befürworten Sie einen gesetzlichen Mindestlohn von 3000 Franken monatlich? |
| 6 | Befürworten Sie die Anstossfinanzierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund? |
| 7 | Stimmen Sie einer Kürzung der AHV-Leistungen zu, um die AHV langfristig zu sichern? |
| 8 | Befürworten Sie die Einführung einer Mutterschaftsversicherung, die über die Erwerbsersatzordnung (EO) finanziert wird? |
| 9 | Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre? |
| 10 | Haben Sie dem UNO-Beitritt zugestimmt? |
| 11 | Befürworten Sie das Ziel des Bundesrates, die Entwicklungshilfe finanziell aufzustocken? |
| 12 | Soll die Schweiz der EU beitreten? |
| 13 | Befürworten Sie eine Verringerung der Militärausgaben? |
| 14 | Haben Sie der Bewaffnung zum Selbstschutz von Schweizer Soldaten im Ausland zugestimmt? |
| 15 | Können Sie sich eine Schweiz ohne Neutralität vorstellen? |
| 16 | Befürworten Sie eine freie Wahl zwischen Militärdienst und zivilem Ersatzdienst? |
| 17 | Soll der freie Personenverkehr auch auf die zukünftigen EU-Länder Mittel- und Osteuropas ausgedehnt werden? |
| 18 | Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen? |
| 19 | Würden Sie die Einführung des Englischunterrichts als erste Fremdsprache in den Schulen begrüßen? |
| 20 | Sollten private Schulen verstärkt vom Staat gefördert und finanziell unterstützt werden? |
| 21 | Befürworten Sie die flächendeckende Einführung von Blockzeiten und Tagesschulen? |
| 22 | Sind Sie der Meinung, dass der Anteil fremdsprachiger Kinder in den Schulklassen begrenzt werden sollte? |
| 23 | Haben Sie der Einführung der Schuldenbremse zugestimmt? |
| 24 | Befürworten Sie den reduzierten Mehrwertsteuer-Sondersatz für den Tourismus? |
| 25 | Bezahlen wir zu viel Steuern und Abgaben in der Schweiz? |
| 26 | Soll die Schweiz eine Kapitalgewinnsteuer einführen? |
| 27 | Soll die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen in der Schweiz generell abgeschafft werden? |
| 28 | Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein? |
| 29 | Befürworten Sie die Forschung an embryonalen Stammzellen? |
| 30 | In den Niederlanden kann auch die direkte, aktive Sterbehilfe straffrei geleistet werden. Sollte diese Regelung auch in der Schweiz eingeführt werden? |
| 31 | Unterstützen Sie eine Entkriminalisierung des Konsums von weichen Drogen wie Haschisch oder Marihuana? |
| 32 | Befürworten Sie die vollständige gesetzliche Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Partnerschaften? |

-
- 33 Haben Sie der Vorlage zur Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch zugestimmt?
-
- 34 Braucht es für die Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau weitere politische Massnahmen?
-
- 35 Würden Sie es begrüssen, wenn alle öffentlich zugänglichen Gebäude behindertengerecht ausgestaltet werden müssten?
-
- 36 Soll das Recht auf privaten Besitz von Schusswaffen aufgehoben werden?
-
- 37 Sind Sie der Meinung, dass Straftäter zu milde bestraft werden?
-
- 38 Soll von allen eines Verbrechens oder eines Vergehens verdächtigten Personen ein DNA-Profil (genetischer Fingerabdruck) erstellt und gespeichert werden?
-
- 39 Finden Sie es richtig, dass in einigen Gemeinden an der Urne bzw. an der Gemeindeversammlung über Einbürgerungen entschieden wird?
-
- 40 Sind Sie für eine erleichterte Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der 2. Generation und eine automatische Einbürgerung der 3. Generation?
-
- 41 Soll in der Schweiz finanziell mehr für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer getan werden?
-
- 42 Befürworten Sie eine restriktivere Asylpolitik?
-
- 43 Soll das Arbeitsverbot für Asylsuchende aufgehoben werden?
-
- 44 Soll das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene gesamtschweizerisch eingeführt werden?
-
- 45 Sollen Verwaltungsräte und das oberste Management von börsenkotierten Unternehmungen verpflichtet werden, ihre Bezüge individuell offenzulegen?
-
- 46 Soll das Bankgeheimnis für nicht in der Schweiz wohnhafte Personen aufgehoben werden?
-
- 47 Soll der Staat mit Steuergeldern ein flächendeckendes Poststellennetz erhalten?
-
- 48 Würden Sie die Zulassung von Parallelimporten (freier Import von marken- und patentgeschützten Gütern) begrüssen?
-
- 49 Haben Sie die Vorlage zur Liberalisierung des schweizerischen Strommarktes angenommen?
-
- 50 Befürworten Sie eine Privatisierung der Swisscom?
-
- 51 Haben Sie die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Finanzierung der neuen Fluggesellschaft Swiss begrüsst?
-
- 52 Befürworten Sie einen Abbau des Subventionsniveaus in der Landwirtschaft?
-
- 53 Würden Sie einer Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten an Abenden und Wochenenden zustimmen?
-
- 54 Befürworten Sie ein generelles Werbeverbot für Alkohol und Tabak?
-
- 55 Finden Sie es richtig, dass Ihre TV- und Radio-Gebühren neben der SRG auch privaten Schweizer Fernseh- und Radiostationen zufließen?
-
- 56 Befürworten Sie den Bau einer zweiten Autobahnröhre am Gotthard?
-
- 57 Befürworten Sie ein generelles Tempo 30, innerorts abseits von Hauptstrassen?
-
- 58 Sollten Haus- und Nutztiere in der Schweiz gesetzlich besser geschützt werden?
-
- 59 Eine Volksinitiative fordert ein fünfjähriges Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft. Befürworten Sie diese Initiative?
-
- 60 Soll der Blutalkohol-Grenzwert im Strassenverkehr auf 0.5 Promille gesenkt werden?
-
- 61 Die so genannte "Sonntags-Initiative" möchte vier autofreie Sonntage pro Jahr einführen. Befürworten Sie diese Initiative?
-
- 62 Soll die Schweiz aus der Kernenergie aussteigen?
-
- 63 Eine Volksinitiative möchte ein Moratorium für das Errichten von Mobilfunkantennen einführen. Unterstützen Sie diese Initiative?
-
- 64 Befürworten Sie eine Wiederansiedelung von Grossraubtieren wie Luchs, Wolf oder Bär in der Schweiz?
-
- 65 Befürworten Sie eine Erhöhung der finanziellen Entschädigung für die Mitglieder des National- und Ständerates?
-
- 66 Soll auf Bundesebene ein fakultatives Finanzreferendum eingeführt werden?
-
- 67 Würden Sie es begrüssen, wenn der Bundesrat durch das Volk gewählt werden würde?
-

-
- 68 Würden Sie eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Volksinitiativen und Referenden befürworten?
-
- 69 Befürworten Sie das aktive Stimm- und Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren?
-
- 70 Befürworten Sie einen Wechsel von der Konkordanzdemokratie (Zauberformel) hin zu einem Regierungs-Oppositionsmodell?
-

A.2 smartvote-Fragebogen 2007

Antwortoptionen für Frage 1 - 63 jeweils „ja“, „eher ja“, „eher nein“, „nein“

-
- 1 Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?
-
- 2 Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?
-
- 3 Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?
-
- 4 Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'500 Franken (für eine 100%-Stelle)?
-
- 5 Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?
-
- 6 Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?
-
- 7 Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeangehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?
-
- 8 In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?
-
- 9 Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?
-
- 10 Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?
-
- 11 Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?
-
- 12 Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?
-
- 13 Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?
-
- 14 In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?
-
- 15 Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?
-
- 16 Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?
-
- 17 Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?
-
- 18 Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?
-
- 19 Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?
-
- 20 Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?
-
- 21 Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?
-

-
- 22 Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?
-
- 23 Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?
-
- 24 Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?
-
- 25 Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?
-
- 26 Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?
-
- 27 Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?
-
- 28 Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?
-
- 29 Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?
-
- 30 Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?
-
- 31 Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?
-
- 32 Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?
-
- 33 Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?
-
- 34 Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?
-
- 35 Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?
-
- 36 Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?
-
- 37 Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?
-
- 38 Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars - wie es im Kanton Tessin besteht - in der ganzen Schweiz befürworten?
-
- 39 Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?
-
- 40 Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?
-
- 41 Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?
-
- 42 Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?
-
- 43 Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?
-
- 44 Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?
-
- 45 Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?
-
- 46 Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?
-

-
- 47 Soll die Dienstwaffe von Armeeingehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?
-
- 48 Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?
-
- 49 Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?
-
- 50 Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?
-
- 51 Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?
-
- 52 Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?
-
- 53 Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?
-
- 54 Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen seit der letzten Periode straflos möglich. Finden Sie dies richtig?
-
- 55 Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?
-
- 56 Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?
-
- 57 In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?
-
- 58 Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?
-
- 59 Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?
-
- 60 Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?
-
- 61 Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?
-
- 62 Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?
-
- 63 Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?
-

Budget-Fragen: Nachfolgend finden Sie einige Ausgabenposten aus Bundesrechnung 2006. Wie würden Sie in diesen Aufgabenbereichen die Prioritäten setzen.

Als Möglichkeiten stehen Ihnen zur Verfügung: "Weniger ausgeben", "Gleich viel ausgeben / Ausgabenniveau beibehalten", "Mehr ausgeben" oder die Option "Egal".

-
- 64 Landesverteidigung
-
- 65 Öffentlicher Verkehr
-
- 66 Entwicklungshilfe
-
- 67 Bildung & Grundlagenforschung
-
- 68 Kulturförderung
-
- 69 Bundesbeiträge für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)
-
- 70 Bundesbeiträge für die Invalidenversicherung (IV)
-
- 71 Landwirtschaft
-
- 72 Umweltschutz
-
- 73 Privater Verkehr (Strassen)
-

A.3 smartvote-Fragebogen 2011

Antwortoptionen für Frage 1 - 64 jeweils „ja“, „eher ja“, „eher nein“, „nein“

- | | |
|----|--|
| 1 | Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)? |
| 2 | Finden Sie es grundsätzlich richtig, dass der Staat die Fremdbetreuung von Kindern finanziell unterstützt (mit Steuerabzügen oder Subventionen)? |
| 3 | Würden Sie bei der Arbeitslosenversicherung die Einführung degressiver Taggelder begrüßen (d.h. die Höhe der Taggelder nimmt mit zunehmender Bezugsdauer ab)? |
| 4 | Soll zusätzlich zur bestehenden Mutterschaftsversicherung ein 24-wöchiger Elternurlaub ("Elternzeit") eingeführt werden? |
| 5 | Sollen die staatlichen Unterstützungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen ausgebaut werden? |
| 6 | Die Invalidenversicherung spricht bei nicht objektiv nachweisbaren Schmerzstörungen (z.B. als Folge eines Schleudertraumas) keine IV-Renten mehr zu. Finden Sie dies richtig? |
| 7 | Würden Sie eine nationale Spitalplanung befürworten, die auch zur Schliessung von Spitälern führen kann? |
| 8 | Eine Volksinitiative will für die Grundversicherung eine öffentliche Einheitskrankenkasse einführen. Unterstützen Sie dieses Anliegen? |
| 9 | Finden Sie es richtig, dass einzelne ärztliche Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) wieder von der Grundversicherung vergütet werden? |
| 10 | Sollen Personen, die sich keinem Ärztenetzwerk (Managed Care) anschliessen wollen und nach wie vor die freie Arztwahl vorziehen, einen höheren Selbstbehalt bezahlen? |
| 11 | Befürworten Sie die Harmonisierung von Lehrplänen zwischen den Kantonen (z.B. durch die Projekte Lehrplan 21 oder PER)? |
| 12 | Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)? |
| 13 | Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies? |
| 14 | Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden? |
| 15 | Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird? |
| 16 | Würden Sie es befürworten, wenn für Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, gesamtschweizerisch das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeführt würde? |
| 17 | Soll sich der Staat finanziell stärker für die Integration von Ausländer/innen engagieren? |
| 18 | Soll der Zugang zur erleichterten Einbürgerung durch den Bund erschwert werden? |
| 19 | Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeland sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)? |
| 20 | Eine Volksinitiative möchte die Zuwanderung regulieren und das migrationsbedingte Bevölkerungswachstum auf 0.2% pro Jahr beschränken. Unterstützen Sie diese Initiative? |
| 21 | Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen? |
| 22 | Soll der Konsum von weichen und harten Drogen sowie deren Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden? |
| 23 | Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie das richtig? |

-
- 24 Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?
-
- 25 Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten börsenkotierter Unternehmen befürworten?
-
- 26 Die Schweiz kennt relativ strenge Regelungen bei der Fortpflanzungsmedizin. Sollten diese gelockert werden?
-
- 27 Soll die Möglichkeit der Pauschalbesteuerung von ausländischen Bürger/innen in allen Kantonen abgeschafft werden?
-
- 28 Würden Sie es begrüssen, wenn der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen grundsätzlich stärker beschränkt würde?
-
- 29 Eine Volksinitiative möchte die Benachteiligung von Ehepaaren im Vergleich zu anderen Formen des Zusammenlebens bei Steuern und Renten (Heiratsstrafe) abschaffen. Dabei sollen Ehepaare weiterhin als Wirtschaftsgemeinschaft betrachtet werden und ihr Einkommen gemeinsam versteuern (bspw. nach dem "Splitting-Modell"). Unterstützen Sie dies?
-
- 30 Haben für Sie Senkungen der Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?
-
- 31 Soll der Erwerb von selbst bewohntem Wohneigentum durch Steuerabzüge für das Bausparen zusätzlich gefördert werden?
-
- 32 Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'800 CHF (für eine 100%-Stelle / 40h-Woche)?
-
- 33 Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?
-
- 34 Sollen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten verpflichtet werden, behinderten Personen Arbeitsplätze anzubieten?
-
- 35 Würden Sie die Einführung des automatischen Austausches von Bankkundendaten zwischen der Schweiz und ausländischen Steuerbehörden befürworten?
-
- 36 Soll die Post verpflichtet werden, ein flächendeckendes Poststellennetz aufrechtzuerhalten?
-
- 37 Eine Volksinitiative will festlegen, dass innerhalb eines Unternehmens der höchste Lohn maximal dem Zwölfwachen des kleinsten Lohnes entsprechen darf (1:12-Initiative). Unterstützen Sie dieses Anliegen?
-
- 38 Der Bundesrat will für systemrelevante Grossbanken verschärfte Regulierungen (z.B. Eigenkapitalvorschriften) einführen, die über die international üblichen Vorschriften hinausgehen (sogenannte "Too-big-to-fail"-Problematik). Unterstützen Sie dies?
-
- 39 Heute werden 1% aller Direktzahlungen zur Förderung der Bio-Produktion aufgewendet. Sollte dieser Anteil im Rahmen der Agrarpolitik 2014–2017 zulasten der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden?
-
- 40 Soll in der Schweiz anstelle des freien Milchmarktes wieder eine zentrale Mengensteuerung der Milchproduktion eingeführt werden?
-
- 41 Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über 2013 hinaus verlängert werden?
-
- 42 Der Bundesrat möchte bis spätestens 2034 aus der Atomenergie aussteigen (d.h. die bestehenden Atomkraftwerke werden stillgelegt und keine neuen mehr gebaut). Unterstützen Sie dieses Vorhaben?
-
- 43 Befürworten Sie die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffe, wenn die Schweiz die eigenen Klimaschutzziele nicht erreicht?
-
- 44 Eine Volksinitiative fordert, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt wird. Befürworten Sie dieses Anliegen?
-
- 45 Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?
-
- 46 Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?
-
- 47 Sollen sich Bahnfahrer/innen in Zukunft durch höhere Billettpreise stärker an den Kosten des Ausbaus und Unterhalts des Schienennetzes beteiligen?
-
- 48 Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte (z.B. Bern–Zürich oder Lausanne–Genf) ausgebaut werden?
-

-
- 49 Würden Sie es befürworten, wenn ab der Eröffnung der NEAT (2017) der Gotthard-Strassentunnel für den alpenquerenden Lastwagenverkehr gesperrt werden würde?
-
- 50 Eine Volksinitiative verlangt, dass der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden soll. Befürworten Sie dieses Anliegen?
-
- 51 Sollen Volksinitiativen für ungültig erklärt werden, wenn sie gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen?
-
- 52 Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden müssen?
-
- 53 Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militär- oder einem zivilen Ersatzdienst wählen können?
-
- 54 Der Bundesrat schlägt vor, den Bestand der Armee von heute 190'000 auf 80'000 Mann zu reduzieren. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?
-
- 55 In den letzten Jahren wurden die Regeln zum Erwerb und Besitz von Waffen verschärft. Begrüssen Sie diese Entwicklung?
-
- 56 Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?
-
- 57 Finden Sie es richtig, dass die Armee polizeiliche Aufgaben im Innern wahrnimmt (z.B. bei der Bewachung von Botschaften und Konsulaten, beim Grenzschutz oder bei Grossanlässen wie dem WEF)?
-
- 58 Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?
-
- 59 Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?
-
- 60 Soll die Schweiz ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU abschliessen?
-
- 61 Befürworten Sie das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU?
-
- 62 Die Schweizer Armee kann heute zum Selbstschutz bewaffnet bei friedenserhaltenden Einsätzen unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden. Befürworten Sie dies?
-
- 63 Die Schweiz verfolgt seit einigen Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?
-
- 64 Soll die Einhaltung der Menschenrechte bei wirtschaftlichen Abkommen mit anderen Ländern (z.B. Freihandelsabkommen) stärker berücksichtigt werden?
-

Budget-Fragen: Nachfolgend sind verschiedene Ausgabenposten aus dem Voranschlag für das Bundesbudget 2011 aufgeführt. Insgesamt umfasst das Bundesbudget 2011 62.5 Milliarden CHF. Die aufgeführten Bereiche beinhalten etwas mehr als 80% der Ausgaben des Bundes.

Wie würden Sie in diesem Budget die Prioritäten setzen? Sie können für jeden Bereich angeben, ob Sie „deutlich weniger“, „weniger“, „gleich viel“, „mehr“ oder „deutlich mehr“ ausgeben möchten.

65 Öffentliche Sicherheit

66 Landesverteidigung

67 Entwicklungshilfe

68 Öffentlicher Verkehr

69 Strassenverkehr (Bau und Unterhalt)

70 Umweltschutz und Raumordnung

71 Bildung und Forschung

72 Kulturförderung

73 Sozialversicherungen und Sozialpolitik

74 Landwirtschaft

75 Finanzausgleich / Abbau kantonaler Unterschiede

B The Lausanne Declaration on Voting Advice Applications

The Lausanne Declaration on Voting Advice Applications¹

28 | Matching Voters with Parties and Candidates

Preamble

Elections are a central element of democracy. They legitimise the allocation and the use of political power. Elections have to be organised in a true and fair manner, allowing citizens to make their decisions based on their free will. Citizens have to be informed about the available electoral choices they have.

Being convinced that Voting Advice Applications (VAAs) provide valuable information about candidates and parties running for elections, support citizens in the decision-making process in the course of elections, and allow for electoral choices which are closer to the political position of the voters, and considering that VAAs have become increasingly popular and potentially influential in the electoral process, we abstain from suggesting an ideal form of a VAA, but rather recommend certain standards and minimal requirements that should be respected by all the makers of VAAs.

General Standards

- 1.1 In order to contribute sustainably to the good functioning of democracy, VAAs should be open, transparent, impartial and methodologically sound.

Organisation and Management of VAAs

- 2.1 All institutions, organisations, associations, groups, private companies and individuals financially supporting a VAA have to be made visible. Funding has to be made transparent.
- 2.2 All intentions and purposes associated with these tools have to be revealed by the makers of VAAs.

1. The aim of this declaration is to serve as a starting point for the debate on the professional and ethical aspects of making VAAs. It owes its name from a workshop held in Lausanne in May 2013 at which all contributors of this book took part and where such issues were debated. It is based on a draft version presented by Andreas Ladner at the ECPR General Conference in Bordeaux in September 2013. For helpful comments to the first version we owe a debt of gratitude to Stefaan Walgrave. The sole responsibility for the Lausanne declaration rests with the editors of this volume.

Access and Selectiveness

- 3.1 A VAA should be freely accessible to all citizens.
- 3.2 A VAA should aim at the inclusion of as many parties/candidates that are on the ballot as possible. The criteria for the exclusion of parties and candidates should be publicly available and justified.
- 3.3 Parties and candidates should not be excluded from the tool for ideological reasons.

Usability

- 4.1 VAAs should be designed in a simple and intuitively understandable manner.
- 4.2 VAA makers ought to carefully watch that the design does not favour a party/candidate in a systematic manner.

Functioning

- 5.1 VAAs are based on the assumption that users' proximity to parties and candidates can be measured by their degree of accordance on political issue positions. Ideally, VAAs make this presumption visible.
- 5.2 The issue statements included in a VAA should be relevant and reveal the different dimensions of competition in the political system for which the VAA is designed. If applicable, voters should be able to express their issue salience by weighting or deciding on which issues they want to be compared to parties and candidates.
- 5.3 Party and candidate positions on the statements can be coded on the basis of expert opinions, of documents and party manifestos, and of self-placements. The method used to position parties and candidates should be made known to the users of the VAA.
- 5.4 Following the principle of transparency, the algorithm matching users to parties and candidates should be documented and clearly explained to users.
- 5.5 The results can be presented to users in the form of rankings, maps, spiders and graphs. Visualisations should be valid and instructive. Guidelines for understanding the results should be provided to the users.

C Deskriptive Statistiken

Tabelle 15: Antworten auf die *smartvote*-Issue-Fragen 2011 nach Partei

	CVP	FDP	SVP	SPS	GPS	GLP	BDP	Andere	Alle Kandidierenden
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher nein 46 (36)	Eher ja 36 (67)	Eher ja 67 (39)	Nein 39 (55)	Nein 55 (41)	Eher ja 41 (6)	Eher ja 6 (16)	Eher nein 16 (20)	Eher nein 20 (31)
Finden Sie es grundsätzlich richtig, dass der Staat die Fremdbetreuung von Kindern finanziell unterstützt (mit Steuerabzügen oder Subventionen)?	Ja 86 (24)	Eher ja 24 (74)	Eher nein 74 (32)	Ja 32 (28)	Ja 28 (35)	Eher ja 35 (98)	Eher ja 98 (9)	Eher ja 9 (96)	Ja 96 (12)
Würden Sie bei der Arbeitslosenversicherung die Einführung degressiver Taggelder begrüssen (d.h. die Höhe der Taggelder nimmt mit zunehmender Bezugsdauer ab)?	Eher nein 30 (35)	Eher ja 35 (52)	Ja 52 (41)	Nein 41 (79)	Nein 79 (30)	Eher ja 30 (6)	Eher ja 6 (18)	Eher nein 18 (11)	Eher nein 11 (22)
Soll zusätzlich zur bestehenden Mutterschaftsversicherung ein 24-wöchiger Elternurlaub (Eher nein 35 (39)	Nein 39 (14)	Nein 14 (26)	Ja 26 (8)	Ja 8 (22)	Eher nein 22 (93)	Nein 93 (18)	Eher ja 18 (89)	Eher ja 89 (23)
Sollen die staatlichen Unterstützungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen ausgebaut werden?	Eher ja 51 (38)	Eher nein 38 (24)	Eher nein 24 (30)	Ja 30 (33)	Ja 33 (36)	Eher nein 36 (98)	Eher ja 98 (10)	Ja 10 (90)	Eher ja 90 (21)
Die Invalidenversicherung spricht bei nicht objektiv nachweisbaren Schmerzstörungen (z.B. als Folge eines Schleudertraumas) keine IV-Renten mehr zu. Finden Sie dies richtig?	Eher ja 58 (33)	Eher ja 33 (78)	Ja 78 (30)	Nein 30 (83)	Nein 83 (28)	Eher ja 28 (14)	Eher ja 14 (22)	Eher nein 22 (13)	Eher nein 13 (23)
Würden Sie eine nationale Spitalplanung befürworten, die auch zur Schliessung von Spitälern führen kann?	Eher ja 67 (37)	Eher nein 37 (44)	Eher nein 44 (42)	Eher ja 42 (44)	Eher ja 44 (42)	Ja 42 (60)	Eher ja 60 (35)	Eher nein 35 (62)	Eher ja 62 (34)
Eine Volksinitiative will für die Grundversicherung eine öffentliche Einheitskrankenkasse einführen. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Nein 31 (39)	Nein 39 (14)	Nein 14 (28)	Ja 28 (14)	Ja 14 (29)	Eher nein 29 (98)	Nein 98 (12)	Ja 12 (94)	Eher ja 94 (18)
Finden Sie es richtig, dass einzelne ärztliche Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) wieder von der Grundversicherung vergütet werden?	Ja 74 (35)	Eher ja 35 (51)	Eher nein 51 (41)	Ja 41 (42)	Ja 42 (41)	Eher ja 41 (92)	Eher ja 92 (20)	Eher ja 20 (92)	Eher ja 92 (20)
Sollen Personen, die sich keinem Ärztenetzwerk (Managed Care) anschliessen wollen und nach wie vor die freie Arztwahl vorziehen, einen höheren Selbstbehalt bezahlen?	Ja 73 (36)	Eher ja 36 (70)	Eher ja 70 (37)	Eher ja 37 (52)	Eher ja 52 (42)	Ja 42 (56)	Eher ja 56 (37)	Eher nein 37 (58)	Eher ja 58 (40)
Befürworten Sie die Harmonisierung von Lehrplänen zwischen den Kantonen (z.B. durch die Projekte Lehrplan 21 oder PER)?	Ja 94 (15)	Ja 15 (91)	Eher nein 91 (20)	Ja 20 (42)	Ja 42 (42)	Ja 42 (96)	Ja 96 (13)	Ja 13 (93)	Ja 93 (19)
Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen?	Nein 9 (21)	Nein 21 (8)	Nein 8 (22)	Nein 22 (4)	Eher nein 4 (15)	Nein 15 (17)	Nein 17 (30)	Eher nein 30 (35)	Nein 35 (35)
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Eher ja 60 (32)	Eher ja 32 (56)	Nein 56 (38)	Ja 38 (26)	Ja 26 (34)	Eher ja 34 (87)	Eher nein 87 (20)	Eher ja 20 (82)	Eher ja 82 (27)
Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden?	Eher ja 71 (34)	Eher ja 34 (75)	Ja 75 (33)	Eher nein 33 (83)	Nein 83 (28)	Eher nein 28 (24)	Eher ja 24 (31)	Eher nein 31 (18)	Eher ja 18 (29)
Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	Nein 16 (28)	Nein 28 (8)	Nein 8 (21)	Ja 21 (2)	Ja 2 (10)	Eher nein 10 (85)	Nein 85 (23)	Eher nein 23 (83)	Eher nein 83 (28)

N= 2'995, Mittlere (Median) Parteiantwort; in zweiter Zeile jeweils Mittelwert und in Klammer Standardabweichung, Antwortoptionen: Nein = 0, Eher nein = 25, Eher ja = 75, Ja = 100

	CVP	FDP	SVP	SPS	GPS	GLP	BDP	Andere	Alle Kandidierenden
Würden Sie es befürworten, wenn für Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, gesamtschweizerisch das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeführt würde?	Nein 29 (39)	Nein 39 (24)	Nein 24 (36)	Ja 36 (5)	Ja 5 (19)	Eher nein 19 (95)	Nein 95 (16)	Eher ja 16 (92)	Eher nein 92 (19)
Soll sich der Staat finanziell stärker für die Integration von Ausländer/innen engagieren?	Eher nein 48 (35)	Eher nein 35 (30)	Nein 30 (34)	Ja 34 (6)	Ja 6 (15)	Eher ja 15 (94)	Eher nein 94 (14)	Eher ja 14 (91)	Eher ja 91 (18)
Soll der Zugang zur erleichterten Einbürgerung durch den Bund erschwert werden?	Nein 24 (32)	Eher nein 32 (44)	Ja 44 (40)	Nein 40 (88)	Nein 88 (25)	Eher nein 25 (3)	Eher ja 3 (12)	Eher nein 12 (5)	Eher nein 5 (14)
Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeland sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)?	Eher nein 36 (31)	Nein 31 (23)	Nein 23 (30)	Ja 30 (6)	Ja 6 (16)	Eher ja 16 (89)	Eher nein 89 (18)	Eher ja 18 (84)	Eher ja 84 (21)
Eine Volksinitiative möchte die Zuwanderung regulieren und das migrationsbedingte Bevölkerungswachstum auf 0.2% pro Jahr beschränken. Unterstützen Sie diese Initiative?	Nein 12 (24)	Nein 24 (11)	Ja 11 (24)	Nein 24 (81)	Nein 81 (32)	Eher nein 32 (2)	Eher nein 2 (10)	Nein 10 (7)	Nein 7 (20)
Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Nein 29 (37)	Eher nein 37 (48)	Nein 48 (43)	Ja 43 (10)	Ja 10 (24)	Ja 24 (86)	Eher nein 86 (25)	Nein 25 (86)	Eher ja 86 (26)
Soll der Konsum von weichen und harten Drogen sowie deren Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Nein 17 (29)	Eher nein 29 (34)	Nein 34 (39)	Eher ja 39 (6)	Eher ja 6 (18)	Eher ja 18 (70)	Nein 70 (34)	Nein 34 (72)	Eher nein 72 (34)
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie das richtig?	Ja 80 (32)	Ja 32 (95)	Eher ja 95 (17)	Ja 17 (65)	Ja 65 (40)	Ja 40 (97)	Ja 97 (14)	Eher ja 14 (94)	Ja 94 (18)
Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Eher nein 34 (38)	Eher ja 38 (74)	Eher nein 74 (33)	Eher ja 33 (46)	Eher ja 46 (41)	Ja 41 (75)	Eher ja 75 (31)	Eher nein 31 (69)	Eher ja 69 (35)
Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten börsenkotierter Unternehmen befürworten?	Nein 17 (31)	Nein 31 (8)	Nein 8 (20)	Ja 20 (5)	Eher ja 5 (17)	Eher nein 17 (76)	Nein 76 (33)	Eher nein 33 (72)	Eher nein 72 (33)
Die Schweiz kennt relativ strenge Regelungen bei der Fortpflanzungsmedizin. Sollten diese gelockert werden?	Nein 21 (30)	Eher ja 30 (62)	Eher nein 62 (39)	Eher nein 39 (28)	Eher nein 28 (35)	Eher nein 35 (43)	Eher nein 43 (35)	Nein 35 (27)	Eher nein 27 (32)
Soll die Möglichkeit der Pauschalbesteuerung von ausländischen Bürger/innen in allen Kantonen abgeschafft werden?	Eher nein 28 (36)	Nein 36 (14)	Nein 14 (29)	Ja 29 (12)	Ja 12 (28)	Eher nein 28 (97)	Eher nein 97 (13)	Ja 13 (93)	Eher ja 93 (19)
Würden Sie es begrüßen, wenn der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen grundsätzlich stärker beschränkt würde?	Eher nein 36 (35)	Nein 35 (11)	Nein 11 (23)	Ja 23 (9)	Ja 9 (23)	Eher nein 23 (98)	Eher nein 98 (10)	Ja 10 (93)	Eher ja 93 (18)
Eine Volksinitiative möchte die Heiratsstrafe abschaffen. Ehepaare sollen als Wirtschaftsgemeinschaft betrachtet werden und ihr Einkommen gemeinsam versteuern. Unterstützen Sie dies?	Ja 99 (4)	Eher ja 4 (69)	Ja 69 (39)	Eher ja 39 (87)	Eher ja 87 (24)	Ja 24 (64)	Ja 64 (35)	Ja 35 (63)	Ja 63 (36)
Haben für Sie Senkungen der Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	Eher nein 47 (38)	Eher ja 38 (70)	Ja 70 (35)	Nein 35 (82)	Nein 82 (29)	Eher nein 29 (6)	Eher nein 6 (18)	Nein 18 (5)	Eher nein 5 (15)
Soll der Erwerb von selbst bewohntem Wohneigentum durch Steuerabzüge für das Bausparen zusätzlich gefördert werden?	Eher ja 77 (31)	Ja 31 (77)	Ja 77 (33)	Nein 33 (83)	Nein 83 (29)	Eher nein 29 (23)	Eher ja 23 (33)	Eher nein 33 (26)	Eher ja 26 (34)
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'800 CHF (für eine 100%-Stelle / 40h-Woche)?	Nein 28 (38)	Nein 38 (11)	Nein 11 (25)	Ja 25 (10)	Ja 10 (25)	Nein 25 (97)	Eher nein 97 (11)	Eher ja 11 (91)	Eher ja 91 (20)

N= 2'995, Mittlere (Median) Parteiantwort; in zweiter Zeile jeweils Mittelwert und in Klammer Standardabweichung, Antwortoptionen: Nein = 0, Eher nein = 25, Eher ja = 75, Ja = 100

	CVP	FDP	SVP	SPS	GPS	GLP	BDP	Andere	Alle Kandidierenden
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	Eher nein 40 (40)	Ja 40 (85)	Eher ja 85 (28)	Nein 28 (67)	Nein 67 (40)	Eher ja 40 (13)	Eher ja 13 (27)	Nein 27 (20)	Eher nein 20 (32)
Sollen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten verpflichtet werden, behinderten Personen Arbeitsplätze anzubieten?	Eher ja 55 (35)	Nein 35 (26)	Nein 26 (33)	Ja 33 (27)	Ja 27 (34)	Eher ja 34 (94)	Eher ja 94 (15)	Ja 15 (90)	Eher ja 90 (20)
Würden Sie die Einführung des automatischen Austausches von Bankkunden-daten zwischen der Schweiz und ausländischen Steuerbehörden befürworten?	Nein 13 (27)	Nein 27 (5)	Nein 5 (17)	Ja 17 (1)	Eher ja 1 (4)	Nein 4 (83)	Nein 83 (25)	Eher ja 25 (76)	Eher nein 76 (31)
Soll die Post verpflichtet werden, ein flächendeckendes Poststellennetz aufrechtzuerhalten?	Eher ja 74 (31)	Eher nein 31 (34)	Eher ja 34 (39)	Ja 39 (63)	Ja 63 (38)	Eher nein 38 (93)	Eher ja 93 (16)	Ja 16 (88)	Eher ja 88 (22)
Eine Volksinitiative will festlegen, dass innerhalb eines Unternehmens der höchste Lohn maximal dem Zwölffachen des kleinsten Lohnes entsprechen darf (1:12-Initiative). Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Nein 19 (31)	Nein 31 (7)	Nein 7 (19)	Ja 19 (9)	Ja 9 (24)	Nein 24 (94)	Nein 94 (17)	Ja 17 (90)	Eher nein 90 (23)
Der Bundesrat will für Grossbanken verschärfte Regulierungen einführen, die über die international üblichen Vorschriften hinausgehen (sogenannte	Ja 89 (24)	Eher ja 24 (76)	Eher ja 76 (31)	Ja 31 (57)	Ja 57 (39)	Ja 39 (97)	Ja 97 (15)	Ja 15 (97)	Ja 97 (13)
Heute werden 1% aller Direktzahlungen zur Förderung der Bio-Produktion aufgewendet. Sollte dieser Anteil im Rahmen der Agrarpolitik 2014-2017 zulasten der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden?	Eher ja 68 (37)	Eher nein 37 (39)	Nein 39 (39)	Ja 39 (15)	Ja 15 (27)	Ja 27 (90)	Eher ja 90 (21)	Eher ja 21 (97)	Eher ja 97 (12)
Soll in der Schweiz anstelle des freien Milchmarktes wieder eine zentrale Mengensteuerung der Milchproduktion eingeführt werden?	Nein 19 (29)	Nein 29 (13)	Eher ja 13 (24)	Eher nein 24 (56)	Eher ja 56 (40)	Nein 40 (43)	Eher nein 43 (40)	Eher nein 40 (58)	Eher nein 58 (35)
Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über 2013 hinaus verlängert werden?	Eher ja 71 (34)	Eher nein 34 (35)	Eher ja 35 (39)	Ja 39 (53)	Ja 53 (43)	Ja 43 (93)	Ja 93 (20)	Ja 20 (98)	Ja 98 (10)
Der Bundesrat möchte bis spätestens 2034 aus der Atomenergie aussteigen (d.h. die bestehenden Atomkraftwerke werden stillgelegt und keine neuen mehr gebaut). Unterstützen Sie dieses Vorhaben?	Ja 90 (22)	Eher ja 22 (50)	Nein 50 (39)	Ja 39 (18)	Ja 18 (29)	Ja 29 (100)	Ja 100 (2)	Ja 2 (99)	Ja 99 (4)
Befürworten Sie die Einführung einer CO2-Abgabe auf Treibstoffe, wenn die Schweiz die eigenen Klimaschutzziele nicht erreicht?	Eher ja 64 (36)	Eher nein 36 (32)	Nein 32 (37)	Ja 37 (9)	Ja 9 (22)	Ja 22 (96)	Eher nein 96 (13)	Ja 13 (99)	Ja 99 (8)
Eine Volksinitiative fordert, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt wird. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Eher nein 37 (35)	Nein 35 (20)	Eher nein 20 (31)	Ja 31 (31)	Ja 31 (37)	Ja 37 (77)	Eher nein 77 (32)	Eher ja 32 (96)	Eher ja 96 (13)
Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Eher nein 40 (36)	Eher nein 36 (43)	Eher ja 43 (40)	Nein 40 (62)	Nein 62 (39)	Nein 39 (14)	Eher nein 14 (26)	Eher nein 26 (8)	Eher nein 8 (21)
Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Ja 85 (26)	Ja 26 (88)	Ja 88 (24)	Eher ja 24 (79)	Eher nein 79 (32)	Eher ja 32 (61)	Ja 61 (34)	Eher ja 34 (39)	Eher ja 39 (37)
Sollen sich Bahnfahrer/innen in Zukunft durch höhere Billettpreise stärker an den Kosten des Ausbaus und Unterhalts des Schienennetzes beteiligen?	Eher ja 55 (34)	Eher ja 34 (63)	Eher ja 63 (36)	Nein 36 (60)	Eher nein 60 (41)	Eher ja 41 (15)	Eher ja 15 (22)	Eher nein 22 (36)	Eher nein 36 (35)

N= 2'995, Mittlere (Median) Parteiantwort; in zweiter Zeile jeweils Mittelwert und in Klammer Standardabweichung, Antwortoptionen: Nein = 0, Eher nein = 25, Eher ja = 75, Ja = 100

	CVP	FDP	SVP	SPS	GPS	GLP	BDP	Andere	Alle Kandidierenden
Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte (z.B. Bern-Zürich oder Lausanne-Genf) ausgebaut werden?	Eher ja 68 (32)	Ja 32 (84)	Ja 84 (26)	Nein 26 (91)	Nein 91 (22)	Nein 22 (16)	Eher ja 16 (29)	Eher nein 29 (6)	Eher nein 6 (17)
Würden Sie es befürworten, wenn ab der Eröffnung der NEAT (2017) der Gotthard-Strassentunnel für den alpenquerenden Lastwagenverkehr gesperrt werden würde?	Eher nein 40 (39)	Eher nein 39 (27)	Nein 27 (34)	Ja 34 (26)	Ja 26 (36)	Eher ja 36 (83)	Eher nein 83 (24)	Eher ja 24 (93)	Eher ja 93 (18)
Eine Volksinitiative verlangt, dass der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden soll. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Nein 5 (17)	Nein 17 (10)	Ja 10 (24)	Nein 24 (79)	Nein 79 (34)	Nein 34 (15)	Nein 15 (27)	Nein 27 (10)	Nein 10 (24)
Sollen Volksinitiativen für ungültig erklärt werden, wenn sie gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstossen?	Ja 74 (34)	Eher ja 34 (52)	Nein 52 (43)	Ja 43 (8)	Ja 8 (21)	Eher ja 21 (97)	Eher ja 97 (15)	Ja 15 (96)	Ja 96 (17)
Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden müssen?	Eher ja 50 (41)	Eher nein 41 (34)	Nein 34 (37)	Ja 37 (14)	Ja 14 (29)	Ja 29 (99)	Eher ja 99 (6)	Ja 6 (99)	Ja 99 (7)
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militär- oder einem zivilen Ersatzdienst wählen können?	Eher ja 53 (43)	Eher nein 43 (47)	Nein 47 (45)	Ja 45 (14)	Ja 14 (29)	Ja 29 (98)	Eher nein 98 (9)	Ja 9 (99)	Ja 99 (8)
Der Bundesrat schlägt vor, den Bestand der Armee von heute 190'000 auf 80'000 Mann zu reduzieren. Unterstützen Sie diesen Vorschlag?	Ja 73 (36)	Eher ja 36 (61)	Nein 61 (41)	Ja 41 (11)	Ja 11 (25)	Ja 25 (98)	Eher ja 98 (9)	Ja 9 (96)	Ja 96 (16)
In den letzten Jahren wurden die Regeln zum Erwerb und Besitz von Waffen verschärft. Begrüssen Sie diese Entwicklung?	Ja 89 (24)	Eher ja 24 (62)	Eher nein 62 (40)	Ja 40 (36)	Ja 36 (40)	Ja 40 (99)	Ja 99 (7)	Ja 7 (99)	Ja 99 (8)
Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Eher ja 57 (39)	Eher ja 39 (59)	Ja 59 (38)	Nein 38 (84)	Nein 84 (27)	Eher nein 27 (9)	Eher ja 9 (19)	Eher nein 19 (7)	Eher nein 7 (18)
Finden Sie es richtig, dass die Armee polizeiliche Aufgaben im Innern wahrnimmt (z.B. bei der Bewachung von Botschaften und Konsulaten, beim Grenzschutz oder bei Grossanlässen wie dem WEF)?	Ja 84 (27)	Ja 27 (75)	Eher ja 75 (34)	Nein 34 (70)	Nein 70 (37)	Eher ja 37 (23)	Ja 23 (34)	Eher ja 34 (29)	Eher ja 29 (37)
Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Eher ja 62 (37)	Eher nein 37 (44)	Eher nein 44 (38)	Nein 38 (42)	Nein 42 (40)	Eher nein 40 (19)	Eher ja 19 (26)	Nein 26 (12)	Eher nein 12 (24)
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Nein 8 (20)	Nein 20 (5)	Nein 5 (17)	Eher ja 17 (0)	Eher nein 0 (0)	Nein 0 (60)	Nein 60 (37)	Nein 37 (45)	Nein 45 (37)
Soll die Schweiz ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU abschliessen?	Eher nein 42 (34)	Eher ja 34 (74)	Nein 74 (34)	Eher ja 34 (9)	Nein 9 (22)	Eher ja 22 (66)	Eher nein 66 (33)	Eher nein 33 (24)	Eher nein 24 (33)
Befürworten Sie das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU?	Ja 92 (17)	Ja 17 (91)	Nein 91 (20)	Ja 20 (16)	Ja 16 (26)	Ja 26 (95)	87.5 95 (14)	Eher ja 14 (92)	Ja 92 (17)
Die Schweizer Armee kann heute zum Selbstschutz bewaffnet bei friedenserhaltenden Einsätzen unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden. Befürworten Sie dies?	Ja 89 (22)	Ja 22 (82)	Nein 82 (30)	Ja 30 (16)	Eher ja 16 (30)	Ja 30 (74)	Ja 74 (36)	Eher ja 36 (49)	Eher ja 49 (42)
Die Schweiz verfolgt seit einigen Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	Ja 78 (29)	Eher ja 29 (54)	Nein 54 (36)	Ja 36 (6)	Ja 6 (17)	Eher ja 17 (94)	Eher ja 94 (16)	Eher ja 16 (89)	Eher ja 89 (21)
Soll die Einhaltung der Menschenrechte bei wirtschaftlichen Abkommen mit anderen Ländern (z.B. Freihandelsabkommen) stärker berücksichtigt werden?	Eher ja 67 (34)	Eher ja 34 (50)	Eher nein 50 (37)	Ja 37 (38)	Ja 38 (38)	Eher ja 38 (99)	Eher ja 99 (7)	Ja 7 (99)	Ja 99 (5)

N= 2'995, Mittlere (Median) Parteiantwort; in zweiter Zeile jeweils Mittelwert und in Klammer Standardabweichung, Antwortoptionen: Nein = 0, Eher nein = 25, Eher ja = 75, Ja = 100

Tabelle 16: Korrelationsmatrix der Antworten auf die Budgetfragen (gewählte Kandidierende)

	Öffentliche Sicherheit	Landesverteidigung	Entwicklungshilfe	Öffentlicher Verkehr	Strassenverkehr (Bau und Unterhalt)	Umweltschutz und Raumordnung	Bildung und Forschung	Kulturförderung	Sozialversicherungen und Sozialpolitik	Landwirtschaft	Finanzausgleich / Abbau kantonalere Unterschiede
Öffentliche Sicherheit	1										
Landesverteidigung	0.38***	1									
Entwicklungshilfe	-0.31***	-0.72***	1								
Öffentlicher Verkehr	-0.21***	-0.69***	0.67***	1							
Strassenverkehr (Bau und Unterhalt)	0.33***	0.7***	-0.62***	-0.49***	1						
Umweltschutz und Raumordnung	-0.26***	-0.78***	0.73***	0.73***	-0.7***	1					
Bildung und Forschung	-0.09	-0.53***	0.53***	0.56***	-0.39***	0.56***	1				
Kulturförderung	-0.33***	-0.65***	0.75***	0.59***	-0.52***	0.64***	0.53***	1			
Sozialversicherungen und Sozialpolitik	-0.2***	-0.6***	0.64***	0.58***	-0.39***	0.57***	0.48***	0.64***	1		
Landwirtschaft	0.16**	0.27***	-0.13*	-0.21***	0.27***	0.24***	-0.23***	-0.21***	0.04	1	
Finanzausgleich / Abbau kantonalere Unterschiede	-0.06	-0.1	0.22***	0.2***	0.09***	0.1	0.23	0.33***	0.36***	0.12*	1

Signifikanzniveau der Korrelationskoeffizienten: * p < 0.1, ** p < 0.05, *** p < 0.01

D Faktorenanalyse Budgetfragen 2011

D.1 Faktorenanalyse Antworten Budgetfragen aller Kandidierenden

Tabelle 17: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (Budgetfragen)

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	4.89	44%
Faktor 2	1.35	12%
Faktor 3	0.92	8%
Faktor 4	0.75	7%
Faktor 5	0.64	6%
Faktor 6	0.50	5%
Faktor 7	0.50	5%
Faktor 8	0.42	4%
Faktor 9	0.36	3%
Faktor 10	0.34	3%
Faktor 11	0.32	3%

N = 2'990

Tabelle 18: Faktorladungen und Einzigartigkeit

	Faktor 1	Faktor 2	Einzigartigkeit
Öffentliche Sicherheit	-0.517		68%
Landesverteidigung	-0.783		31%
Entwicklungshilfe	0.822		32%
Öffentlicher Verkehr	0.733		46%
Strassenverkehr (Bau und Unterhalt)	-0.665		47%
Umweltschutz und Raumordnung	0.797		36%
Bildung und Forschung	0.588		64%
Kulturförderung	0.765		40%
Sozialversicherungen und Sozialpolitik	0.776		32%
Landwirtschaft	0.808		34%
Finanzausgleich / Abbau kantonaler Unterschiede	0.420	0.590	47%

Nicht-rotierte Faktorladungen; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Faktor 6	Faktor 7	Faktor 8	Einzigartigkeit
Frage 45	-0.65								0.38
Frage 46	-0.64								0.41
Frage 47	-0.52								0.34
Frage 48	-0.86								0.15
Frage 49	0.74								0.31
Frage 50		-0.7							0.35
Frage 51	0.83								0.21
Frage 52	0.87								0.2
Frage 53	0.88								0.18
Frage 54	0.78								0.3
Frage 55	0.71								0.35
Frage 56	-0.81								0.28
Frage 57	-0.52	0.45							0.26
Frage 58	-0.47								0.54
Frage 59	0.73								0.35
Frage 60	0.47	0.44	-0.47						0.29
Frage 61	0.49	0.69							0.22
Frage 62		0.74							0.27
Frage 63	0.8								0.19
Frage 64	0.71								0.37

Nicht-rotierte Faktorladungen; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

D.3 Faktorenanalyse Antworten *Issue*-Fragen aller Kandidierenden (ohne Rotation der Faktorladungen)

Tabelle 20: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (*Issue*-Fragen)

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	22.64	35%
Faktor 2	5.42	8%
Faktor 3	3.18	5%
Faktor 4	2.23	3%
Faktor 5	1.48	2%
Faktor 6	1.36	2%
Faktor 7	1.15	2%
Faktor 8	1.03	2%

Tabelle 21: Faktorladungen (nicht rotiert) und Einzigartigkeit

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 5	Faktor 8	Einzigartigkeit
Frage 1	-0.46					0.43
Frage 2	0.59					0.43
Frage 3	-0.58					0.45
Frage 4	0.79					0.32
Frage 5	0.67					0.33
Frage 6	-0.71					0.42
Frage 7						0.57
Frage 8	0.77					0.3
Frage 9	0.48			-0.41		0.44
Frage 10						0.46
Frage 11		0.54				0.49
Frage 12					0.69	0.29
Frage 13	0.54					0.58
Frage 14	-0.64					0.45
Frage 15	0.81					0.25
Frage 16	0.78					0.3
Frage 17	0.79					0.34
Frage 18	-0.7					0.34
Frage 19	0.8					0.29
Frage 20	-0.52	-0.53				0.29
Frage 21	0.6		-0.43			0.32
Frage 22	0.58		-0.43			0.38
Frage 23		0.47	-0.5			0.31
Frage 24			-0.57			0.34
Frage 25	0.69					0.42
Frage 26			-0.53			0.49
Frage 27	0.76					0.31
Frage 28	0.81					0.24
Frage 29			0.44			0.47
Frage 30	-0.71					0.42
Frage 31	-0.59					0.43
Frage 32	0.74					0.28
Frage 33	-0.48	0.44				0.36
Frage 34	0.71					0.42
Frage 35	0.77					0.31
Frage 36	0.44	-0.45				0.46
Frage 37	0.76					0.24
Frage 38	0.45					0.66
Frage 39	0.67					0.44
Frage 40		-0.56				0.52
Frage 41	0.52					0.42
Frage 42	0.69					0.35
Frage 43	0.76					0.3
Frage 44	0.61					0.37
Frage 45	-0.52					0.55
Frage 46	-0.42					0.52
Frage 47	-0.46					0.48
Frage 48	-0.75					0.32
Frage 49	0.67					0.45
Frage 50		-0.51				0.49
Frage 51	0.69					0.37

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 5	Faktor 8	Einzigartigkeit
Frage 52	0.77					0.35
Frage 53	0.72					0.34
Frage 54	0.66					0.43
Frage 55	0.62					0.44
Frage 56	-0.73					0.39
Frage 57	-0.52					0.48
Frage 58						0.51
Frage 59	0.61					0.46
Frage 60		0.61				0.43
Frage 61	0.47	0.67				0.24
Frage 62		0.59				0.45
Frage 63	0.65	0.41				0.35
Frage 64	0.69					0.41

Nicht-rotierte Faktorladungen; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

D.4 Faktorenanalyse Antworten gesamter *smartvote*-Fragebogen aller Gewählten (ohne Rotation der Faktorladungen)

Tabelle 22: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (*smartvote*-Fragebogen)

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	35.33	47%
Faktor 2	5.59	7%
Faktor 3	3.47	5%
Faktor 4	2.62	3%
Faktor 5	1.65	2%
Faktor 6	1.34	2%
Faktor 7	1.28	2%
Faktor 8	1.12	1%

	Faktor	Einzigartigkeit								
Frage 54	0.59	0.5								0.28
Frage 55	0.52	0.57								0.34
Frage 56	-0.75									0.26
Frage 57	-0.67									0.29
Frage 58	-0.57									0.37
Frage 59	0.72									0.32
Frage 60		0.41	0.63							0.26
Frage 61		0.8								0.19
Frage 62		0.81								0.24
Frage 63	0.57	0.69								0.17
Frage 64	0.66									0.36
Frage 65										0.27
Frage 66	-0.73									0.21
Frage 67	0.67	0.49								0.25
Frage 68	0.58	0.43								0.34
Frage 69	-0.63									0.26
Frage 70	0.68							0.42		0.19
Frage 71										0.33
Frage 72	0.57	0.51								0.26
Frage 73	0.69									0.24
Frage 74			-0.66							0.48
Frage 75						0.65				0.45

Rotation: Orthogonal Varimax mit Kaiser-Kriterium; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

E smartvote-Fragebogen 2007

E.1 Faktorenanalyse Antworten smartvote Budgetfragen 2007

Tabelle 24: Korrelationsmatrix der Antworten auf die Budgetfragen 2007 (gewählte Kandidierende)

	Landes- verteidigung	Öffentlicher Verkehr	Entwicklungs- hilfe	Bildung und Forschung	Kultur- förderung	Bundes- beiträge für die AHV	Bundes- beiträge für die IV	Land- wirtschaft	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Privater Verkehr (Strassen)
Landes- verteidigung	1									
Öffentlicher Verkehr	-0.63***	1								
Entwicklungshilfe	-0.51***	0.71***	1							
Bildung und Forschung	0.64***	-0.6***	-0.52***	1						
Kulturförderung	-0.42***	0.5***	0.55***	-0.28***	1					
Bundesbeiträge für die AHV	-0.62***	0.74***	0.68***	-0.61***	0.57***	1				
Bundesbeiträge für die IV	-0.45***	0.45***	0.33***	-0.34***	0.27***	0.47***	1			
Landwirtschaft	-0.52***	0.6***	0.53***	-0.52***	0.35***	0.6***	0.57***	1		
Umweltschutz und Raumord- nung	0.28***	-0.25***	-0.24***	0.33***	-0.33***	-0.19***	-0.07	-0.04	1	
Privater Verkehr (Strassen)	-0.66***	0.74***	0.71***	-0.64***	0.44***	0.68***	0.45***	0.56***	-0.24***	1

Signifikanzniveau: * $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$

Tabelle 11: Eigenwert und erklärte Varianz der gefundenen Faktoren (Budgetfragen 2007 – gewählte Kandidierende)

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	5.5	55%
Faktor 2	1.12	11%
Faktor 3	0.8	8%
Faktor 4	0.69	7%
Faktor 5	0.44	4%
Faktor 6	0.4	4%
Faktor 7	0.32	3%
Faktor 8	0.28	3%
Faktor 9	0.23	2%
Faktor 10	0.21	2%

N = 212

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Faktor 7	Faktor 8	Einzigartigkeit
Frage 14	0.7							0.29
Frage 15	0.89							0.11
Frage 16	0.8							0.22
Frage 17	0.76							0.22
Frage 18	0.78							0.22
Frage 19	-0.72	-0.49						0.16
Frage 20	0.74							0.26
Frage 21				-0.52				0.24
Frage 22	0.64							0.39
Frage 23	0.83							0.2
Frage 24	-0.6							0.34
Frage 25	0.49							0.19
Frage 26		0.47						0.25
Frage 27	0.87							0.16
Frage 28	0.76							0.29
Frage 29	0.47		0.53					0.29
Frage 30	0.48							0.36
Frage 31	-0.83							0.25
Frage 32	-0.45							0.3
Frage 33	0.86							0.18
Frage 34	-0.65							0.23
Frage 35	0.74							0.28
Frage 36	-0.69		0.45					0.23
Frage 37	0.64							0.31
Frage 38	0.84							0.18
Frage 39		-0.64						0.21
Frage 40	0.82							0.19
Frage 41	0.66							0.37
Frage 42	-0.58							0.28
Frage 43	-0.88							0.17
Frage 44	-0.82							0.21
Frage 45	0.8							0.26
Frage 46	0.77							0.19
Frage 47	0.71							0.28
Frage 48	-0.55		0.47					0.25
Frage 49	-0.45	-0.48						0.3
Frage 50	0.81							0.26
Frage 51	-0.79							0.22
Frage 52	-0.59	0.43						0.26
Frage 53	0.81							0.25
Frage 54	0.82							0.25
Frage 55	0.87							0.17
Frage 56	-0.59							0.28
Frage 57	0.65							0.27
Frage 58	-0.46					0.48		0.24
Frage 59		0.66						0.21
Frage 60	0.84							0.19
Frage 61	0.8							0.2
Frage 62	0.68	0.48						0.22
Frage 63	0.61							0.27

Nicht-rotierte Faktorladungen; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

E.3 Faktorenanalyse Antworten gesamter *smartvote*-Fragebogens 2007

Tabelle 27: Faktorladungen und Einzigartigkeit (alle Fragen 2007 – gewählte Kandidierende)

	Eigenwert	Erklärte Varianz (in %)
Faktor 1	34.16	47%
Faktor 2	4.63	6%
Faktor 3	3.35	5%
Faktor 4	1.88	3%
Faktor 5	1.66	2%
Faktor 6	1.43	2%
Faktor 7	1.32	2%
Faktor 8	1.23	2%
Faktor 9	1.15	2%

N = 218

Tabelle 28: Faktorladungen (nicht rotiert) und Einzigartigkeit (alle Fragen 2007 – gewählte Kandidierende)

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Einzigartigkeit
Frage 1	-0.47					0.19
Frage 2	0.86					0.12
Frage 3	0.72					0.33
Frage 4						0.31
Frage 5	-0.41					0.27
Frage 6	0.82					0.19
Frage 7	-0.68					0.3
Frage 8	-0.74					0.33
Frage 9	-0.5				0.4	0.18
Frage 10				0.44		0.12
Frage 11	0.75					0.22
Frage 12					0.5	0.19
Frage 13	0.85					0.19
Frage 14	0.69					0.28
Frage 15	0.89					0.11
Frage 16	0.81					0.22
Frage 17	0.76					0.21
Frage 18	0.77					0.23
Frage 19	-0.73	-0.47				0.16
Frage 20	0.74					0.25
Frage 21	0.4			-0.5		0.25
Frage 22	0.63					0.41
Frage 23	0.82					0.2
Frage 24	-0.59					0.32
Frage 25	0.5					0.19
Frage 26		0.48				0.28

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 4	Faktor 5	Einzigartigkeit
Frage 27	0.87					0.15
Frage 28	0.76					0.26
Frage 29	0.47		0.51			0.25
Frage 30	0.48					0.36
Frage 31	-0.83					0.25
Frage 32	-0.44					0.33
Frage 33	0.86					0.17
Frage 34	-0.65					0.25
Frage 35	0.74					0.27
Frage 36	-0.69		0.43			0.21
Frage 37	0.64					0.27
Frage 38	0.84					0.2
Frage 39		-0.63				0.22
Frage 40	0.81					0.19
Frage 41	0.66					0.37
Frage 42	-0.57					0.3
Frage 43	-0.87					0.16
Frage 44	-0.82					0.21
Frage 45	0.8					0.25
Frage 46	0.76					0.18
Frage 47	0.71					0.28
Frage 48	-0.55		0.48			0.24
Frage 49	-0.46	-0.48				0.29
Frage 50	0.8					0.27
Frage 51	-0.78					0.22
Frage 52	-0.58	0.43				0.28
Frage 53	0.8					0.24
Frage 54	0.82					0.27
Frage 55	0.87					0.17
Frage 56	-0.57					0.35
Frage 57	0.65					0.26
Frage 58	-0.46					0.25
Frage 59		0.63				0.2
Frage 60	0.84					0.2
Frage 61	0.8					0.19
Frage 62	0.69	0.46				0.22
Frage 63	0.61					0.21
Frage 64	-0.76					0.27
Frage 65	0.82					0.22
Frage 66	0.73					0.21
Frage 67	-0.78					0.23
Frage 68	0.52					0.21
Frage 69	0.82					0.21
Frage 70	0.59					0.27
Frage 71	0.74					0.34
Frage 72		-0.4				0.2
Frage 73	0.81					0.24

Nicht-rotierte Faktorladungen; zur besseren Übersicht wurden nur Faktorladungen grösser 0.4 resp. kleiner -0.4 angegeben

F Auswahl der Abstimmungen zur Operationalisierung des Abstimmungsverhaltens (Bildung additiver Index „Abstimmungsverhalten“)

Untersuchungszeitraum: Alle Abstimmungen von 2011 (Wintersession) bis Ende 2012)

Filter: Nur "wichtige Abstimmungen" (Filter wichtige Abstimmungen ist eine Auswahl der Parlamentsdienste)²⁶

Kriterien für die Zuordnung zu einer bestimmten ideologischen Konfliktlinie: Es wurde jeweils die Botschaft sowie die Deskriptoren analysiert. Sofern diese eine inhaltliche Verbindung, auch im weiteren Sinne, zu den mit der Faktorenanalyse gefundenen Faktoren haben, wurden die einzelnen Abstimmungen den Faktoren zugeordnet.

Die Antworten wurden dabei jeweils so gedreht, dass einer Zustimmung zu linken *Issues* die Merkmalsausprägung eins zugeordnet wurde. Eine Ablehnung linker *Issues* wurde mit 0 kodiert.

F.1 Erster Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zur Links-Rechts-Dimension (erster Faktor)

Die Zeigt die Konfliktlinie zwischen linken (z.B. pro Umverteilung, pro Umweltschutz, pro gesellschaftliche Liberalisierung) und rechten *Issues* (z.B. pro Autobahnpurausbau, pro Rentenaltererhöhung, kontra Regulierung)

- Motion Adoptionsrecht. Gleiche Chancen für alle Familien (11.4046)
- Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht. Volksinitiative (12.073)
- Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz. Anpassung (12.018) -> Autobahnvignette / Finanzierung
- Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops (09.462)
- Personenfreizügigkeit. Flankierende Massnahmen. BG. Anpassung (12.039) (geht nicht um PFZ, sondern um flankierende Massnahmen)
- Asylgesetz. Änderung (10.052)
- 1:12 - Für gerechte Löhne. Volksinitiative (12.017)
- Stärkung der Anreize für die Verlagerung des alpenquerenden Schwerverkehrs (12.3401)
- Stilllegung des AKW Fessenheim (11.314)
- Öffentlichkeit und Transparenz bei Abstimmungen in National- und Ständerat (11.406)
- Genehmigung der Änderungen der Bankenverordnung und der Eigenmittelverordnung (too big to fail). Bundesbeschluss (12.061)
- Ermittlung bei Steuerdelikten im Inland (10.3644)

²⁶

- Betäubungsmittelgesetz. Revision (04.439)
- Stopp den Steuerprivilegien für reiche Ausländerinnen und Ausländer (11.452)
- Steueramtshilfegesetz (11.044)
- Lohngleichheit von Frauen und Männern. Kontrollmechanismus (10.3934)
- Asylgesetz. Änderung (10.052)
- Via sicura. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr (10.092)
- Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative). Volksinitiative (10.018)
- Tierschutzgesetz. Änderung (11.060)
- Personenfreizügigkeit. Flankierende Massnahmen. BG. Anpassung (12.039)
- Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Prüfung einer gesetzlichen Lösung zwecks Behebung gewisser Rechtsmängel in diesem Bereich (11.4055)
- Kreditkarten. Strengere Vorschriften zur Bekämpfung der Verschuldung von jungen Erwachsenen (11.459)
- Offenlegung der Finanzierungsquellen von Abstimmungskampagnen (11.3467)
- Obligatorische Erdbebenversicherung (11.3511)
- Stopp dem Lohndumping und dem Missbrauch bei Unteraufträgen (11.4040)
- Betäubungsmittelgesetz. Revision (04.439)
- Raumplanungsgesetz. Teilrevision (10.019)
- Schutz vor Passivrauchen. Volksinitiative (11.025)
- Übereinkommen über Streumunition. Kriegsmaterialgesetz. Änderung (11.036)
- Via sicura. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr (10.092a)
- Via sicura. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr (10.092b)
- Adoption ab dem zurückgelegten 30. Lebensjahr (09.3026)

F.2 Zweiter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum zweiten Faktor

Bildet die Konfliktlinie zwischen Zentralisierung / Globalisierung / (wirtschaftliche) Liberalisierungen / Institutionelle Reformen und einem föderalistisch-konservativen Weltbild.

- Volkswahl des Bundesrates. Volksinitiative (12.056)
- Verfassungsgerichtsbarkeit (05.445)
- Staatsleitungsreform (01.080)
- Nachhaltige Milchproduktion (11.3066)

F.3 Dritter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum dritten Faktor

Zeigt die Offenheit gegenüber menschlichen Eingriffen / Veränderungen der bestehenden Umwelt resp. in Strukturen (Poststellen-Netz) bezeichnen.

- Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops (09.462)
- Für eine starke Post. Volksinitiative (11.038)

F.4 Vierter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum vierten Faktor

Dieser Faktor umfasst die Einstellung zum bestehenden Sozialstaat (bewahren oder abbauen).

- 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket (11.030)
- Sanierung der Arbeitslosenversicherung (11.3755)

F.5 Fünfter Abstimmungsindex: Abstimmungen mit einem Bezug zum fünften Faktor

Kann mit dem Titel „Laizismus“ bezeichnet werden (Trennung Religion & Kirche -Staat)

- Nationales Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum (10.333)

F.6 Keine eindeutige Zuordnung ist bei folgenden Abstimmungen möglich

- Asylgesetz. Änderung (10.052)
- Asylgesetz. Änderung (10.052)
- Asylgesetz. Änderung (10.052)
- Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative "gegen die Abzockerei" (10.443)
- Sicheres Wohnen im Alter. Volksinitiative (10.060)
- Gegen die Abzockerei. Volksinitiative. OR. Änderung (08.080) -> da Gegenvorschlag zur Initiative, unklar ob Nein = Ja zur Initiative oder Nein zur Initiative)
- Frist für die Bescheinigung der Unterschriften für Referenden und Volksinitiativen (12.3975)
- Voranschlag 2013 (12.041)
- Gesetzliche Grundlage für die Aufsicht über die Sterbehilfeorganisationen (07.3163)
- Gesetzliche Grundlage für die Aufsicht über die Sterbehilfeorganisationen (07.3163)
- Zivilgesetzbuch. Elterliche Sorge (11.070)
- Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel. Änderung (11.050)

- Das Dossier Tabak aus den Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Bereich öffentliche Gesundheit ausschliessen (10.3195)
- Teuerungsausgleich für die Einkommen und Vorsorge der Ratsmitglieder (11.468)
- WEF 2013-2015 in Davos. Einsatz der Armee im Assistenzdienst (12.031)
- Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Österreich (12.051)
- Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Deutschland, Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie internationale Quellenbesteuerung. Bundesgesetz (12.050)
- Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Deutschland, Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie internationale Quellenbesteuerung. Bundesgesetz (12.050)
- Genügend Ärzte ausbilden (11.3930)
- Weiterbildungsmaster der Fachhochschulen. Beibehaltung von Anerkennung und Titelschutz (11.3921)
- Steuersystemreform. Easy Swiss Tax (08.324)
- Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage (09.086)
- Doppelbesteuerung. Ergänzung zu verschiedenen Abkommen (11.027)
- Steueramtshilfegesetz (11.044)
- Zugang der Armee zu Informationen zu hängigen Strafverfahren (12.3007)

G Logistische Regressionsanalyse

Tabelle 29: Modell 1a Regressionsanalyse mit der abhängigen Variabel "linkes Abstimmungsverhalten im NR"

Ordered logistic regression	Number of obs =	190
	LR chi2(5) =	281.97
	Prob > chi2 =	0.0000
Log likelihood = -701.160	Pseudo R2 =	0.1674

abst_factor1	Coef.	Std. Err.	z	P> z	95% Conf.Interval	
Wahlkampfposition <i>Links</i> : Budget-Fragen (a)	3.15	.249	12.69	0.000	2.66	3.64
Wahlkreisgrösse	-.024	.013	-1.83	0.067	-.050	.002
Geschlecht (Mann)	-.449	.296	-1.52	0.129	-1.03	.13
Alter	.016	.013	1.23	0.217	-.010	.04
Sprache (Deutsch)	-.478	.305	-1.57	0.116	-1.07	.12

Tabelle 30: Modell 1b Regressionsanalyse mit der abhängigen Variabel "linkes Abstimmungsverhalten im NR"

Ordered logistic regression	Number of obs =	190
	LR chi2(5) =	289.66
	Prob > chi2 =	0.0000
Log likelihood = -697.312	Pseudo R2 =	0.1720

abst_factor1	Coef.	Std. Err.	z	P> z	95% Conf.Interval	
Wahlkampfposition <i>Links</i> : Budget-Fragen (b)	0.165	.013	12.76	0.000	0.14	0.19
Wahlkreisgrösse	-.026	.013	-2.01	0.045	-.052	-.001
Geschlecht (Mann)	-.428	.296	-1.44	0.149	-1.01	.15
Alter	.013	.013	1.09	0.277	-.011	.04
Sprache (Deutsch)	-.440	.305	-1.44	0.149	-1.04	.16

Tabelle 31: Modell 2a Regressionsanalyse mit der abhängigen Variabel "linkes Abstimmungsverhalten im NR"

Ordered logistic regression	Number of obs =	190
	LR chi2(5) =	179.42
	Prob > chi2 =	0.0000
Log likelihood = -752.434	Pseudo R2 =	0.1065

abst_factor1	Coef.	Std. Err.	z	P> z	95% Conf.Interval	
Wahlkampfposition <i>Links</i> : <i>Issue</i> -Fragen (a)	2.266	.222	10.21	0.000	1.83	2.70
Wahlkreisgrösse	-.299	.205	-1.46	0.143	-.70	.10
Geschlecht (Mann)	-.878	.295	-2.98	0.003	-1.45	-.30
Alter	.006	.013	0.45	0.656	-.012	.04
Sprache (Deutsch)	-1.357	.301	-4.50	0.000	-1.95	-.77

Tabelle 32: Modell 2b Regressionsanalyse mit der abhängigen Variabel "linkes Abstimmungsverhalten im NR

Ordered logistic regression	Number of obs =	190
	LR chi2(5) =	340.28
	Prob > chi2 =	0.0000
Log likelihood = -672.005	Pseudo R2 =	0.2020

abst_factor1	Coef.	Std. Err.	z	P> z	95% Conf.Interval	
Wahlkampfposition <i>Links</i> : <i>Issue</i> -Fragen (b)	0.145	.013	11.97	0.000	0.12	0.17
Wahlkreisgrösse	-.488	.208	-2.35	0.019	-.90	-.08
Geschlecht (Mann)	-.479	.302	-1.59	0.113	-1.07	.11
Alter	.004	.013	0.29	0.774	-.02	.03
Sprache (Deutsch)	-1.12	.299	-3.76	0.000	-1.71	-.54

Tabelle 33: Modell 3a Regressionsanalyse mit der abhängigen Variabel "linkes Abstimmungsverhalten im NR

Ordered logistic regression	Number of obs =	190
	LR chi2(5) =	186.03
	Prob > chi2 =	0.0000
Log likelihood = -749.129	Pseudo R2 =	0.1105

abst_factor1	Coef.	Std. Err.	z	P> z	95% Conf.Interval	
Wahlkampfposition <i>Links</i> : alle Fragen (a)	2.37	.230	10.31	0.000	1.92	2.82
Wahlkreisgrösse	-.018	.013	-1.44	0.149	-.04	.01
Geschlecht (Mann)	-.810	.293	-2.76	0.006	-1.38	-.23
Alter	.006	.013	0.46	0.643	-.02	.03
Sprache (Deutsch)	-1.232	.307	-4.01	0.000	-1.83	-.63

Tabelle 34: Modell 3b Regressionsanalyse mit der abhängigen Variabel "linkes Abstimmungsverhalten im NR

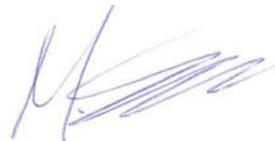
Ordered logistic regression	Number of obs =	190
	LR chi2(5) =	345.02
	Prob > chi2 =	0.0000
Log likelihood = -669.635	Pseudo R2 =	0.2048

abst_factor1	Coef.	Std. Err.	z	P> z	95% Conf.Interval	
Wahlkampfposition <i>Links</i> : alle Fragen (b)	0.156	.013	12.14	0.000	0.13	0.18
Wahlkreisgrösse	-.025	.013	-1.89	0.058	-0.05	-0.01
Geschlecht (Mann)	-.404	.300	-1.35	0.178	-0.99	0.18
Alter	.008	.013	0.67	0.504	-0.02	0.03
Sprache (Deutsch)	-0.96	.304	-3.15	0.002	-1.55	-0.36

Selbständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche kenntlich gemacht. Mir ist bekannt, dass andernfalls der Senat gemäss dem Gesetz über die Universität zum Entzug des auf Grund dieser Arbeit verliehenen Titels berechtigt ist.

Bern, den 26.10.2014



Michael Erne

Einverständniserklärung zur Veröffentlichung der Masterarbeit

Ich erkläre hiermit, dass ich der Veröffentlichung der von mir verfassten Masterarbeit im Falle einer Benotung von 5.0 oder höher auf der Homepage des KPM zustimme. Die Arbeit ist öffentlich zugänglich.

Bern, den 26.10.2014



Michael Erne

Literaturverzeichnis

- Andeweg, R. B., & Thomassen, J. J. A. (2005). Modes of Political Representation: Toward a New Typology. *Legislative Studies Quarterly*, 30(4), 507–528.
- Andreadis, I. (2012). To Clean or not to Clean? Improving the quality of VAA Data. *Paper presented at the 22nd World Congress of Political Science (IPSA)*, Madrid, Spanien, 8-12.06.2012.
- Bartolini, S., & Mair, P. (1990). *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885–1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Baur, N. (2008). Das Ordinalskalenproblem. In N. Baur & S. Fromm (Hrsg.), *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene* (S. 279–289). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bowler, S., & Farrell, D. (1993). Legislator Shirking and Voter Monitoring: Impacts of European Parliament Electoral Systems upon Legislator-Voter Relationships. *Journal of Common Market Studies*, 31(1), 45–69.
- Campbell, A. (1954). *The voter decides*. Peterson: Row.
- Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E., & Stokes, D. E. (1976). *The American voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Carey, J., & Shugart, M. (1995). Incentives to Cultivate a Personal Vote: a Rank Ordering of Electoral Formulas. *Electoral Studies*, 14(4), 417–439.
- Chadwick, A., & Howard, P. N. (2009). *Routledge handbook of internet politics*. London: Routledge.
- Chow, Y. W., Pietranico, R., & Mukerji, A. (1975). Studies of oxygen binding energy to hemoglobin molecule. *Biochemical and Biophysical Research Communications*, 66(4), 1424–1431.
- Converse, P. E. (1964). The Nature of Belief Systems in Mass Politics. In D. Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent* (S. 206–261). New York: Free Press.

-
- Cox, G. (1997). *Making Votes Count: Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dalton, R. (1984). Cognitive mobilization and partisan dealignment in advanced industrial democracies. *Journal of Politics*, (46), 264–284.
- Dalton, R. (1996). Political Cleavages, Issues and Electoral Change. In L. LeDuc (Hrsg.), *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective* (S. 319–342). Thousand Oaks: Sage Publications.
- Dalton, R., Flanagan, S., & Beck, P. (1984). *Electoral Change – Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. Princeton: Princeton University Press.
- Dalton, R., & Rohrschneider, R. (1990). Wählerwanderungen und die Abschwächung der Parteineigung von 1972 bis 1987. In M. Kaase & H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987* (S. 297–324). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dalton, R., & Wattenberg, M. (1993). The Not-So-Simple Act of Voting. In A. Finifter (Hrsg.), *Political Science: The State of the Discipline II*. Washington D.C.: American Political Science Association.
- De Graaf, J. (2010). The Irresistible Rise of Stemwijzer. In L. Cedroni & D. Garzia (Hrsg.), *Voting Advice Applications in Europe: The State of the Art* (S. 35–60). Napoli: Civis.
- Diekmann, A. (2007). *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Brothers.
- Enyedi, Z. (2008). The social and attitudinal basis of political parties: cleavage politics revisited. *European Review*, 16, 287–304.

-
- Erne, M., Fivaz, J., & Schwarz, D. (2014). *Electoral and Financial Bookkeeping: A Comparison of Pre-Electoral Pledges on Public Spending and the Outcome of Post-Electoral Budget Debates*. Gehalten auf der ECPR General Conference, Glasgow, 3.-6.11.2014. Abgerufen von http://www.dscharz.ch/downloads/erne_fivaz_schwarz_2014.pdf?attredirects=0&d=1 (20.10.2014)
- Falter, J., & Schoen, H. (Hrsg.). (2005). *Handbuch Wahlforschung* (1. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fivaz, J., Louwarse, T., & Schwarz, D. (2014). Keeping promises: VAAs and political representation. In D. Garzia & S. Marschall (Hrsg.), *Matching Voters with Parties and Candidates* (S. 197–216). Colchester: ECPR Press.
- Fivaz, J., & Nadig, G. (2010). Impact of Voting Advice Applications (VAAs) on Voter Turnout and Their Potential Use for Civic Education. *Policy & Internet*, 2(4), 162–195.
- Franklin, M., Mackie, T., & Valen, H. (1992). *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge: University Press.
- Fuchs, D., & Klingemann, H. (1989). The Left–right Schema. In *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies* (S. 203–234). Berlin: De Gruyter.
- Gabriel, O. (1999). Das Volk als Gesetzgeber: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in der Kommunalpolitik aus der Perspektive der empirischen Forschung. *Zeitschrift für Gesetzgebung*, 4(99), 299–331.
- Garzia, D. (2010). The Effects of VAAs on users' voting behaviour: An Overview. In D. Garzia & L. Cedroni (Hrsg.), *Voting Advice Applications in Europe: The State of the Art* (S. 13–33). Napoli: Civis.
- Garzia, D., & Marschall, S. (2014). *Matching Voters with Parties and Candidates. Voting Advice Applications in a Comparative Perspective*. Colchester: ECPR Press.

-
- Gemenis, K. (2013). Estimating parties' positions through voting advice applications: some methodological considerations. *Acta Politica*, 48(3), 268–295.
- Hermann, M., & Leuthold, H. (2003). *Atlas der politischen Landschaften: Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf Hochschulverlag.
- Hofferbert, R., & Budge, I. (1992). The Party Mandate and the Westminster Model: Election Programmes and Government Spending in Britain, 1948-85. *British Journal of Political Science*, 22, 151–182.
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton University Press.
- Inglehart, R. (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Israel, J. (2014). Immer die gleichen Versprechen? Ein Vergleich von Parteipositionen in Wahlprogrammen und dem Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009. In D. Friess, J. Jax, & A. Michalski, *Sprechen sie EU?: Das kommunikative Versagen einer grossen Idee : Beiträge zur 9. Fachtagung des DFPK*. Berlin: Frank & Timme.
- Judge, D. (1999). *Representation: theory and practice in Britain*. London ; New York: Routledge.
- Kaltefleiter, W. (1980). *Empirische Wahlforschung: Eine Einführung in Theorie und Technik*. Paderborn ; München ; Wien ; Zürich: Schöningh.
- Kitschelt, H. (1994). *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kluver, R., Jankowski, Foot, K., & Schneider, S. (2007). *The Internet and National Elections: A Comparative Study of Web Campaigning*. Routledge.

-
- Kriesi, H. (2001). Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885–1985. *West European Politics*, 24(2), 59–76.
- Kriesi, H., & Trechsel, A. (2008). *The Politics of Switzerland: Continuity and Change in a Consensus Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lachat, R. (2008). Switzerland: Another Case of Transformation Driven by an Established Party. In H. Kriesi, E. Grande, R. Lachat, M. Dolezal, Bornschie S., & T. Frey (Hrsg.), *West European Politics in the Age of Globalization* (S. 130–153). Cambridge: Cambridge University Press.
- Ladner, A. (2005). Parteien in der politischen Kommunikation. In P. Donges (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Ladner, A. (2014). Politische Parteien. In P. Knoepfel, Y. Papadopoulos, P. Sciarini, A. Vatter, & S. Häusermann (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik = Manuel de la politique suisse* (S. 53–85). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Ladner, A., Felder, G., & Fivaz, J. (2010). More Than Toys? A First Assessment of Voting Advice Applications in Switzerland. In L. Cedroni & D. Garzia (Hrsg.), *Voting Advice Applications in Europe. The State of the Art* (S. 91–123). Napoli: Scripta Web.
- Ladner, A., & Fivaz, J. (2012). Voting Advice Applications. In N. Kersting (Hrsg.), *Electronic Democracy* (S. 177–198). Opladen: Barbara Budrichs Publishers.
- Ladner, A., Fivaz, J., & Pianzola, J. (2012). Voting advice applications and party choice: Evidence from smartvote users in Switzerland. *Int. J. Electronic Governance*, Vol 5(Nos. 3/4), 367–387.
- Ladner, A., & Pianzola, J. (2010). Do Voting Advice Applications Have an Effect on Electoral Participation and Voter Turnout? Evidence from the 2007 Swiss Federal Elections. In E. Tambouris, A. Macintosh, & O. Glassey (Hrsg.), *Electronic Participation* (Bd. 6229, S. 211–224). Berlin & Heidelberg: Springer.

- Ladner, A., Schwarz, D., & Fivaz, J. (2008). *Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007. Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote*. Chavannes-près-Renens: Cahier de l'IDHEAP Nr. 243.
- Lazarsfeld, P., Berelson, B., & Hazel, G. (1944). *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Leemann, L. (2008). *Catch Me If You Can: Recovering Sophisticated Voting in the Lower House of Switzerland*. Masterarbeit: Universität Bern.
- Leimgruber, P., Hangartner, D., & Leemann, L. (2010). Comparing Candidates and Citizens in the Ideological Space. *Swiss Political Science Review*, 16(3), 499–531.
- Linder, W. (2005). *Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*. New York: Free Press.
- Louwerse, T. (2012). Mechanisms of Issue Congruence: The Democratic Party Mandate. *West European Politics*, 35(6), 1249–1271.
- Mansbridge, J. (2003). Rethinking Representation. *American Political Science Review*, 97(4), 628–657.
- Mansergh, L., & Thomson, R. (2007). Election pledges, party competition, and policymaking. *Comparative Politics*, 39(3), 311–329.
- Norris, P., & Curtice, J. (2008). If you build a political website, will they come? In D. Norris (Hrsg.), *E-Government Research: Policy and Management*. Hershey: IGI Publishing.
- Petry, F., & Collette, B. (2009). Measuring How Political Parties Keep Their Promises. In L. M. Imbeau (Hrsg.), *Do They Walk Like They Talk?* (S. 65–80). New York: Springer.
- Powell, G. B. J. (2000). *Elections as Instruments of Democracy: Majoritarian and Proportional Visions*. New Haven: Yale University Press.

-
- Ruusuvirta, O., & Cedroni, L. (2010). Much Ado About Nothing? Online Voting Advice Applications in Finland. In *Voting Advice Applications in Europe: The State of the Art* (S. 47–77). Napoli: Civis.
- Schädel, L. (2010). *Ist vor der Wahl auch nach der Wahl? Ein Vergleich der Vor- und Nachwahlpositionen von Schweizer Nationalrätinnen und Nationalräten zwischen 2003 und 2009*. Lizentiatsarbeit: Universität Zürich.
- Schattschneider, E. E. (1944). *Party government*. New York: Holt, Rinehart, and Winston.
- Schultze, M. (2014). Effects of Voting Advice Applications (VAAs) on Political Knowledge About Party Positions: Effects of VAAs on Political Knowledge About Party Positions. *Policy & Internet*, 6(1), 46–68.
- Schwarz, D. (2009). *Zwischen Fraktionszwang und freiem Mandat* (Dissertation). Norderstedt: Books on Demand.
- Schwarz, D., Schädel, L., & Ladner, A. (2010). Pre-Election Positions and Voting Behaviour in Parliament: Consistency among Swiss MPs. *Swiss Political Science Review*, 16(3), 533–564.
- Tanner, J. (1994). Steuerwesen und Sozialkonflikte. Entwicklungslinien und Diskontinuitäten. In S. Guex, M. Körner, & J. Tanner (Hrsg.), *Staatsfinanzierung und Sozialkonflikte (14.-20. Jahrhundert)*. Zürich: Chronos.
- Thomassen, J. J. A. (1994). Empirical Research into Political Representation: Failing Democracy or Failing Models? In M. K. Jennings & T. E. Mann (Hrsg.), *Elections at Home and Abroad* (S. 237–265). Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Thomassen, J. J. A. (2012). The Blind Corner of Political Representation. *Representation*, 48(1), 13–27.

- Van Camp, K., Lefevere, J., & Walgrave, S. (2014). The content and formulation of Statements in VAAs. In D. Garzia & S. Marschall (Hrsg.), *Matching Voters with Parties and Candidates* (S. 11–31). Colchester: ECPR Press.
- Vassil, K. (2011). *Voting Smarter? The impact of voting advice applications on political behavior* (PhD thesis). European University Institute, Florenz.
- Woyke, W. (1994). *Stichwort Wahlen: Wähler, Parteien, Wahlverfahren*. Opladen: Leske + Budrich.